

Preussische Allgemeine



Nr. 31 · 31. Juli 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Arsenale des Schreckens

Vor 75 Jahren wurden über Hiroshima und Nagasaki die ersten Atombomben der Geschichte abgeworfen. Ein Anlass, auf die Kernwaffen unserer Tage zu blicken

Seite 2



Charta Vor 70 Jahren erklärten Heimatvertriebene ihr „Grundgesetz“ Seite 10



Usedom 1824 entstand Preußens erstes Seebad an der Ostsee Seite 21

AUFGEFALLEN

Glücklich mit Frau Kipping

Die Linkspartei befürchtet, möglicherweise nicht ganz zu Unrecht, arg in Vergessenheit zu geraten. Daher hat sich ihre Co-Vorsitzende Katja Kipping jetzt zu Wort gemeldet. Aus dem Corona-Thema, das ebenfalls so langsam aus dem Fokus des allgemeinen Interesses rückt, soll Kapital geschlagen werden. Im sprichwörtlichen Sinne. Stellung genommen hat Kipping zur Ökonomie, bekanntlich eines der Kernkompetenzfelder ihrer Partei. Die „Krise“, so das Ansinnen der Politikerin, solle für die Bundesregierung Anlass sein, die Vier-Tage-Arbeitswoche flächendeckend einzuführen. Kurzarbeitergeld als Lohnzuschuss sei ein Jahr lang zu zahlen, wenn die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werde. Danach sollten die Unternehmen mit ihren Beschäftigten Verträge abschließen, über vier Arbeitstage oder maximal 30 Wochenstunden. Kipping: „Die Vier-Tage-Woche macht Beschäftigte glücklicher, gesünder und produktiver.“ Zudem würde das für mehr Gleichberechtigung sorgen, Eltern müssten seltener entscheiden, wer wegen der Kinder zurückstecke.

Das Wort Populismus ist in letzter Zeit in den Medien nahezu dauerhaft präsent, oftmals in sachlich falscher, diffamierender Absicht. Die Forderung nach der Vier-Tage-Woche ist Populismus in Reinkultur. Andererseits ist sie ein schönes Beispiel für die Vorstellungen der Linkspartei von einer funktionierenden Volkswirtschaft. Strom kommt schon irgendwie aus der Steckdose, Milch aus dem Tetrapack und Geld aus dem Bankautomaten. Nicht wahr, Frau Kipping? E.L.

GESELLSCHAFT

Der Bürgerkrieg des 21. Jahrhunderts

Die neue Unordnung in unseren Städten – und warum wir ihr nicht wehrlos gegenüberstehen

VON RENÉ NEHRING

Aussichten auf den Bürgerkrieg“ heißt ein 1993 bei Suhrkamp erschienenen Essay von Hans Magnus Enzensberger. Darin schildert der Dichter und langjährige Herausgeber des „Kursbuchs“ das Heraufziehen einer neuartigen Weltunordnung, in der – nach dem Ende der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges – ein „molekularer Bürgerkrieg“ die westlichen Städte erfasst hat; geführt „nicht nur von Terroristen und Geheimdiensten, Mafiosi und Skinheads, Drogengangs und Todeschwadronen, Neonazis und Schwarzen Sheriffs, sondern auch von unauffälligen Bürgern, die sich über Nacht in Hooligans, Brandstifter, Amokläufer und Serienkiller verwandeln.“

Über manches an Enzensbergers weit-sichtigem Essay ist die Zeit hinweggegangen. Vorhersagen, wie das Heraufziehen eines Terrorismus im Namen des Islams sowie linker und rechter Ideologien haben sich auf schreckliche Weise ebenso bestätigt wie das Entstehen rechtsfreier Räume. Von dauerhafter Aktualität ist die Beschreibung der Gewalt als „molekularer Bürgerkrieg“, der – anders als der Dreißig-jährige Krieg im 17. Jahrhundert oder der Russische Bürgerkrieg im 20. Jahrhundert – keinen politischen Zielen oder weltanschaulichen Ideen mehr dient: keinem Klassenkampf, keiner nationalen Befrei-

ung und keinem Ideal für eine bessere Welt. Das Gemeinsame der großen und kleinen Bürgerkriege unserer Zeit, so Enzensberger 1993, ist der „Autismus der Gewalt“ und die Neigung zur Selbstzerstörung, zum kollektiven Amoklauf.

Wer allein die Nachrichten der letzten Tage verfolgt hat, musste sich – wie so oft in den vergangenen Jahren – wieder einmal in einem mustergültigen Szenario des „molekularen Bürgerkriegs“ wähen: „Milizen, Brandstifter und tödliche Schüsse – Chaos-Wochenende in den USA“, hieß es etwa bei „Welt Online“. „Schwer bewaffnete Afroamerikaner protestieren gegen Polizeigewalt“, war ein Artikel des „stern“ überschrieben. Und bei „Focus Online“ hieß es: „US-Stadt wird zum Schlachtfeld: Trump und seine Sturmtruppen müssen gestoppt werden“ sowie „Schwarze Bürgerwehr ‚NFAC‘ marschiert mit Maschinengewehren durch Louisville“.

Irrsinn ohne Ende

Wie schon bei Enzensberger 1993 – damals lagen die Mordanschläge von Mölln und Solingen nur wenige Wochen und Monate zurück – gilt auch heute, dass wir keineswegs mit dem Finger auf ferne Länder zu zeigen brauchen: In Halle versuchte im vergangenen Herbst der Rechtsextremist Stephan Balliet erfolglos, schwer bewaffnet in eine Synagoge einzudringen; anschließend erschoss er

zwei Passanten. Im Februar dieses Jahres erschoss der mutmaßlich schizophrene Amokläufer Tobias Rathjen in Hanau zehn Menschen. Stuttgart und Frankfurt wurden zuletzt Synonyme für eine brutale „Party- und Eventszene“, die – überwiegend mit Migrationshintergrund – hemmungslos Innenstädte verwüstet und dabei keine Rücksicht auf die Gesundheit der vor Ort anwesenden Polizisten nimmt. Gleiches gilt für linksextreme Autonome in Leipzig-Connwitz oder in der Rigaer Straße in Berlin. Der Irrsinn ist auch hierzulande allgegenwärtig – und er hat viele Gesichter.

Gleichwohl ist die offene Gesellschaft unserer Tage keinesfalls wehrlos. Anders als im Deutschland des 17. Jahrhunderts oder im Russland des frühen 20. Jahrhunderts gibt es heute allgemein akzeptierte Autoritäten und Ordnungskräfte. Diese gilt es zu schützen und zu verteidigen, damit sie unsere Sicherheit schützen können. Wann immer – wie zuletzt auffallend häufig – Politiker und Kommentatoren aus einer bestimmten Ecke versuchen, die Sicherheitskräfte zum Teil des Problems zu erklären, sollte man sie damit nicht durchkommen lassen. Und ihnen ruhig, aber bestimmt entgegen, was Ursache und was Wirkung ist.

Wer die Sicherheitskräfte unseres Landes beschädigt, riskiert, dass aus dem „molekularen Bürgerkrieg“ ein vollendetes Chaos wird.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Grüne wollen Ärzte bei Neueinstellung vertraglich zu Abtreibungen zwingen Seite 4

Ausland

Golfstaaten steigen mit dem Start der Marssonde al-Amal in die Raumfahrt ein Seite 6

Kultur

Die Hagia Sophia stand Modell für den Umbau der Trierer Konstantinbasilika Seite 7

Ostpreußen

Ausstellung „100 Jahre Volksabstimmung“ in der Allensteiner Burg eröffnet Seite 13



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



4 191814 302902 31
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Kernwaffen Vor 75 Jahren wurden erstmals Atomwaffen eingesetzt. Während des Kalten Krieges schreckte die Zweitschlagskapazität der jeweils anderen Seite vom Einsatz ab. Doch die bipolare Weltordnung ist Geschichte

Der Trend geht zu Mini-Sprengköpfen

Militärs planen, Atomkriege führ- und gewinnbar zu machen – Hemmschwelle zum Kernwaffeneinsatz sinkt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 markierte die schärfste Zäsur in der Geschichte der Kriegführung. Denn nun bestand erstmals die Möglichkeit einer ebenso blitzartigen wie umfassenden Vernichtung des Feindes – freilich bei Gefahr der eigenen Auslöschung, sofern die Gegenseite ebenfalls Kernwaffen besaß. Dieses „Gleichgewicht des Schreckens“ stellte sich im August 1949 ein, weil nach den USA nun auch die Sowjetunion über die Atombombe verfügte.

Breites Spektrum an Sprengkraft

Zu den ersten zwei Kernwaffenmächten kamen zwischen 1952 und 2006 noch Großbritannien, Frankreich, China, Israel, Indien, Pakistan, Südafrika und Nordkorea hinzu, wobei Südafrika seine sechs Atombomben jedoch 1991 vernichtete. Außerdem versuchten auch Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Brasilien, der Irak, Italien, Jugoslawien, Libyen, Taiwan, Rumänien, Schweden und die Schweiz an Atomwaffen zu gelangen – allerdings vergeblich. Währenddessen häuften die Kernwaffen-besitzenden Staaten zur Zeit des Kalten Krieges über 70.000 nukleare Sprengköpfe an.

Bis heute ist deren Zahl auf rund 13.440 gesunken. Wahrscheinlich sieht die Verteilung nun folgendermaßen aus: Russland 6375, USA zirka 5800, China 320, Frankreich 290, Großbritannien 215, Pakistan 160, Indien 150, Israel 90 und Nordkorea bis zu 40. Permanent einsatzbereit sind davon wohl etwa 4000 Sprengköpfe, von denen an die 1800 innerhalb kürzester Zeit ins Ziel gebracht werden könnten.

Die atomaren Ladungen sollen entweder als taktische oder als strategische Waffe dienen. Im ersteren Falle würde man nukleare Granaten, Torpedos und Kurzstreckenraketen abfeuern oder Atomminen legen. Deren Zweck wäre die Bekämpfung des Gegners auf dem Schlachtfeld. Dahingegen bestünde die Aufgabe strategischer Kernwaffen darin, Ziele im feindlichen Hinterland zu zerstören und dabei ausdrücklich auch Zivilisten zu töten.



Der kürzliche Austausch seiner Kernwaffen folgt dem Trend zu Mini-Sprengköpfen: Das Atom-U-Boot der „Ohio“-Klasse „Tennessee“

Der Gewährleistung der Zweitschlagfähigkeit dient die sogenannte nukleare Triade, die Verteilung des Nuklearwaffenpotenzials an Interkontinentalraketen, Marschflugkörpern und/oder Atombomben auf stationäre und/oder mobile Abschussrampen an Land, strategische U-Boote im Wasser sowie Langstreckenbomber in der Luft. Strategische Kernwaffen haben eine gewaltige Detonationskraft, die theoretisch der von 100 Megatonnen Trinitrotoluol (TNT) entsprechen könnte, in der Praxis aber meist bei maximal 25 Megatonnen liegt, während die kleinsten taktischen Atomwaffen nur auf 0,3 Kilotonnen TNT kommen.

Aktuell geht der Trend eher zu den Miniatur-Sprengköpfen hin. Das vergrößert die nukleare Bedrohung, da die Hemmschwelle zum Einsatz von Atomwaffen sinkt. So sieht das US-amerikanische Strategiepapier JP 3-72 „Nuclear Operations“ der Vereinigten Stabschefs vom 11. Juni 2019 vor, das eigene Abschreckungspotenzial dadurch zu erhö-

hen, dass man in der Lage sei, mit wohl-dosierten und zielgenauen Zweitschlägen auf den russischen Ersteinsatz von taktischen Kernwaffen zu antworten. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise der kürzlich erfolgte Austausch der 90- bis 455-Kilotonnen-Sprengköpfe der Trident-II-Raketen an Bord des strategischen Atom-U-Bootes „Tennessee“ (SSBN-734) durch W76-2-Sprengköpfe mit maximal sieben Kilotonnen Detonationskraft zu sehen.

„Maßgeschneiderte Abschreckung“

Das ist aber nicht die einzige neue Entwicklung Kernwaffen betreffend. So setzen die beiden großen Atommächte jetzt auch auf modifizierte Trägersysteme, welche die gegnerische Abwehr überwinden sollen. Im Falle Russlands sind dies die Marschflugkörper „Burewestnik“ und „Awangard“, der schwere „Weltuntergangstorpedo“ vom Typ „Poseidon“ und der Tarnkappenbomber Tupolew PAK-DA. Die USA wiederum entwickeln

ihrerseits zum Zwecke der „maßgeschneiderten Abschreckung“ (Tailored Deterrence) den Bomber Northrop Grumman B-21 „Raider“, der ab 2025 an die Stelle der Boeing B-1 „Lancer“ und der Northrop B-2 „Spirit“ treten soll, und die neue landgestützte Interkontinentalrakete GBSO sowie den Langstrecken-Marschflugkörper LRSO.

Des Weiteren sollen die Kernwaffen durch Präzisionssteuerungen noch zielgenauer werden sowie durch ein verbessertes Design tiefer in den Boden eindringen und so bisher unverwundbare Bunker zerstören können. Das Hemmnis, dass dies neue Atomtests erfordert, die höchstwahrscheinlich Reaktionen der anderen Seite provozieren würden, hoffen die Konstrukteure durch Computersimulationen zu umgehen. Und auch sonst dürfte das Thema Künstliche Intelligenz zukünftig eine sehr viel größere Rolle in der nuklearen Strategie spielen – mit derzeit noch völlig unkalkulierbaren Folgen.

„BROKEN ARROWS“

Es brodelt in der Gerüchteküche

Um Kernwaffen ranken sich zahlreiche Gerüchte. Viele davon haben die sogenannten Broken Arrows zum Inhalt, also scharfe nukleare Sprengköpfe der USA, die bei Unfällen verloren gingen und noch heute auf dem Meeresgrund oder in bodenlosen Sümpfen ruhen, wo sie letztlich auch irgendwann explodieren könnten. Nach offiziellen Angaben des Pentagon beläuft sich deren Zahl auf insgesamt elf.

Ebenso büßte die UdSSR eine ganze Reihe von Atomwaffen ein, wobei es jedoch keinerlei belastbare Aussagen über das Gesamtausmaß gibt. Auf jeden Fall sanken mindestens drei sowjetische U-Boote mit Atomraketen oder nuklearen Torpedos und Minen an Bord, die nie gehoben wurden: Am 12. April 1970 traf es K-8 in der Biscaya, am 6. Oktober 1986 K-219 nördlich der Bermudas und am 7. April 1989 K-278 vor Norwegen. Daraus resultierte möglicherweise der Verlust von mehr als 50 Sprengköpfen. Ansonsten sollen auch 48 der 132 nuklearen sowjetischen Kompaktbomben vom Typ RA-115 verschwunden sein. Die befanden sich bis zum Zusammenbruch der UdSSR im Besitz des Moskauer Militärgeschichtsdienstes GRU und waren wohl so klein, dass sie sogar in eine Aktentasche gepasst hätten.

Desgleichen ist nach wie vor ungeklärt, was hinter dem sogenannten Vela-Ereignis vom 22. September 1979 steckte. Damals registrierte ein US-amerikanischer Überwachungssatellit im Südatlantik Lichtblitze, wie sie typischerweise bei Nuklearexplosionen in der Atmosphäre entstehen.

Hatte Südafrika, das seit Anfang 1978 in den Zentrifugen von Pelindaba angereichertes Uran herstellte, tatsächlich einen Kernwaffentest durchgeführt – möglicherweise in Kooperation mit der zweiten heimlichen Atommacht Israel? Und könnte es sein, dass die neue schwarze ANC-Regierung dann nach dem Ende der Apartheid in Südafrika kerntechnisches Know-how an den Iran weitergab? Brisante Fragen zum Thema nukleare Aufrüstung wie diese harren nach wie vor einer Antwort. W.K.

GESCHICHTE DER ATOMWAFFE

Ein „Kind“ des Zweiten Weltkriegs

Der Kalte Krieg forcierte die Aufrüstung, aber dessen Ende führte nur zu einer kurzfristigen Entspannung

Der Prototyp sämtlicher Kernwaffen der Welt wurde am 16. Juli 1945 in den White Sands Proving Grounds im US-Bundesstaat New Mexiko gezündet. Dem folgten bis 2017 2055 weitere Atomtests in der Atmosphäre und am Boden sowie unter Wasser oder unter der Erde. Diese dienten der Erprobung und Weiterentwicklung des Nuklearwaffenarsenals der Atommächte.

So folgten auf die Sprengköpfe der ersten Generation, die auf dem Prinzip der Kernspaltung beruhten, die Wasserstoffbomben. Bei dieser zweiten Generation von nuklearen Waffen kommt es zu einer Verschmelzung von Kernen der Wasserstoffisotope Deuterium und Tri-

tium. Dadurch werden noch deutlich größere Energiemengen frei.

Operation Chrome Dome

Die erste Fusionsbombe der USA namens „Ivy Mike“ detonierte am 31. Oktober 1952 auf dem Eniwetok-Atoll im Pazifik mit 800-mal größerer Wucht als die Atombombe, die im August 1945 Hiroshima in Schutt und Asche gelegt hatte. Und die am 30. Oktober 1961 über der Arktisinsel Nowaja Semlja zur Explosion gebrachte sowjetische AN602 hatte sogar die 4000-fache Stärke der Hiroshima-Bombe. Infolge des Wettrüstens während des Kalten Krieges besaßen die Atommächte im Jahre 1989 Kernwaffen mit einer Gesamt-

sprengkraft, die der von 800.000 Hiroshima-Bomben entsprach und theoretisch ausgereicht hätte, um 100 Milliarden Menschen zu töten – bei einer Erdbevölkerung von damals gut fünf Milliarden.

Zur Erzielung der größtmöglichen Abschreckungswirkung starteten die USA 1960 die Operation Chrome Dome. Nuncmehr befanden sich ständig Bomber mit scharfen Kernwaffen in der Luft und patrouillierten unweit der Grenzen der UdSSR. Außerdem bestand seit dem Ende der 1950er Jahre die Möglichkeit, nukleare Sprengköpfe mit landgestützten Interkontinentalraketen zu verschießen. Dazu kamen ab 1960 ballistische Raketen, die von getauchten U-Booten aus starten konnten.

Während des Kalten Krieges existierten genügend Kernwaffen, um 100 Milliarden Menschen zu töten – bei einer Erdbevölkerung von damals gut fünf Milliarden

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Konzentration auf den „Krieg gegen den Terror“ verlor die nukleare Option zeitweise an Bedeutung. Inzwischen hat die Rivalität zwischen den verschiedenen Atommächten und somit auch die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes von Kernwaffen allerdings wieder zugenommen. So beispielsweise im Rahmen der vielschichtigen Konflikte zwischen Indien, Pakistan und China oder der Spannungen zwischen Israel und der arabischen Welt. Erinnert sei zudem auch an die neuerliche Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen sowie Russland und China auf der anderen Seite. W.K.

Eine Partei am Scheideweg

Nach der Bestätigung des Ausschlusses des brandenburgischen Landesvorsitzenden Kalbitz steht die AfD vor einer Richtungsentscheidung. Deren Ausgang könnte auch Auswirkungen auf künftige Regierungsbildungen haben

VON KLAUS-PETER SCHÖPPNER

Die Gründung und Etablierung der Alternative für Deutschland (AfD) ist die größte Veränderung der deutschen Parteienlandschaft in den vergangenen Jahrzehnten. Nach einer erfolgreichen Anfangsphase, in der es für die Partei scheinbar nur bergauf ging, wurde zuletzt immer stärker offenbar, dass sich in ihr zwei Lager gegenüberstehen, die wenig zusammenpassen: die bürgerlichen Wirtschaftsliberalen und Wertkonservativen auf der einen Seite und die Mitglieder des völkischen rechtsnationalen „Flügels“ auf der anderen. Nachdem es lange Zeit so aussah, als ob die Rechtsnationalen immer weiter an Boden gewinnen – wichtige bürgerliche Gründerfiguren wie der Ökonom Bernd Lucke oder der frühere BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel haben die Partei längst verlassen – musste nun der „Flügel“ mit dem Ausschluss des brandenburgischen Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz eine empfindliche Niederlage einstecken.

Der Ausgang des innerparteilichen Machtkampfes entscheidet nicht nur über den künftigen Weg der AfD, sondern mittel- und langfristig auch über mögliche Optionen zur Regierungsbildung für die anderen Parteien. Dieser Aspekt kommt in der medialen Berichterstattung kaum bis gar nicht vor. Ausgeblendet wird auch die Frage, welchen Wählergruppen die AfD ihren bisherigen Aufstieg verdankt. Dabei ist dies nicht nur für die Partei selbst und deren strategische Überlegungen von Interesse, sondern auch für die etablierten Parteien – so sie denn die an die AfD verlorenen Wähler zurückgewinnen wollen. Zudem stellt sich – da derzeit alle anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland ausschließen – die Frage, unter welchen Umständen diese Ablehnung eventuell aufgegeben und die AfD regierungsfähig werden könnte.

Die Erfolge der Ostverbände

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im vergangenen Jahr wurde die AfD mit 23,5, 27,5 und 23,4 Prozent jeweils zweitstärkste Kraft. Da die dortigen Landesverbände vom „Flügel“ und dessen sozial-populistischer Programmatik geprägt sind, in die immer wieder auch völkische Äußerungen einfließen, wurden diese Ergebnisse von den Anhängern des „Flügels“ als Bestätigung dafür gesehen, dass ihre Ausrichtung für die Partei besonders erfolgversprechend sei. Außenstehende und politische Konkurrenten wiederum interpretierten den Erfolg der AfD im Osten als Zeichen einer nach wie vor tiefsetzenden Frustration der „Einheitsverlierer“ zwischen Rügen und Thüringer Wald, deren Sprachrohr nicht mehr – wie in den ersten 20 Jahren nach 1990 – die Linkspartei sei, sondern nun eben die „Alternative“.

Zweifelloso ist die AfD im Osten besonders stark. Ebenso klar ist, dass sie ihre Wähler dort eher bei den sozialen Randgruppen oder in ländlichen Regionen findet, wo ganze Infrastrukturen zusammengebrochen sind und sich die Versorgungslage durch lange Fahrtwege in die Städte keineswegs verbessert hat. Richtig ist zudem, dass sich viele „Ossis“ auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung benachteiligt fühlen, und zwar weniger materiell, sondern eher mental. Noch immer sieht es für viele so aus, als hätten lediglich das Ost-Ampelmännchen und der grüne Rechtsabbiegerpfad Eingang in den gesamtdeutschen Alltag gefunden. Die Schlüsselpositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden noch immer mit „Westlern“ besetzt, und dafür wird – so das Gefühl – immer noch Dankbarkeit und Unterwürfigkeit erwartet. Und obwohl viele Re-



Nicht mehr in derselben Mannschaft: Der AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen (rechts) und der vormalige brandenburgische Landesvorsitzende Andreas Kalbitz, dessen Ausschluss vom Bundesschiedsgericht der Partei nun bestätigt wurde

gionen inzwischen blühen und in Bereichen wie Bildung und sogar bei manchen Industrien Vorreiter mit attraktiven Metropolen geworden sind, wird über den Osten oft nur im Zusammenhang mit Pegida, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit berichtet. Kein Wunder, dass eine Protestpartei wie die AfD hier großen Zuspruch findet.

Natürlich lebt die AfD gerade im Osten auch von der Angst um den Arbeitsplatz und den sozialen Status: Während diese im Westen vornehmlich das sogenannte „Präkariat“ trifft, können sich im Osten auch gehobene Berufsgruppen ihres zwischendurch erarbeiteten Wohlstands keineswegs sicher sein. Zu brüchig sind noch immer die zarten wirtschaftlichen Erfolge und zu gering die Rücklagen für schwere Zeiten. Alle diese Wahlgründe haben einen gemeinsamen Nenner: den subjektiven Glauben, nicht wirklich von Politik, Parteien und Politikern vertreten zu werden. 75 Prozent der Ostdeutschen meinen, ohne Einfluss zu sein, und dass zuerst einmal West-Interessen zählen.

Diese multiple Unzufriedenheit Ost haben die AfD-Landesverbände in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen professionell genutzt. Bezogen auf den innerparteilichen Richtungsstreit haben die Erfolge der östlichen Landesverbände jedoch keine Aussagekraft, da diese weniger mit der programmatischen Ausrichtung des „Flügels“ zu tun haben als vielmehr mit einem Gefühl, das auch eine „bürgerlichere“ AfD ansprechen könnte.

Frust über falsche Themen

Auch im Westen der Bundesrepublik hat die AfD bei den Wahlen der letzten Jahre fast immer zweistellige Ergebnisse eingefahren. Auch hier gibt es ein breites Gefühl, dass sich

„die Politik“ zu wenig um wichtige Themen wie Kriminalität, Altersarmut, Wohnungsnot, Landflucht und die Folgen der Digitalisierung kümmert und sich die Regierenden stattdessen vornehmlich mit vermeintlichen „Wohlfühlthemen“ wie Gender-Mainstreaming, Homo-Ehe, Inklusion und Tierwohl befassen.

Das alles gepaart mit Denkverboten: Über Kernenergie wird nicht ergebnisoffen diskutiert, obwohl um uns herum weiterhin AKWs neu gebaut werden. Das Ende der Kohle wird betrieben, auch wenn Bürger und Industrie inzwischen weltweit fast die höchsten Stromkosten zahlen. Der Diesel-Motor soll verdammt werden, obwohl Batterieantriebe auch nicht umweltfreundlicher sind. In den Debatten über die innere Sicherheit soll die Nationalität der Täter keine Rolle spielen, dafür bekommen die Behörden die Kriminalität der Clans und Banden kaum in den Griff. Und obwohl eine schweigende Mehrheit Begriffe wie „Heimat“, „Werte“ oder „Leitkultur“ durchaus schätzt, sollen diese nicht mehr benutzt werden dürfen.

So wurde die AfD attraktiv in allen gesellschaftlichen Schichten. Es sind eben nicht nur die finanziell Unterprivilegierten, die bei dieser Partei ihr Kreuz setzen, sondern auch Angehörige des Mittelstands. Menschen, die das Gefühl haben, dass nicht mehr klassische Tugenden und Motive wie Fleiß, Arbeit und Bildung die Zukunft bestimmen, sondern plötzlich Kreativität, Ideen, Flexibilität, Diversität. Menschen, die auch in einer sich wandelnden Welt an ihren Traditionen und Wertmaßstäben festhalten wollen. Die Wahl der AfD ist also weniger sozialer als vielmehr inhaltlicher Protest: gegen die Aufgabe von Traditionen, gegen globale Märkte und deren neue Eliten, auch gegen eine zu starke Dominanz Brüssels und nicht zuletzt

Die AfD muss klären, ob sie diesen Prozess mitgestalten oder in einer Daueropposition verharren will, bei der sie ohne Chance auf politische Gestaltung bliebe

gegen eine kulturelle Ausweitung in Richtung „Diversity“.

Für diese unverstandenen Traditionalisten, die öffentlich kaum mehr Gehör und in der Politik kaum mehr Fürsprecher finden, sind insbesondere die Grünen der erklärte Gegner. Wobei die Grünen für sie noch zu verkräften wären. Richtig zugesetzt hat ihnen vor allem die „Sozialdemokratisierungswende“ der CDU, aus deren Mitglieder- und Wählerschaft die meisten AfD-Anhänger stammen. Durch die Energiewende, die Abschaffung der Wehrpflicht, die geänderte Haltung der Union in der Migrationspolitik sowie auch in der Familienpolitik wurden viele Konservative heimatlos.

Perspektiven für die Parteienlandschaft

Als neue politische Kraft hat die AfD zunächst eine klare Abgrenzung gegenüber den von ihr so genannten „Altparteien“ betrieben. Um möglichst schnell zu wachsen, wurden lange Zeit auch völkische Rechtsaußen als Mitglieder aufgenommen und teilweise sogar an der Parteispitze hingenommen. In der Folge wurden die politischen Auseinandersetzungen emotionaler und rauer. Durch die verbalen Ausfälle einiger AfD-Politiker (zum Beispiel „Masseneinwanderung heißt auch Messereinwanderung“) auf der einen Seite und pauschale Diskreditierungen („Alle sind Nazis“) auf der Seite der politischen Gegner ist ein Meinungsklima entstanden, in dem es immer schwerer wird, Diskussionen dialogfähig zu führen.

Dabei zeigen insbesondere die Wahlerfolge, dass die AfD keineswegs vorrangig von Wählern an den politischen Rändern gewählt wird, sondern von breiten Schichten einer verunsicherten gesellschaftlichen Mitte. Insofern wird sich das „Problem“ AfD für die etablierten Parteien keineswegs durch Aussetzen oder Ausgrenzen lösen, sondern nur über ein Verständnis den bürgerlichen Traditionalisten gegenüber – und durch entsprechende Integrationsangebote. Wer die Wähler der AfD zurückgewinnen will, muss ihnen und ihren Themen einen Platz im gesellschaftlichen Diskurs einräumen. Und die Fragen aufarbeiten, wie und wodurch sich gesellschaftliche Werte verändern, wie man unterschiedliche Lebenskonzepte koordinieren und integrieren kann, was zu verändern und was zu bewahren ist.

Die AfD freilich muss klären, ob sie diesen Prozess mitgestalten oder in einer Daueropposition verharren will, bei der sie ohne Chance auf politische Gestaltung bliebe. Eine demokratisch verankerte „Meuthen-AfD“ könnte irgendwann – angesichts der unsicheren Mehrheitsverhältnisse in Deutschland vielleicht schon bald – den Weg in eine Regierung finden. Dafür müsste sie jedoch bereit sein, sich vom rechtsnationalen „Flügel“ zu trennen. Selbst auf die Gefahr einer Halbierung der Wählerstimmen hin könnte sie – entweder als Mehrheitsbeschafferin oder als konservatives Korrektiv einer für viele zu weit nach links gedrifteten CDU – im Zweifel mehr bewirken als in der jetzigen Situation, wo sie zwar in manchen Bundesländern 25 Prozent holt, aber angesichts der Abgrenzung der anderen Parteien keinerlei Gestaltungsmöglichkeit hat.

Der FDP und den Grünen ist es immer wieder gelungen, als liberales oder ökologisches Korrektiv der Regierungspolitik erfolgreich zu sein. Das könnte auch einer koalitionsfähigen, demokratisch verankerten AfD als „konservativer Wächterin“ der Union gelingen.

● Klaus-Peter Schöppner ist seit 2014 Geschäftsführender Gesellschafter des Meinungsforschungsinstituts Mentefactum. Von 1990 bis 2013 war er Geschäftsführer von TNS Emnid.
www.mentefactum.com

● MELDUNGEN

Unterschrift von Tesla fehlt

Potsdam/Grünheide – Der Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) hält die Wasserversorgung für das Tesla-Werk in Grünheide bei Berlin für nicht gesichert. Wie aus einem internen Schreiben hervorgeht, hat der Wasserverband die Pläne zur Versorgung für die im Bau befindliche Autofabrik vorerst gestoppt. Hintergrund sind Befürchtungen des Verbandes, dass sein landesbehördlich genehmigtes Wasserkontingent von 15 Millionen Kubikmetern ohne Aufstockung nur noch bis Ende 2022 reicht. Beim Verband rechnet man durch das Tesla-Werk mit weiteren Ansiedlungen von Unternehmen und auch mit dem Zugang von Menschen. Als weiteren Unsicherheitsfaktor bei den Planungen nennt der Verband, dass Tesla bereits im Mai den Entwurf für einen Erschließungsvertrag über maximal 1,5 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr erhalten habe, diesen Vertragsentwurf für die Wasserversorgung für sein Werk jedoch noch nicht unterschrieben habe. *N.H.*

Straftaten von Asylsuchern

Berlin – Auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hinsichtlich der von Asylsuchern verübten Straftaten gab die Bundesregierung Zahlen aus der polizeilichen Kriminalstatistik des zurückliegenden Jahres bekannt. Demnach wurden 2019 in 233.073 Fällen Asylbewerber, abgelehnte Asylbewerber mit Duldung oder Personen mit unerlaubtem Aufenthalt als Tatverdächtige in Straftaten ermittelt. Die Regierung weist außerdem darauf hin, dass es sich um Verdächtige in abgeschlossenen Ermittlungsverfahren handelt, nicht um verurteilte Straftäter. Zu Letzteren gab sie keine Zahlen bekannt. Die Statistik der Tatverdächtigen führten in 22.146 Fällen Syrer an, gefolgt von 14.079 Afghanen und 9258 Irakern. Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz sind in der Berichterstattung ebenfalls nicht berücksichtigt. *MRK*

Angst vor zweiter Welle

Dresden – Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer glaubt, dass die befürchtete zweite Corona-Infektionswelle Deutschland bereits erreicht habe, da in der vergangenen Woche die Fallzahlen an zwei Tagen in Folge auf jeweils rund 800 Fälle gestiegen waren. Dem widersprechen mehrere Experten, indem sie von lokalen Ausbrüchen sprechen, die leicht zu beherrschen seien. Außerdem sei die Zahl der schweren Covid-19-Fälle sowie der Todesopfer relativ niedrig. Auch gebe es Fortschritte bei der Behandlung Erkrankter, da die Medizin bereits Erfahrungen sammeln konnte und bislang durchgeführte Tests helfen. Dennoch zeigen sich die Experten mit Blick auf den Herbst besorgt, wenn es kühler wird und die Grippe-Saison beginnt. Die Weltgesundheitsorganisation warnt bereits und rät, die geltenden Schutzmaßnahmen weiter einzuhalten. Die Höhe der Übertragungsraten hänge nicht zuletzt vom Verhalten der Menschen ab. *MRK*



Können hier bald nur noch Mediziner anfangen, die zu Schwangerschaftsabbrüchen bereit sind? Die zum Universitätsklinikum Tübingen gehörenden Kliniken Tal

ABTREIBUNG

Grüne wollen Ärzte zwingen

Wie das Sozialministerium in Stuttgart unwillige Mediziner unter Druck setzen will

VON BODO BOST

In Deutschland nimmt die Bereitschaft der Ärzte ab, Abtreibungen vorzunehmen. Dagegen verharrt die Zahl der Abtreibungswünsche von Frauen auf einem hohen Niveau. Deshalb haben die Grünen nun vorgeschlagen, Neueinstellungen von Medizinern an staatlichen Kliniken von der Bereitschaft abhängig zu machen, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen.

Konkret kam der Vorschlag aus dem von dem Grünen Manfred Lucha geführten Ministerium für Soziales und Integration des grün-schwarz regierten Bundeslandes Baden-Württemberg. Dort will man nun entsprechende Möglichkeiten zur Verpflichtung zu Schwangerschaftsabbrüchen bei Neueinstellungen prüfen.

Da immer weniger Ärzte Schwangerschaftsabbrüche durchführen wollen, soll es in manchen Regionen insbesondere Baden-Württembergs bereits zu Engpässen gekommen sein. Dort soll in 14 Landkreisen wegen Mangels an Ärzten keine Abtreibung mehr möglich sein. Auf einer Liste der Bundesärztekammer sind zwar für Deutschland über 300 Mediziner gelistet, die Schwangerschaftsabbrüche

durchführen, in Baden-Württemberg sind es allerdings nur zehn. Diese machen dann allerdings ausschließlich Abbrüche, selbst in Pandemiezeiten.

Keine Anstellung ohne Bereitschaft

Schwangerschaftsabbrüche nach Paragraph 218 des Strafgesetzbuches sind in Deutschland zwar rechtswidrig, bleiben aber nach einer offiziellen Beratung bis zur zwölften Woche straffrei. Nach deutschem Recht darf niemand, auch kein Arzt, zu rechtswidrigen Handlungen verpflichtet werden, aber Kliniken, insbesondere solche in staatlicher Trägerschaft, böten ganz andere Möglichkeiten, denken die Grünen.

Viele Ärzte, vor allem am Beginn ihrer Karriere, möchten sich durch solch juristisch vermintes Gebiet wie dem Paragraphen 218 nicht unnötig Schwierigkeiten aufladen. Deshalb handelt es sich bei den Abtreibungsärzten, wie bei der bekannt gewordenen Gießenerin Kristina H., die sogar Werbung für ihre Abtreibungsklinik gemacht hatte, meistens um Ärzte am Ende ihrer Karriere. Dass manche Ärzte Werbung für Abtreibungen machen, weckt den Verdacht, dass diese nicht so überlastet sein können.

Die Bundesgrünen verweisen darauf, dass der Staat nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz von 1992 den gesetzlichen Auftrag hat, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sicherzustellen. Allerdings legt der aus dem Schwangerschaftskonfliktgesetz hervorgehende gesetzliche Versorgungsauftrag nicht fest, wie engmaschig das Netz der Ärzte für die Abbrüche sein soll. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 ist rechtlich auch eine Versorgungslücke in Deutschland zumutbar.

Wenige Tage nach Bekanntwerden des Vorstoßes distanzierte sich Baden-Württembergs ebenfalls grüne Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer, in aller Form von ihren Parteifreunden im Sozialministerium. Ärger kam auch vom Koalitionspartner CDU, dessen Abgeordnete von dem Vorstoß erst aus der Presse erfuhren. Man könne niemanden verpflichten, etwas zu tun, was er ethisch nicht vertritt, und davon auch noch seine berufliche Karriere abhängig machen, hieß es aus CDU-Kreisen.

Koalitionspartner verärgert

Ein Schwangerschaftsabbruch ist eine Straftat, die unter bestimmten Voraussetzungen nicht bestraft wird. 1993 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Mitwirkung an Schwangerschaftsabbrüchen – außer in medizinisch indizierten Fällen – verweigert werden kann. Die Stimmung gegenüber Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, wird deshalb zunehmend aggressiver. Im Internet kursieren Adressen von Praxen der Abtreibungsärzte. In Berlin demonstrieren jedes Jahr Tausende Abtreibungsgegner für den Schutz des Lebens, von Anfang an und nicht erst nach zwölf Wochen.

Selbst der grünen
Forschungs-
ministerin geht der
Vorstoß aus dem
Ministerium ihres
Parteifreundes
Manfred Lucha
zu weit

CDU/CSU

Widerstand gegen Söder als Kanzler wächst

Es ist fraglich, ob sich Laschet mit der Aussicht auf das Bundespräsidentenamt abspesen lässt

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat kürzlich berichtet, dass Armin Laschet die Nachfolge von Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident antreten solle. Gesundheitsminister Jens Spahn, der bislang als stellvertretender Parteivorsitzender im Tandem mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten vorgesehen war, könnte zum Parteivorsitzenden aufsteigen.

Friedrich Merz, mit 64 Jahren der Älteste im Bewerberkreis, würde leer ausgehen, was dem Parteiestablishment wohl gar nicht unrecht wäre. Den dritten Bewerber, Außenpolitiker Norbert Röttgen, hat ohnehin niemand auf Rechnung.

Die Stimmung ist zunehmend gereizt, auch weil sich aus den Parteigliederungen der CDU die Stimmen für Markus Söder mehren. Die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann hält die Kandidatur des Bayern für „eine denkbare Option“.

Kritik am Festhalten an Scheuer

Söder hat während der Corona-Pandemie an Statur gewonnen. Noch vor zwei, drei Jahren wurde er innerhalb der CDU als Hinterwäldler verspottet, dem sogar die Bienezüchter Probleme machen würden. Heute gilt er als Allzweckwaffe, der die CSU ein Stück weit liberaler gemacht

hatte und damit den Weg für eine sogenannte Jamaika-Koalition mit Grünen und FDP vorbereiten würde.

Doch es gibt auch Kritik. „Heiße Luft und eine Politik, die auf Inszenierungen setzt, bringen die CDU nicht weiter“, polterte Laschets Innenminister Herbert Reul. Es sei ihm „unerklärlich“, wie Leute auf die Idee kämen, dass Söder ein guter Kanzlerkandidat sei.

Abgesehen von dieser Pauschalkritik aus Laschets Lager nervt viele in der CDU und auch in der FDP, dass der CSU-Chef seinen Parteifreund und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer weiterhin stützt. „Wer die permanente Krise um die

Pkw-Maut und Scheuer nicht lösen und beenden kann, kann auch nicht Kanzlerkandidat und später Bundeskanzler werden“, sagt der FDP-Obmann im Mautaffäre-Untersuchungsausschuss des Bundestags, Christian Jung.

Zweifel sind erlaubt, dass Laschet bereit wäre, für eine Bundespräsidentenandidatur auf eine Kanzlerkandidatur zu verzichten. Dass der Kanzlerkandidat der Union nach der nächsten Bundestagswahl von 2021 Kanzler sein wird, gilt als sicher. Dass ein Bundespräsidentenandidat der Union nach der nächsten Bundespräsidentenwahl 2022 auch Präsident sein wird, hingegen nicht. *Peter Entinger*

BRANDENBURG

Grüne beim Thema Tierschutz blind

Ministerin verweist auf fehlende Rechtsetzungskompetenzen – Reaktion erst nach Protesten

VON NORMAN HANERT

Recherchen des Senders rbb haben zu Tage gefördert, dass im vergangenen Jahr 97 Prozent aller Ausfuhren von Rindern in Tierschutz-Hochrisikostaat bundesweit auf lediglich neun Landkreise in vier Bundesländern entfielen. An der Spitze stand das Emsland in Niedersachsen mit über 7000 Rindern. Gleich auf Rang zwei folgte der brandenburgische Landkreis Teltow-Fläming mit 6478 Rindern. Auch über die beiden märkischen Kreise Prignitz und Oberspreewald-Lausitz gingen viele Rinder zu Fernzielen wie Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan. Genehmigt werden müssen solche Transporte, die über Tausende Kilometer gehen und Tage dauern, von den zuständigen Amtstierärzten.

Diese tun sich allerdings mittlerweile in ganz Deutschland schwer, solche Langstreckentransporte nach Zentralasien, Nordafrika oder in den Nahen Osten zu genehmigen. Im Freistaat Bayern, aber auch in Hessen und Schleswig-Holstein werden Rinder-Transporte, die nach Ägypten, Marokko, in die Türkei und über ein Dutzend weiterer Staaten gehen, regelmäßig nicht mehr genehmigt. Für die Tiere bedeuten die Transporte nämlich nicht nur, dass sie tagelang über Tausende Kilometer unterwegs sind: Mitunter wurden Transportzeiten von bis zu zwei Wochen oder tagelanges Stehen in der Hitze vor Grenzübergängen festgestellt. Eine ganze Reihe von Empfängerländern gelten in Sachen Tierschutz obendrein auch als Hochrisikoländer, aus denen immer wieder skandalöse Zustände im Umgang mit Tieren berichtet werden.

Tierärzte genehmigen Transporte

Dass bundesweit immer mehr Veterinäre die Langstreckentransporte kritisch sehen, liegt möglicherweise auch an der Furcht vor juristischen Konsequenzen: Bereits im Jahr 2018 hatten sich der Jurist Christoph Maisack und der Tierarzt Alexander Rabitsch in einer Fachzeitung mit einem heiklen Punkt beschäftigt. Die beiden waren der Frage nachgegangen, ob ein Amtstierarzt Beihilfe zur Tierquälerei leistet, wenn er einen Tiertransport



Tierschutz Fehlzanzeige: Kälber stehen dicht gedrängt in einem Tiertransporter in Brandenburg

Foto: pa

in ein Land genehmigt, in dem beispielsweise besonders grausame Schlachtpraktiken üblich sind. Aus nordafrikanischen und arabischen Ländern gibt es etwa Berichte, wonach Rindern vor der Tötung die Beinsehnen durchtrennt oder die Augen ausgestochen werden.

Im Zusammenhang mit Ferntransporten, die im Land Brandenburg genehmigt wurden, hat die Tierschutz-Organisation „Vier Pfoten“ inzwischen tatsächlich Strafanzeigen gegen Amtstierärzte erstattet. Die Organisation wirft den Veterinärämtern in drei Landkreisen vor, Genehmigungen für Zuchttrindertransporte rechtswidrig erteilt zu haben. Konkret geht es dabei um Ausfuhren nach Kasachstan, Usbekistan und Libyen in den Jahren 2019 und 2020. Darüber hinaus liegt die Frage nach der politischen Verantwortung nahe.

„Vier Pfoten“ erstattete Anzeige

Dass nun ausgerechnet drei Landkreise in Brandenburg zum Anlaufpunkt für Export-

6478

Rinder exportierte der brandenburgische Landkreis Teltow-Fläming zu Tausenden von Kilometern entfernten Ländern wie Aserbaidschan oder Kasachstan

teure geworden sind, die anderswo in Deutschland keine Genehmigungen für ihre Ferntransporte erhalten, stellt insbesondere die Glaubwürdigkeit der Grünen in Sachen Tierschutz auf die Probe. Erstmals in der Geschichte des Bundeslandes Brandenburg sind die Grünen nämlich seit letztem Herbst an der Landesregierung beteiligt. In der rot-schwarz-grünen

Kenia-Koalition ist der Grünen-Politiker Axel Vogel für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zuständig. Zudem ist Ursula Nonnemacher Ministerin für Gesundheit und Verbraucherschutz. Damit hat die Grünen-Politikerin auch das Thema der Langstreckentransporte auf ihren Schreibtisch bekommen.

Die bisherigen Reaktionen der Ministerin deuten darauf hin, dass das Thema zumindest bislang keine hohe Priorität hatte. Nonnemacher wies in einer Erklärung ihres Ministeriums unter anderem auf eine fehlende Rechtsetzungskompetenz des Landes in der Angelegenheit hin. Gleichzeitig bewies die Grünen-Politikerin aber, dass es wie in anderen Bundesländern offenbar doch Einwirkungsmöglichkeiten gibt, die bislang aber nicht genutzt wurden. Nonnemachers Ministerium kündigte nämlich an, dass nach Abstimmung die Landkreise Oberspreewald-Lausitz, Teltow-Fläming und Prignitz die Transporte von Rindern in Drittstaaten aussetzen.

AFRIKANISCHE SCHWEINEPEST

Angst vor der Symbolik von Zäunen

Nach einem Ausbruch der Virusinfektion in Osteuropa: Ländervertretung lockert die Bestimmungen

Als Dänemark im vergangenen Jahr an der Grenze zu Schleswig-Holstein einen Wildschweinzäun aufstellte, um die Afrikanische Schweinepest (ASP) vom Königreich fernzuhalten, löste dies hierzulande noch Kommentare wie „grenzwertiger Zaun“ oder „Symbol der Trennung“ aus. Inzwischen haben Sachsen und Brandenburg entlang von Neiße und Oder mobile Zäune aufgestellt.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde vor Kurzem mit der Aufstellung einer 60 Kilometer langen, temporären Wildschutz-Barriere aus Draht begonnen, um infizierte Wildschweine aus Richtung Hinterpommern fernzuhalten.

Bis Jahresende stellt das Land einen Zaun auf, der von Pomellen bis nach Eggesin führt. Zudem wird auch auf Usedom ein Wildschutzzaun errichtet. Der Deutsche Bauernverband hält solche proviso-

rischen Zäune allerdings nicht für ausreichend. In einem Interview sagte Vizeverbandschef Werner Schwarz: „Eine Rotte, die etwa durch wildernde Hunde unter Druck gerät, überwindet die Hindernisse im Nu.“ Der Bauernverband favorisiert stattdessen einen festen Zaun. Laut dem Verbandsvertreter habe man eine solche Lösung schon diskutiert, als sich die Seuche in Osteuropa auszubreiten begann. Vor gut zwei Jahren sei man wegen der Symbolik eines neuen Eisernen Vorhangs jedoch ausgebremst worden, so der Vizechef des Deutschen Bauernverbands.

Mittlerweile rücken die Funde infizierter Tiere jedoch immer näher: Erst vor wenigen Wochen ist in der Neumark, nur zehn Kilometer östlich der Oder, ein totes Wildschwein aufgefunden worden, das mit Afrikanischer Schweinepest infiziert war. Den jüngsten Fall meldete die obers-

te polnische Veterinärbehörde aus Masurien. Dort wurde in einem Schweinehaltungsbetrieb im Raum Treuburg ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinegrippe festgestellt. Insgesamt registrierten die polnischen Behörden von Jahresanfang bis Ende Juni bereits 2717 ASP-Fälle bei Wildschweinen. Dies ist mehr als im Gesamtjahr 2019.

Mit der weiteren Ausbreitung der Schweinepest scheinen zumindest unter hiesigen Landespolitikern die Bedenken vor der Symbolikwirkung eines festen Zauns zu verblassen. Auf Antrag von Rheinland-Pfalz und Sachsen hat der Bundesrat am 3. Juli einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes beschlossen. Die Ländervertretung will mit der Reform das Aufstellen von Wildzäunen erleichtern, um generell die Eindämmung von Tierseuchen zu erleichtern.

Künftig soll es nach dem Willen der Bundesländer möglich sein, Wildzäune auch schon vorsorglich aufzubauen, um Populationen vor einer Ansteckung zu schützen. Die aktuelle Rechtslage sieht noch strenge Anforderungen vor, die aus Sicht des Bundesrats die Prävention erschweren: So sind Absperrungen bislang nur dort zulässig, wo sich an der Tierseuche bereits erkrankte oder verdächtige Tiere aufhalten. Ob die gesetzlichen Hürden gesenkt werden, hängt nun vom Bundestag ab, der sich mit den Änderungsvorschlägen befassen muss.

Hinter dem Vorstoß der Ländervertretung stehen nicht zuletzt Befürchtungen vor massiven wirtschaftlichen Verlusten. Bereits beim ersten Nachweis der Afrikanischen Schweinepest auf dem Gebiet der Bundesrepublik drohen Exportstopps für Schweinefleisch. Norman Hanert

KOLUMNE

Nach dem Rauswurf

VON THEO MAASS

Das Bundesschiedsgericht der AfD hat nun – nach dem Bundesvorstand der Partei – entschieden, den brandenburgischen Landtagsfraktionsvorsitzenden Andreas Kalbitz aus der Partei zu entfernen.

Was den Landesvorsitz angeht, führen seine bisherigen Stellvertreter Birgit Bessin und Daniel Freiherr von Lütow nun interimistisch die Partei. Dass sie nun aber als Favoriten in das Rennen um die Kalbitz-Nachfolge gehen, gilt unter Insidern als unwahrscheinlich.

Die Fraktion kann Kalbitz zunächst weiterführen. Aber auch dort zeigte sich in den letzten Monaten bereits, dass die Zustimmung zu ihm nachlässt.

Die nun vermutlich folgende zivilrechtliche Auseinandersetzung dürfte lange dauern. Die brandenburgische Fraktion wird sich überlegen, ob sie weiterhin mit einem Vorsitzenden agieren will, welcher der Partei nicht angehört.

Die Entfernung Kalbitz' aus der AfD bringt die CDU unter Angela Merkel in eine unschöne Lage. Kalbitz – und Höcke – dienten bislang als Vorwand, sich bürgerlichen Bündnissen, wie sie beispielsweise in Dänemark jahrelang funktioniert haben, zu verweigern. In Berlin kamen die drei bürgerlichen Parteien nach der letzten Umfrage zusammen nur auf 38 Prozent. Aber die Aussicht auf einen grundsätzlichen Wechsel in Berlin war bisher aufgrund der Blockadehaltung der CDU nicht gegeben.

Der eher liberale Berliner AfD-Landesverband kommt aber zumindest für eine Duldung einer bürgerlichen Regierung nun in Frage. Diese Aussicht könnte CDU, FDP und AfD zugute kommen. Ähnliche Voraussetzungen gab es 2001 in Hamburg schon einmal.

MELDUNG

Konzerte mit Einschränkung

Berlin – Im September soll es in Berlin wieder Freiluftkonzerte geben. Die Zahl der Besucher soll dann allerdings auf 5000 limitiert sein. Die Besucher müssen dabei einen Mindestabstand einhalten. Diese Einschränkungen folgen den vom Senat festgelegten Hygiene-Regelungen. Schlagersänger Roland Kaiser („Dich zu lieben“) macht am 4. September den Anfang in der Freilichtbühne im Westend, einen Tag später folgt der Berliner Rapper Sido („Bilder im Kopf“). Der Vorverkauf für die beiden Konzerte beginnt am Montag, dem 27. Juli, um 12 Uhr. Der Veranstalter Dieter Semmelmann meint, wirtschaftlich seien die Konzerte ein Kraftakt und „natürlich kein Zukunftsmodell“. Ob und gegebenenfalls wann wieder die volle Kapazität der Veranstaltungsorte ausgenutzt werden kann, ist von der Entwicklung der Corona-Seuche abhängig. Semmelmann plant zunächst acht bis zehn Veranstaltungen unter den eingeschränkten Bedingungen. F.B.

● MELDUNGEN

Studie zur Bevölkerung

Seattle – Wissenschaftler der University of Washington in Seattle haben am 14. Juli dieses Jahres eine Studie im renommierten medizinischen Fachblatt „The Lancet“ veröffentlicht, welche den Titel „Fertilitäts-, Mortalitäts-, Migrations- und Bevölkerungsszenarien für 195 Länder und Gebiete von 2017 bis 2100“ trägt. Darin prognostizieren sie, die Zahl der Menschen auf der Erde werde bis 2064 von aktuell 7,8 auf 9,7 Milliarden steigen. Danach mache sich der bereits jetzt zu beobachtende Geburtenrückgang bemerkbar – außer in Afrika. Zu dem gleichen Ergebnis kam 2019 Wolfgang Lutz von der Universität Wien. Somit liegen nun zwei Prognosen von ausgewiesenen Experten vor, die der Vorhersage der Vereinten Nationen vom Vorjahr widersprechen, dass die Weltbevölkerung bis 2100 auf 10,9 Milliarden anzuwachsen drohe. Trotzdem dürften die Steigerungsraten in Afrika dramatisch ausfallen, was Anlass zur Sorge gibt. W.K.

Polen plant Agrarholding

Warschau – Zum Schutz der heimischen Landwirtschaft plant die polnische Regierung, mehr als 40 staatliche Beteiligungen in Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung in einer Holding zusammenfassen. Mit der Vereinigung der Unternehmen aus der Nahrungsmittelbranche soll eine direkte Integration in den polnischen Einzelhandel vorangetrieben werden. Artur Sobon (PiS), Staatssekretär im Ministerium für Staatsvermögen, nannte bereits im Mai als Ziel des Vorhabens, faire Margen für polnische Landwirte zu garantieren. Bisher stammen die größten Handelsketten auf dem polnischen Markt aus dem Ausland. Polens Agrarministerium hatte bereits im Frühjahr auf seiner offiziellen Internetseite eine Liste von Molkereien und Händlern veröffentlicht, die Milch und Milchprodukte aus anderen EU-Ländern einführen, anstatt diese von polnischen Landwirten zu beziehen. N.H.

Vorgezogene Wahl möglich

Moskau – Die nächste Wahl der Staatsduma ist für den September 2021 vorgesehen, doch aufgrund einer Änderung des Wahlgesetzes sind vorgezogene Wahlen möglich geworden. Die für das vor Kurzem durchgeführte Referendum über die Verfassungsänderung eingeführte Wahlmöglichkeit an mehreren Tagen und an Orten wie Kindergärten oder Garagen als Wahllokale wird nun dauerhaft gesetzlich verankert. Obwohl Kommunisten, Liberaldemokraten und auch Vertreter der Partei Gerechtes Russland protestierten und auf die Gefahr von Wahlfälschungen hinwiesen, peitschte die Regierungspartei Einiges Russland (ER) die Gesetzesänderung durch. Schon im März hatte ER vorgezogene Neuwahlen angeregt. Putin war damals dagegen, weil er keine Mehrheiten sah. Nach dem für ihn erfolgreichen Referendum wird über vorgezogene Dumawahlen schon im Dezember spekuliert. MRK



Hoffnungsvoller Auftakt: Ein Emirati beobachtet am Bildschirm den Start der Marssonde al-Amal

Foto: pa

MARSMISSION DER VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATE

Start in die prestigeträchtige Raumfahrt

Scheichs schicken ihre Marssonde al-Amal auf den Mars – Weitere Missionen denkbar

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am späten Abend des 19. Juli schickten die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Raumsonde namens „al-Amal“ (Hoffnung) auf den Weg zum Mars. Der Start erfolgte vom japanischen Weltraumbahnhof Tanegashima Uchū Sentā in Minamitane mittels einer ebenfalls japanischen Trägerrakete vom Typ H-IIA aus der Produktion von Mitsubishi Heavy Industries (MHI). Die 1350 Kilogramm schwere Sonde wiederum war am Laboratory for Atmospheric and Space Physics (LASP) der Universität von Colorado in den USA entwickelt und montiert worden. Dahingegen stammten die für das Unternehmen benötigten Finanzmittel im Umfang von insgesamt rund 200 Millionen US-Dollar ausschließlich aus den VAE. Ebenso liegt die Gesamtleitung des Projektes und die Flugaufsicht bei der United Arab Emirates Space Agency (UAESA) beziehungsweise beim Mohammed Bin Rashid Space Centre (MBRSC) in Dubai.

Offizielles Ziel der al-Amal-Mission ist die Beobachtung des Klimas auf dem Roten Planeten über den Zeitraum eines vollen Marsjahres – das entspricht 687 Tagen

auf der Erde. Dazu hat die Sonde verschiedene Messinstrumente an Bord. Allerdings machen die sieben Scheichtümer am Persischen Golf, welche seit Dezember 1971 eine Föderation bilden, keinen Hehl daraus, dass sie mit dem Unternehmen auch noch andere Absichten als interplanetare Klimaforschung verbinden.

So will man die Jugend im Lande inspirieren, sich mit Natur- und Ingenieurwissenschaften zu befassen, denn wenn der Ölboom in der Region vorbei ist, brauchen die Emirate alternative Einnahmequellen. Deshalb streben sie die Etablierung einer „Wissengesellschaft“ an.

Des weiteren treten die VAE mit der ambitionierten Mars-Mission, welche eine „wissenschaftliche und technische Renaissance“ in der arabischen Welt einleiten soll, aber auch in Konkurrenz zu den Nachbarstaaten Katar und Saudi-Arabien. Die verfolgen ebenfalls diverse große Prestigeprojekte wie die Fußballweltmeisterschaft von 2022 oder den Bau von Mega-Städten in der Wüste. Für die Golf-Emirate bietet die Raumfahrt die Chance, gegen die beiden Rivalen auf einem völlig neuartigen Gebiet aufzutrupfen – ganz abgesehen von der Kompensation der gleichermaßen bestehenden kulturellen Minderwertig-

keitsgefühle gegenüber dem Westen und hochentwickelten asiatischen Ländern wie China, Japan und Südkorea.

Das ist auch der Grund, warum die Emirate im September 2019 einen Mann ins All schickten: Der aus 4022 Kandidaten ausgewählte F-16-Kampfpilot der VAE-Luftwaffe Hassa al-Mansuri war damals an Bord der sowjetischen Kapsel Sojus MS-15 zur internationalen Raumstation ISS geflogen und einige Tage dort verblieben, bevor er mit Sojus MS-12 zur Erde zurückkehrte. Weitere ähnliche Missionen sind nicht ausgeschlossen – schließlich investieren die Scheichs vom Golf inzwischen in die Mo-

derisierung der legendären Rampe Nr. 1 auf dem kasachischen Weltraumbahnhof Baikonur, von der aus 1957 die Rakete mit „Sputnik-1“ abhob und 1961 Jurij Gagarin als vermutlich erster Mensch in den Kosmos flog.

Ansonsten scheinen die VAE aber auch selbst in die gewinnträchtige kommerzielle Raumfahrt einsteigen zu wollen. Davon zeugt die Absicht, in Kooperation mit dem US-amerikanischen Unternehmen Virgin Galactic, das private Touristenflüge ins All anbietet, einen „Weltraumhafen“ in Dubai zu errichten. Vor diesem Hintergrund stellen Missionen wie die der al-Amal eine hervorragende Werbung dar.

Darüber hinaus könnte hinter dem Raumfahrtprogramm der VAE noch etwas anderes stecken. Darauf verwies Jörg Matthias Determann, welcher an der Virginia Commonwealth University in Katar Wissenschaftsgeschichte lehrt und der wohl der beste Kenner der Materie ist, im Interview mit „Spektrum der Wissenschaft“: Sicher würden die Emirate derzeit nur friedliche Ziele im All verfolgen, kämen aber auf diese Weise auch an genügend Expertise und Technologien, um im Konfliktfall in der Lage zu sein, „relativ schnell Weltraumstreitkräfte“ aufzustellen.

Im Konfliktfall in der Lage, „relativ schnell Weltraumstreitkräfte“ aufzustellen

Matthias Determann

Professor für Wissenschaftsgeschichte, Virginia Commonwealth University, Katar

UKRAINE

Selenskijs Stern sinkt

Haltung gegenüber Oligarchen macht den Präsidenten angreifbar – Kommunalwahlen stehen ins Haus

Seit Kurzem gilt erneut eine Waffenruhe in der Ostukraine, nachdem der ukrainische Präsident Wladimir Selenskijs bei seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin angerufen hat. Bei dem Gespräch soll Selenskijs auch ein neues Treffen im sogenannten Normandie-Format unter Beteiligung Deutschlands und Frankreichs angeregt haben. An der festgefahrenen Situation wird das kaum etwas ändern. Ranghohe ukrainische Amtspersonen und auch Selenskijs selbst hatten in der Vergangenheit das Minsker Abkommen für die Ukraine als „unannehmbar“ erklärt und Änderungen verlangt. Für den 25. Oktober hat Kiew nun turnusmäßige Kommunalwahlen angesetzt,

die jedoch in den Separatistengebieten nicht stattfinden sollen. Moskau wertet das als Verstoß gegen das Abkommen. In Selenskijs Anruf sieht der Kreml den Wunsch, Unterstützung aus Moskau zu erhalten.

In der Ukraine sinkt der Stern des ehemaligen Fernsehstars derzeit. Die anfängliche Euphorie der an permanente politische Ränkespiele und wirtschaftliche Instabilität gewöhnten Bevölkerung ist einem Misstrauen gegenüber der Regierung und deren Wahlversprechen gewichen.

Zu den Erfolgen des jungen Präsidenten und seiner größtenteils aus unerfahrenen Künstlern und Ex-Sportlern bestehenden Regierungsmannschaft zählen zweifelsohne

die Aufhebung der Immunität für Politiker und die Stärkung des Antikorruptionsgerichts. Viele seiner Entscheidungen hängen aber von äußeren Einflüssen ab. So ist die Aufhebung des Verkaufsverbots für Ackerland einer Forderung des Internationalen Währungsfonds geschuldet, der von der Rücknahme die Auszahlung weiterer Kredite an die Ukraine abhängig machte. Bei den Ukrainern ist diese Entscheidung äußerst unpopulär.

Da es in seiner Partei „Diener des Volkes“ zunehmend auseinanderstrebende Richtungen gibt, ist Selenskijs bei Reformbestrebungen auf die Unterstützung der Opposition angewiesen. Im März bildete er

die Regierung um. Reformorientierte Politiker mussten ihren Hut nehmen. Selenskijs wird angekreidet, dass kaum noch unabhängige Personen auf die frei gewordenen Posten aufrückten. In dieser ohnehin angespannten Lage wächst zudem der Einfluss der Oligarchen, deren Herrschaft Selenskijs eigentlich beenden wollte. Nun wird ihm zur Last gelegt, dass er sich sogar noch als Mittler zwischen den Oligarcheninteressen gebe. Vor allem Rinat Achmetow und Igor Kolomojskijs, der als Präsidentenmacher gilt, sind wieder im Gespräch. Beobachter vermuten, dass die Präsidentenpartei bei den Kommunalwahlen kräftig verlieren wird. MRK

VON NORMAN HANERT

Weitgehend unbemerkt haben Bundestag und Bundesrat Ende Juni mit dem „Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz“ nicht nur vorübergehend die Mehrwertsteuer gesenkt, sondern auch die strafrechtliche Verjährungsfrist bei Steuerhinterziehung deutlich erhöht. Die neue Regelung sieht unter anderem vor, in Fällen von schwerer Steuerhinterziehung die Verjährungsfrist von bislang 20 auf 25 Jahre zu verlängern. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) verwies in seiner Begründung für den Gesetzentwurf ausdrücklich auf Steuerstrafverfahren zu sogenannten Cum-Ex-Geschäften.

Dabei geht es um eine Lücke im deutschen Steuerrecht, die Investoren aus aller Welt bis 2012 ausgenutzt haben. Rund um den Dividendenstichtag schoben die Beteiligten Aktien zwischen ihren Depots hin und her, um sich anschließend eine nur einmal gezahlte Kapitalertragsteuer samt Solidaritätszuschlag gleich mehrmals vom Finanzamt erstatten zu lassen.

Nach Berechnungen des Finanzwissenschaftlers Christoph Spengel könnte durch steuerlich motivierte Aktiengeschäfte rund um den Dividendenstichtag für den deutschen Fiskus von 2001 bis Ende 2011 ein Schaden von über 30 Milliarden Euro entstanden sein.

Zweites Corona-Steuerhilfegesetz

Obwohl recht früh erste Hinweise auf die Steuertricks auftauchten, wurde die Lücke im deutschen Steuerrecht erst 2012 wirksam geschlossen. Nach Angaben von Minister Scholz laufen derzeit gegen mehr als 100 Banken auf vier Kontinenten und zirka 1000 Personen Ermittlungen.

Die maßgeblich vom Bundesfinanzministerium vorangetriebene Änderung der Verjährungsfristen ist nun allerdings auf scharfe Kritik gestoßen. Laut Recherchen des Westdeutschen Rundfunks Köln und der „Süddeutschen Zeitung“ kann eine Stichtagsregelung in der Gesetzesreform nämlich dazu führen, dass in Cum-Ex-Fällen auch nach einer gerichtlichen Verurteilung Steuergelder nicht zurückgefordert werden, wenn die Vorfälle bereits steuerrechtlich verjährt sind. Das Bundesfinanzministerium führt als Argument für den gewählten Stichtag, den 1. Juli 2020, das rechtsstaatliche Prinzip des Rückwirkungsverbots an.

Aus Sicht des Verfassungs- und Steuerrechtlers Simon Kempny sind allerdings Ausnahmen denkbar. Der Jurist von der Universität Bielefeld sagt: „Um die Frage zu entscheiden, ob Altfälle mit einbezogen werden dürfen, kommt es für das Bundesverfassungsgericht darauf an, ob der Gesetzgeber damit einen legitimen gesetzgeberischen Zweck verfolgt und für diesen Zweck die Einziehung der Altfälle

erforderlich und verhältnismäßig ist.“ Vor diesem Hintergrund hätte aus Sicht des Verfassungsrechtlers das Bundesfinanzministerium zumindest versuchen können, das Gesetz erst einmal ohne Einschränkung durchzubringen.

Über 30 Milliarden Euro Schaden

Auch Nordrhein-Westfalens Justizminister Peter Biesenbach fordert eine Diskussion darüber, wie Altfälle erfasst werden sollen. „Hier geht es um Beträge, bei denen auch die Ermittler davon ausgehen, dass sie in die Milliarden hineingehen.“ Zur Begründung sagte der CDU-Minister: „Ich

halte es für unerträglich, wenn wir sagen, wir verurteilen zwar möglicherweise Personen zu Haftstrafen, aber das Geld ist weg, an das kommen wir nicht mehr ran.“

In der Tat könnte der Kreis der Akteure, die von der Stichtagsregelung profitieren, recht groß sein. Angenommen wird, dass viele Cum-Ex-Fälle steuerlich bereits verjährt sind, allein weil Finanzämter zu spät auf sie aufmerksam wurden.

Lange Zeit herrschte bei den Steuerbehörden zudem auch Unsicherheit über die Rechtslage. Bis vor Kurzem war nämlich umstritten, ob es sich bei den fraglichen Aktiengeschäften nicht einfach nur

um eine sehr clevere, aber legale Ausnutzung einer Gesetzeslücke handelt. Mit dieser Frage beschäftigen sich schon seit Jahren die Finanzgerichte in ganz Deutschland.

Im März dieses Jahres kam das Bonner Landgericht im bundesweit ersten Strafprozess gegen zwei britische Aktienhändler allerdings zu der Überzeugung, dass die Cum-Ex-Geschäfte strafbar sind. In ihrem Plädoyer bewertete die Kölner Oberstaatsanwältin Anne Brorhiler diese Aktiengeschäfte insgesamt sogar als „größten Steuerraub der deutschen Geschichte“.



Ist verdächtigt, auch schon als Hamburgs Regierungschef Cum-Ex-Täter begünstigt zu haben: Der heutige Bundesfinanzminister Olaf Scholz als neu gewählter Erster Bürgermeister 2011 im Plenarsaal der Hamburgischen Bürgerschaft Foto: Christoph Braun

CUM-EX-SKANDAL

Der größte Steuerraub – „... aber das Geld ist weg“

Ein neues Gesetz hebt die Verjährungsfrist bei Steuerhinterziehung deutlich an. Dennoch dürften zahlreiche Straftäter davonkommen

● MELDUNGEN

Spitzenreiter Banca d'Italia

Frankfurt am Main – Die Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber anderen Euro-Zentralbanken im Target2-Zahlungssystem sind zum 30. Juni auf ein Volumen von 995 Milliarden Euro angestiegen. Im Gegenzug erhöhten sich die Verbindlichkeiten anderer Zentralbanken. Spitzenreiter ist die Banca d'Italia, deren Verbindlichkeiten im Zahlungssystem bis Ende Juni auf ein Allzeithoch von über 536 Milliarden Euro stiegen. Ende Mai hatte das Volumen der Verbindlichkeiten Italiens bei gut 517 Milliarden Euro gelegen. Ökonomen machen für den Anstieg in den letzten Jahren nicht nur die deutsche Exportstärke verantwortlich, sondern auch die Anleihekäufe der EZB, die über die nationalen Zentralbanken abgewickelt werden. Viele internationale Banken sind über Tochterunternehmen in Deutschland an das Euro-Zahlungssystem angebunden. Erwerben Zentralbanken wie die Banca d'Italia im Zuge der EZB-Kaufprogramme Wertpapiere von solchen Geschäftsbanken, dann wirkt sich dies auch auf den Target2-Saldo der Bundesbank aus. N.H.

Pleite-Risiken steigen

Berlin – Laut einem Bericht des Ausschusses für Finanzstabilität, der von der Bundesregierung vorgelegt wurde, drohen deutschen Unternehmen als Folge der Corona-Krise hohe Risiken durch Liquiditäts- und Solvenzprobleme. Die drohende Insolvenz ganzer Branchen könne sich dergestalt auswirken, dass die Stabilität des Finanzsystems in Gefahr sei, etwa wenn es die Realwirtschaft nicht mehr ausreichend mit Finanzmitteln versorgen kann. Schon in den zurückliegenden drei Jahren vor dem Lockdown-Schock für die Wirtschaft seien „zyklische Systemrisiken“ aufgebaut worden, welche die Finanzstabilität bedrohen. Darunter versteht der Ausschuss die Unterschätzung von Kreditrisiken, Risiken aus der Immobilienfinanzierung sowie Zinsrisiken, wenn die Zinsen über einen längeren Zeitraum niedrig bleiben oder aber abrupt steigen würden. Diese Risiken bei niedrigen Zinsen und schwacher Konjunktur in Deutschland hätten sich bis Ende 2019 weiter aufgebaut. Mit einem raschen Aufschwung nach der Corona-Pandemie sei daher nicht zu rechnen. MRK

RENTNER

Südländer setzen auf „Silver Economy“

Mit niedrigen Abgaben wollen klassische Urlaubsländer solvente Senioren zum längeren Verbleib bewegen

Die Zahl der Senioren in Europa nimmt kontinuierlich zu. Bis 2025 sollen in der Europäischen Union die jährlichen Gesamtausgaben der Generation 50 plus auf 6,4 Billionen Euro steigen und die Erfüllung der Bedürfnisse der Älteren für den Erhalt von vier Zehntel aller Arbeitsplätze sorgen. Das zeugt von der überragenden Bedeutung der sogenannten Silver Economy. Der Begriff wurde in den 1970er Jahren in Japan kreiert, wo es schon damals überdurchschnittlich viele betagte Menschen gab, mit denen in beachtlichem Maße Geld verdient werden konnte.

In Europa galten Senioren hingegen noch längere Zeit als zu vernachlässigende Gruppe. Deshalb konzentrierte sich die Werbung auch vorrangig auf die jüngere

Generation. Doch das ist nun vorbei. Jetzt beginnt der Wettbewerb um die „Grauhaarigen“, die „Silberlocken“, welche der Tourismus- und Dienstleistungsbranche, dem Handel und dem Handwerk sowie dem Gesundheitssektor zunehmend größere Einnahmen beschieren. Das geht so weit, dass manche Länder mittlerweile versuchen, Pensionäre und Rentner aus anderen Staaten abzuwerben – in der Hoffnung, dass diese mit ihrem Geld die leeren Steuereinkassen füllen und zugleich für mehr Beschäftigung unter den Jüngeren sorgen.

Sieben Prozent Einkommenssteuer

Vorreiter auf diesem Gebiet sind die klassischen südeuropäischen Urlaubsländer

Portugal, Italien, Malta und Zypern, die wohlhabende Rentner außer mit angenehmen Temperaturen und südländischem Flair mit günstigen Steuersätzen und weiteren Privilegien zu ködern versuchen.

Und nun will auch das notorisch klamme Griechenland auf diesen Zug aufspringen. Das Kabinett in Athen billigte kürzlich einen Gesetzesentwurf, nach dem jeder, der im EU-Ausland Altersbezüge erhält, zehn Jahre lang nur sieben Prozent Einkommensteuer zahlen muss, wenn er seinen Hauptwohnsitz nach Griechenland verlegt und mindestens 183 Tage pro Kalenderjahr, also mehr als die Hälfte des Jahres, dort verbringt. Dieser pauschale Steuersatz gilt auch für Kapitalerträge

und Mieteinnahmen. Entsprechende Anträge für 2020 können noch bis zum 30. September gestellt werden, danach endet die Frist dann immer am 31. März.

Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis feierte die neue Regelung, der das Athener Parlament sicher bald zustimmen wird, mit den Worten: „Die gesamte Silver Economy bietet unserem Land großartige Möglichkeiten.“ Und sein Chefberater Alex Patelis fügte hinzu, er erwarte keinen Widerstand seitens der EU-Staaten, denen so Steuereinnahmen verloren gingen.

Damit könnte Patelis allerdings falsch liegen – vor allem, wenn das Beispiel der vier Mittelmeerländer und Portugals Schule macht. Wolfgang Kaufmann

Fischbetriebe leiden Not

Berlin – Sowohl die Fangzahlen als auch der Umsatz der Fischereiwirtschaft sind im ersten Halbjahr in Deutschland drastisch zurückgegangen. Die Erlöse beim Ostsee-Hering beispielsweise gingen um 80 Prozent zurück und bei der Nordsee-Scholle sanken sie um 57 Prozent. Auch die Krabbenfischerei und die Forellen- und Karpfenwirtschaft leiden Not. Da die Branche besonders stark von der Corona-Krise betroffen ist, hat die Bundesregierung Hilfe im Rahmen von Überbrückungskrediten gewährt sowie besonders stark betroffenen Betrieben eine Anschlussförderung in Aussicht gestellt. Der Selbstversorgungsanteil Deutschlands bei Fisch lag im vergangenen Jahr bei 22 Prozent. MRK

KOMMENTARE

Gehorsame Stecksteine

ERIK LOMMATZSCH

Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) gibt ein Kommando. Der Spielzeughersteller „Lego“ schlägt die Hacken zusammen, salutiert und führt postwendend den Befehl des „eingetragenen Vereins“ aus.

Auch wenn es sich um eine „friedensfördernde“ Maßnahme handelt – zur Beschreibung des Vorgangs passt die militärische Tonlage recht gut. Im August wollte Lego ein Modell des Kipprotor-Wandelflugzeugs V-22 „Osprey“ auf den Markt bringen, dessen Vorbild von Bell Helicopter und Boeing gefertigt wird. Das gefiel der DFG-VK nicht. Es wurde demonstriert. Werbung für Rüstungskonzerne bei Kindern betreibe die bekannte dänische Firma, so der Vorwurf. Der DFG-VK-Geschäftsführer verkündete: „Wer das Lego-Set kauft, finanziert wohl auch die beiden lizenzgebenden Waffenhersteller mit.“ Der aufgeschreckte Spielzeughersteller reagierte prompt. Die Entwicklung sei „bezogen

auf die Einsätze des Flugzeugs bei Rettungsaktionen“ erfolgt, doch es werde eher „militärisch“ genutzt. Man habe sich „nicht strikt“ an die „eigenen Richtlinien und hohen Standards gehalten“, denn man verfolge den Grundsatz, „keine Sets mit Militärfahrzeugen zu gestalten“. Nur einen Tag nach der DFG-VK-Intervention verkündete Lego, auf den Verkauf von V-22 „Osprey“ zu verzichten.

Anzunehmen ist, dass das Modell längerfristig geplant, durchdacht und produziert wurde. Die Kaufentscheidung hätte beim Kunden gelegen. Aus Angst davor, von einer medial vermittelten Hauptmeinungslinie abzuweichen, hat Lego die öffentliche Selbstkasteiung gewählt und einen wirtschaftlichen Verlust in Kauf genommen. Tonangebend sind Vereine wie der DFG-VK, der in der Vergangenheit gern mal mit Champagner auf im Auslandseinsatz gefallene Soldaten anstieß und auf seiner Homepage zum Besten gibt, dass sich die Bundeswehr „immer neue Einsatzgebiete außerhalb der Bundesrepublik erschließt“.

Wo ist Joe Biden?

RENÉ NEHRING

Am 3. November 2020 wählen die US-Amerikaner zum 59. Mal ihren Präsidenten. Dieser gilt gemeinhin als „mächtigster Mann der Welt“, was angesichts der Amtsvollmachten des Herren im Weißen Haus und seiner Befehlsgewalt über die größte Streitmacht der Erde nicht übertrieben ist. Aus diesem Grunde sollte nicht nur die Öffentlichkeit zwischen Maine und Kalifornien ein Interesse daran haben zu erfahren, was mit der Wahl auf sie zukommen könnte, sondern auch die politisch interessierten Zeitgenossen in anderen Ländern.

Als aussichtsreichste Bewerber gelten der amtierende Präsident Donald Trump von den Republikanern und der ehemalige Vizepräsident Joe Biden von den Demokraten. Ersterer dürfte die wohl meistgenannte Person des öffentlichen Lebens unserer Tage sein. Seit Jahren erfahren wir täglich von ihm und über ihn, mit welchen Frauen er eine Affäre hatte, welchen Mitarbeiter er soeben gefeuert hat, gegen wen er gerade einen Handelskrieg anzettelt – oder wie

wenig er die Corona-Krise unter Kontrolle bekommt.

Doch was ist mit seinem Gegenspieler? Was wissen wir über Joe Biden? Wie tickt der Mann, dem nach aktuellen Umfragen der Sieg im Herbst kaum noch zu nehmen ist? Laut verschiedener Medienberichte sitzt er in seinem Home-Office und korrespondiert über das Internet mit seinen Anhängern. Programmatische Aussagen darüber, was die US-Amerikaner und die Welt von einem Präsidenten Biden zu erwarten haben, waren dabei noch nicht zu vernehmen.

Dies ist – gelinde gesagt – erstaunlich. Klar ist, dass Krisenzeiten wie die Corona-Pandemie der Moment der Regierenden sind. Sie treffen die Entscheidungen, während die Opposition zum Zuseher verurteilt ist. Dennoch ist es angesichts der enormen Aufgaben, vor denen der nächste US-Präsident steht, unvorstellbar, dass der wichtigste Herausforderer des Amtsinhabers abtaucht und darauf wartet, dass ihm das Amt quasi in den Schoß fällt. Ebenso fragwürdig ist, dass ihm die Öffentlichkeit das Schweigen einfach durchgehen lässt.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Aus Solidarität mit den Farbigen: Mercedes startet in dieser Formel-1-Saison statt mit „Silberpfeilen“ mit schwarzen Autos

KOLUMNE

Fanatismus

FLORIAN STUMFALL

Vom Fanatismus weiß man Eines, nämlich dass er meilenweit vom Humor entfernt ist; so weit, dass er nicht einmal die Lächerlichkeit scheut. Diesem Fanatismus begegnet man zuverlässig bei der derzeitigen Empörung im Zusammenhang mit dem Rassismus, die nicht nur Straßen und Plätze, sondern halbe Städte in Aufruhr zu versetzen vermag. Der Begriff „Rassenwahn“ erhält eine neue, völlig andere Bedeutung, als er bislang hatte.

Die Anzahl der Beispiele hierfür ist überreich, doch eine kleine Auswahl genügt, um Art und Wesen des Fanatismus zu kennzeichnen. Es beginnt mit dem einst harmlosen Mohren, einer der kleinen Kindheitsfreuden, jedenfalls der älteren Generation. Da gab es den Sarotti-Mohren, eine kleine Figur als Emblem für eine Schokoladenmarke, der allein schon deswegen sympathisch war, weil er eine wohlschmeckende Gedankenverbindung herstellte. Doch ach! Er ist dennoch eines stillen Todes gestorben, geopfert auf dem Altar der Politischen Korrektheit.

Gleich dem Sarotti-Mohren geht es vielen seiner Artgenossen, so dem Mohrenkopf beispielsweise oder auch der U-Bahn-Station Mohrenstraße in Berlin. Doch in Graz gibt es zivilen Ungehorsam. Dort weigert man sich, die „Mohren-Apotheke“ umzubenennen. Obstinanz auch in der Schweiz: Das Familienunternehmen Dubler in Waltenschwil im Kanton Aargau besteht auf dem Mohrenkopf. Der Inhaber argumentiert: „Ich bezeichne mein Produkt doch nicht mit einem zweiklassigen Namen!“

Doch andere kämpfen ums Überleben. So gibt es in etlichen Städtewappen den Kopf eines Mohren, so etwa, wie der Name schon andeutet, im Stuttgarter Stadtteil Möhringen. Dort gibt es bereits einen interfraktionellen Antrag, der ein Ende des „Mohren-Skandals“ herbeiführen soll. Auch in Freising oder Coburg droht der Verlust eines historischen Kennzeichens. Dort haben bereits Tausende eine Petition gegen den schwarzen Herrn im Wappen unterschrieben.

„Diversitäts-Check“

Für die Fanatiker unerheblich ist dabei der Umstand, dass sich der „Mohr“ von „Maure“ herleitet, einem Nordafrikaner also, mit nur halbwegs getönter Hautfarbe. Doch wenn man das beiseiteschiebt,

dann stellt sich die Frage, ob man denn nicht auch den Staat Mauretanien umbenennen müsste. Es wäre eine dankbare Aufgabe etwa für die Grünen, in der Hauptstadt Nuakchott vorstellig zu werden und dort in diesem Sinne Druck auszuüben.

Eine Vorreiterin der guten Sache ist die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein. Hier wird ein Drehbuch dem „Diversitäts-Check“ unterzogen, ob auch genügend Schwule, Lesben, Beiderseitige, getönte und kulturfremde Menschen zu Wort kommen. Falls nicht, gibt es keine Fördermittel.

Der Fanatismus ist nicht nur humorlos, sondern auch immun gegen die Wirklichkeit

Längst hat die melanophile Befissenheit auch auf die Wirtschaft übergegriffen, nicht nur beim Sarotti-Mohren. Der Kosmetikweltkonzern L'Oréal wird die Werbung für Aufheller einstellen, weil diese insinuiert, hell zu sein, sei ersprießlich. Von einem Verbot von Bräunungsmitteln hört man dagegen nichts. Die Walmart-Kette wird nicht mehr Produkte für Schwarze in verschlossenen Regalen aufbewahren, so wie mancherorts die Spirituosen dem freien Zugriff entzogen sind. Doch der eigentliche Skandal sollte doch darin liegen, dass es Produkte für Schwarze überhaupt gibt. Adidas USA beugt sich dem Vorwurf von Mitarbeitern, es müsse mehr Gleichberechtigung im Betrieb geben. Also wird bei Neueinstellungen eine Quote eingeführt. Die Debatte bei Adidas hat übrigens zum Rücktritt des Personalvorstands geführt. Leider war dies eine Frau, die Britin Karen Parkin.

Tief in den Fettnapf rassistischer Rücksichtslosigkeit ist der einstige Formel-1-Boss Bernie Ecclestone gestiegen. Er meinte, in vielen Fällen seien Schwarze rassistischer als Weiße. Das traf natürlich in erster Linie den Formel-1-Fahrer Lewis Hamilton. Der nannte Ecclestons Beobachtung „ungebildet und ignorant“. Doch die Autowelt ist nicht zur Gänze

unbelehrbar. Mercedes beispielsweise hat entschieden, in dieser Saison die Formel 1 nur mit schwarzlackierten Autos zu fahren, als Referenz gegenüber Afroamerikanern, Afroafrikanern und anderen.

Ecclestone versus Hamilton

Den USA ist die späte Aufarbeitung des Bürgerkrieges vorbehalten. Der Staat Mississippi hat im Juni die Abschaffung der bisherigen Flagge beschlossen, weil sie im rechten oberen Viertel die Kriegsflagge der Konföderierten Staaten von Amerika zeigte. Zudem gibt es nicht nur eine schmerzliche Diskussion um missliebige Denkmale. Im Kapitol stehen gleich elf Statuen, die den politischen Korrektheitstest nicht bestehen dürften. Auch soll der John-Wayne-Flughafen in Orange County, Kalifornien umbenannt werden; der legendäre Schauspieler sei Rassist gewesen, so die zureichende Erklärung.

Um Denkmale geht es auch in Europa. In Großbritanniens Kapitale London sah man sich genötigt, das Monument von Winston Churchill mit einem Schutz zu umgeben, um es vor der Zerstörung zu bewahren. Auch dem Sieger der Luftschlacht um England wird beim Vorwurf des Rassismus kein Rabatt gegeben. Manchmal ist nicht ganz klar, worin das Vergehen einer inkriminierten Figur besteht. Die kleine Meerjungfrau etwa, die aus einem Märchen von Hans Christian Andersen stammt und im Hafen von Kopenhagen als bronzenes Denkmal auf einem Stein sitzt und aufs Meer blickt, ist so ein Fall. Auf der Sitzgelegenheit der Meerjungfrau war jüngst zu lesen: „Rassist fish“.

In kühnem Schwung wird zudem der Rassismus mit Islamfeindlichkeit verbunden. Eine Sprecherin der „Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“ erklärte: „Die Mehrheitsgesellschaft ist in puncto antimuslimischer Rassismus nicht genügend sensibilisiert.“ Dem Facebook-Chef Mark Zuckerberg ist dieser Vorwurf nicht zu machen. Sein Netzwerk nennt jeden Hinweis darauf, dass es in islamischen Ländern Christenverfolgung gibt, rassistisch und geht entsprechend dagegen vor. Man sieht: Der Fanatismus ist nicht nur humorlos, der ist auch immun gegen die Wirklichkeit.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Trierer Hagia Sophia

Istanbuler Sophienkirche stand Modell beim Umbau der Konstantinsbasilika – Preußen führte dabei Regie

VON BODO BOST

Als der preußische Architekt Friedrich August Stüler zwischen 1846 und 1856 das Konstantinsbasilika genannte antike Bauwerk in Trier zur evangelischen Stadtkirche umbaute, diente auch die Hagia Sophia als Modell. Die Stadt Trier, die von 1815 an zur preußischen Rheinprovinz gehörte, hatte durch den dort in der Antike zur Macht gelangten römischen Kaiser Konstantin I., der auch Stadtgründer von Konstantinopel war, enge Anknüpfungspunkte zum Bosphorus.

Der römische Kaiser Konstantin (270–337), dessen erste Residenzstadt von 306 an Trier war, ließ am Goldenen Horn am Bosphorus seine neue römische Reichshauptstadt an der Stelle des griechischen Byzantion im Jahre 330 errichten. Die zuerst „Nea Roma“ (Neues Rom) genannte Stadt wurde so stark von Konstantin I. geprägt, dass man sie später „Konstantinopel“ nannte.

Die Hagia Sophia (türkisch Ayasofya) oder Sophienkirche wurde 200 Jahre später, zwischen 532 und 537 nach Christi Geburt von Kaiser Justinian (482–565), einem Daker (damals ein Volk im heutigen Rumänien), erbaut. Kaiser Justinian wollte sich mit dem Bau dieser Kuppelbasilika ein Denkmal setzen. Sie ist nicht nur die letzte der spätantiken Großkirchen, die seit Konstantin dem Großen im Römischen Reich errichtet wurden, sondern gilt in ihrer architektonischen Einzigartigkeit oft als eine Kirche ohne Vorbilder, wurde aber häufig kopiert.

Konstantinsbasilika in Trier

Obwohl die türkischen Osmanen 1453 das damalige Weltzentrum des Christentums und die größte Kirche der Christenheit, die Hagia Sophia, eroberten, behielt die Stadt noch fast 500 Jahre lang den Namen des christlichen Stadtgründers – die Stadt hieß offiziell bis 1930 Konstantinyye, doch das Grab des Stadtgründers in der Apostelkirche hatte man bereits 1453 zerstört.

Die Hagia Sophia wurde von der größten Kirche der Christenheit zur größten Moschee des Osmanischen Reiches umgewidmet. Dazu hatten die Türken gar nicht viele Änderungen am Kirchenbau vornehmen lassen. Lediglich das große



Fenster der Hagia Sophia als Vorbild: Die Konstantinsbasilika genannte Stadtkirche von Trier

Foto: Bost

Kuppelkruz wurde entfernt. Neben dem Gebäude wurden vier Minarette errichtet. Die Hagia Sophia diente bis 1932 als Moschee. Auf Anregung Atatürks, des ersten Präsidenten der Republik Türkei, wurde sie in ein Museum umgewandelt und wurden byzantinische Mosaiken freigelegt.

Um den Protest von Muslimen zu mildern, wurden einige Zeit später arabisch beschriftete hölzerne Rundschilder aus dem 19. Jahrhundert mit den Namen Mohameds und der ersten vier Kalifen wieder im Gebäude angebracht. Man bemühte sich um die Wiederherstellung des byzantinischen Zustandes, ohne dabei den muslimischen zerstören zu wollen.

Die Hagia Sophia hat als Kirche vielen Kirchen des Abendlandes Modell gestanden, weil alle etwas am Glanz dieser einzigartigen Konstruktion teilhaben wollten. So auch beim Umbau der Trierer Konstantinsbasilika zwischen 1846 bis 1856 durch den preußischen Architekten Stüler. Bei diesem Umbau dienten die Fenster der Hagia Sophia als Modell für die Fenster der neuen Trierer protestanti-

schen Stadtkirche, die den Namen „Kirche zum Erlöser“ erhielt.

Preußenkönig ließ Maß nehmen

Zur selben Zeit als man in Trier die Konstantinsbasilika, die eigentlich eine römische Palastaula war, umbaute, wurde nämlich gerade die Hagia Sophia im Osmanischen Reich im Auftrag des Sultans Abdülmecid durch die Brüder Fossati aus dem Tessin erstmals seit der Eroberung 1453 grundlegend renoviert. Die Fossatis wuschen als erstes die Tünche von den Wänden ab, welche die christlichen Wandmalereien und Mosaiken verdeckt hatten. Für kurze Zeit waren die Mosaiken der byzantinischen Hauptkirche wieder zu sehen, bevor die Imame wieder darauf drangen, die im Islam verpönten Bildwerke erneut zuzudecken.

Vorher hatten die Fossatis von allen Mosaiken Zeichnungen angefertigt, sodass uns mehr Mosaiken aus dieser Hauptbasilika Ostroms bekannt sind, als heute noch erhalten sind, denn seitdem gingen die Zerstörungen bis 1932 weiter.

Die Sensationsnachrichten aus Konstantinopel lockten Kunstkenner aus ganz Europa an den Bosphorus. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen schickte seinen Hofarchitekten Wilhelm Salzenberg, um die Hagia Sophia zu vermessen. Salzenberg war ein Schüler von Karl Friedrich Schinkel. Er veröffentlichte 1854 im Auftrag des Preußenkönigs das Werk „Altchristliche Bauwerke von Constantinopel vom V. bis XII. Jahrhundert“. Dadurch und durch die Renovierung der Fossatis waren weitreichende Kenntnisse über diesen Bau in den Westen gelangt. Davon profitierte auch Stüler in Trier.

In Trier war viel Phantasie gefragt, um ein römisches Gebäude zu einer christlichen Kirche zu machen, da konnte man von den türkischen Erfahrungen, wie man aus einer Kirche eine Moschee macht, viel lernen. Die Hagia Sophia wird nun zum zweiten Mal in eine Moschee rückverwandelt, in der die Gläubigen viermal am Tag zum Beten kommen. Geld wird es aber nicht einbringen. Der Besuch soll auch Nicht-Muslimen kostenlos möglich sein.

● LICHTSPIELHÄUSER

Wieder mehr Lust auf Kino

Sofern Filmtheater bereits wieder geöffnet haben, muss man sich als Zuschauer auf ein neues Kinogefühl einstellen. Die Säle sind nur zur Hälfte gefüllt, zum Sitznachbarn gibt es das Abstandsgebot von einem Platz, und Popcornessen fällt wegen Mund-Nasenschutz aus. Es geht schon soweit, dass man in der Einsamkeit dieser neuen Kinowelt das sonst so nervige Tütengeraschel inzwischen vermisst.

Obwohl das derzeitige Kinoangebot noch überschaubar gering ist, wagen sich so langsam immer mehr Film-enthusiasten in die Kinos, auch wenn ein mulmiges Gefühl wegen möglicher Infektionsgefahr dabei bleibt. Zwei Monate, nachdem einige Kinos wiedereröffnet haben, ziehen die Rückkehrer laut einer Studie der S&L Medienproduktion ein überwiegend positives Fazit über „Kino nach Corona“.

Demnach gaben 87 Prozent der Kinobesucher an, während des Kinobesuchs ein gutes Gefühl gehabt zu haben. Und 85 Prozent empfanden die Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen in den Kinos als ausreichend. Unwissend ist dabei nur ein kleiner Teil ins Kino zurückgekehrt: 81 Prozent antworteten, sich vor dem ersten Kinobesuch nach Wiedereröffnung über das Thema Hygiene im Kino informiert zu haben. Nur ein geringerer Teil der Filmliebhaber, die Kino inzwischen wieder live erlebt haben, zeigte sich unzufrieden – sieben Prozent empfinden die aktuellen Restriktionen als negativen Einfluss auf das Kinoerlebnis.

Generelle Bedenken, der Zeitpunkt der Wiedereröffnung könnte zu früh sein, sind nach Angaben der Studie schon gesunken. Dieser positive Trend dürfte also nicht nur ein gutes Signal an die Kinobetreiber sein, sondern auch an die Filmverleiher, um mit neuen, attraktiven Filmstarts viele noch zögerliche Filmfans zur Wiederaufnahme von Kinobesuchen zu bewegen. Gerade an Wochenenden ist das Kino für junge Leute auch ein wichtiger sozialer Treffpunkt. Es hindert sie daran, sich gelangweilt und alkoholisiert in öffentlichen Parks und Plätzen aufzuhalten und sich mit der Polizei zu schlagen. *H. Tews*

SALZBURGER FESTSPIELE

Elektra mit Maske

Corona zum Trotz – Salzburg zieht zum 100. Jubiläum seine Festspiele durch, gibt den „Jedermann“ und eine Handke-Uraufführung

Zum 100. Jahrestag gehen die Salzburger Festspiele volles Risiko. Sie ziehen vom 1. August an ein umfassendes Programm durch, allerdings in modifizierter Form. Erstmals wird der Eröffnungsabend mit der Neuinszenierung von Richard Strauss' Oper „Elektra“ aus der Felsenreitschule und mit der Wiederaufnahme des „Jedermann“ auf dem Domplatz live in zahlreichen Kinos in Österreich, Deutschland und der Schweiz zu erleben sein.

„Gesundheit geht vor, aber der Hunger nach Kultur ist übergroß“, begründet Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler die Entscheidung, dieses Musikfest anders als zum Beispiel die Bayreuther Festspiele trotz Corona und einer im Juni positiv auf das Virus getesteten Mitarbeiterin nicht abzusagen. Damit aus Salzburg kein neues Ischgl wird, hat man die ge-

planten 242.373 Eintrittskarten auf 76.698 reduziert. Der Einnahmeverlust ist enorm, aber nachdem man schon die Pfingstfestspiele absagt hatte, blieb das Verlangen, die seit 1920 ausgetragenen Festspiele als Visitenkarte der Stadt nicht ungenutzt zu lassen, schwerwiegend.

Um die Infektionsgefahr so gering wie möglich zu halten, hat man die Spielstätten von 16 auf acht reduziert. Fürs Publikum besteht Maskenpflicht, Pausen mit Getränkeauschank wird es nicht geben.

Pausenlose Opern

Für den Eröffnungsabend wählte man den Strauss-Einakter „Elektra“, der nur etwas mehr als anderthalb Stunden dauert, eine Zeit, welche die Zuschauer in der Felsenreitschule problemlos mit Mund-Nasenschutz überstehen werden. Dafür verlangt

die Oper eine verhältnismäßig große Orchesterbesetzung mit 110 Musikern, die ordentlich Aerosole ausstoßen werden.

Bei der Oper führt der Pole Krzysztof Warlikowski Regie, der bei den Festspielen 2018 sein Debüt mit Henzes „Die Bassariden“ gab. Mit Franz Welser-Möst steht einer der weltweit profiliertesten Dirigenten am Pult der Wiener Philharmoniker. Die Rolle der Elektra übernimmt die litauische Sängerin Aušrinė Stundytė, die damit ihr Debüt bei den Salzburger Festspielen gibt. Elektras Schwester Chrysothemis verkörpert Stundytės Landsmännin Asmik Grigorian. Seit ihrem Auftritt 2018 als Salome gilt sie als eine der großen Sängerdarstellerinnen der letzten Jahre und wurde unter anderem von der Zeitschrift „Opernwelt“ als Sängerin des Jahres ausgezeichnet. An

ihrer Seite singen Tanja Ariane Baumgartner als Klytämnestra, Michael Laurenz als Aegisth und Derek Welton als Orest. Die Premiere in der Felsenreitschule wird in ausgewählte Kinos am 1. August ab 17 Uhr live übertragen.

Kein Verzicht auf Dauerbrenner

Mit Hugo von Hofmannsthal's „Jedermann“ unter der Regie von Max Reinhardt wurden im August 1920 die Salzburger Festspiele aus der Taufe gehoben. Das Mysterienspiel über Leben und Tod ist nicht nur zentraler Bestandteil der DNA der Festpielgeschichte, sondern auch ein einzigartiges Phänomen in der deutschsprachigen Theaterlandschaft: Seit Bestehen der Festspiele wird es jedes Jahr auf dem Domplatz aufgeführt, ist stets als erstes ausverkauft und gilt als eine der

größten Herausforderungen und Ehrungen für Schauspieler. Von Anfang an war klar, dass man auf diesen Dauerbrenner nicht verzichten würde.

Im abgespeckten Programm wird bei den bis 30. August laufenden Festspielen außer „Elektra“ als einzige andere Oper nur noch Mozarts „Così fan tutte“ aufgeführt. Auch dieses Stück wird nicht durch Pausen unterbrochen. Hier ist bei einer Spieldauer von drei Stunden Durchhaltevermögen gefragt. Im Bereich Schauspiel darf man auf die Uraufführung von „Zdeněk Adamec“ des Literaturnobelpreisträgers Peter Handke gespannt sein sowie auf die weibliche „Jedermann“-Entsprechung „Everywoman“ von Milo Rau und Ursina Laedi. Vollständiges Programm und Kartenbestellungen unter: www.salzburgerfestspiele.at. *Harald Tews*

FRIEDRICH ENGELS

Karl Marx' Mitstreiter und Financier

Zusammen mit Karl Marx begründete Friedrich Engels jene Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, die heute allgemein als „Marxismus“ bekannt ist. Dabei wurde dem vor 200 Jahren, am 28. November 1820, in Barmen in der preußischen Provinz Jülich-Kleve-Berg geborenen Sohn eines wohlhabenden Baumwollfabrikanten keineswegs in die Wiege gelegt, dass er im Alter von 28 Jahren an der Abfassung des „Manifests der Kommunistischen Partei“ mitwirken würde. Darin wurde erstmals der „Klassenkampf“ zum Motor der Geschichte erklärt und der „Sieg des Proletariats“ über Bürgertum und Kapitalismus angekündigt.

Verantwortlich für die Entscheidung des jungen Engels, keine reine Unternehmerlaufbahn einzuschlagen, sondern sich auch mit Philosophie, Ökonomie und Politik zu befassen, war Opposition gegenüber dem Vater sowie die Konfrontation mit dem Elend der Arbeiter in England. Letzteres lernte er kennen, als er seine kaufmännische Ausbildung in der Baumwollspinnerei Ermen & Engels in Manchester vollendete.

Ab 1849 lebte Engels ständig auf der britischen Insel, weil ihm in Deutschland nach dem Scheitern der Märzrevolution, an der er sehr aktiv mitgewirkt hatte, die Verhaftung drohte. Im Exil bearbeitete er nun zusätzlich noch militärische und geschichtliche sowie religions- und naturwissenschaftliche Themen. Außerdem unterstützte Engels Marx bei der Erstellung von dessen Monumentalwerk „Das Kapital“ und fungierte nach dem Tod seines kongenialen Mitstreiters im Jahre 1883 als dessen geistiger Nachlassverwalter. Damit nahm er wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Marxismus sowie der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Der Vordenker des „wissenschaftlichen Sozialismus“ starb vor 125 Jahren, am 5. August 1895, in London an Kehlkopfkrebs. Seine Asche wurde



Friedrich Engels (1820–1895)

von den Kreidelfen von Beachy Head in den Ärmelkanal gestreut. Im Gegensatz zu Marx, dem ewig klammen Stammkunden der Londoner Pfandleihhäuser, dem er viele Jahre lang finanziell unter die Arme hatte greifen müssen, hinterließ Engels ein beachtliches Barvermögen in Höhe von 30.000 Pfund oder 600.000 Goldmark. Denn bei aller Kritik am Kapitalismus war der Unternehmersohn stets dem – wie er es nannte – „hündischen Commerce“ treu geblieben und darauf aus gewesen, mit Hilfe der familieneigenen Unternehmen zu aus-

CHARTA DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

„Ein Dokument des Mutes, der Weitsicht und der Tapferkeit“

Vor 70 Jahren proklamierte der Oberschlesier Manuel Jordan „eine feierliche Erklärung“, „die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz“ ansehen



Vor 70 Jahren in Stuttgart: Proklamation der Charta der deutschen Heimatvertriebenen durch Manuel Jordan vor den Ruinen des Neuen Schlosses

VON KLAUS J. GROTH

Als die sogenannte Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950 in Bad Cannstatt von 30 „erwählten Vertretern von Millionen Heimatvertriebenen“ unterzeichnet und am Tag darauf vor 150.000 Vertriebenen und Flüchtlingen in Stuttgart vor den Ruinen des Neuen Schlosses vom Oberschlesier Manuel Jordan verkündet wurde, lag die Konferenz von Potsdam, auf der die Westmächte auf Drängen des sowjetischen Diktators Josef Stalin die Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Teilen des Reiches absegnen hatten, gerade fünf Jahre zurück.

Dieser geringe zeitliche Abstand verdeutlicht, welche moralische Bedeutung die Erklärung hatte. Damals lebte die Hälfte der Vertriebenen und Flüchtlinge von der Fürsorge, war auf die Gutwilligkeit ihrer neuen Nachbarn angewiesen. Die Erlaubnis zum Kartoffelstoppeln kam einem Gnadenakt gleich. 40 Prozent der Vertriebenen bezogen Arbeitslosenhilfe. Im Januar 1950 wurde eine Partei mit dem programmatischen Namen „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) gegründet. In Schleswig-Holstein, dem Bundesland mit dem höchsten Flüchtlingsanteil, kam sie auf Anhieb bei der Landtagswahl vom 9. Juli des Jahres auf 23,4 Prozent. Das war die Situation, als die Charta beschlossen wurde.

Verzicht auf Rache und Vergeltung

Kernpunkt der Charta war die Aussage: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“ Schon damals höhnte die Presse von links, der Verzicht auf Rache und Vergeltung stehe den Vertriebenen nicht zu. Sie hätten weder Recht noch Veranlassung auf Rache und Vergeltung.

Bundespräsident Heinrich Lübke wertete die Charta zehn Jahre nach ihrer Verkündung 1960 deutlich freundlicher: „Wer die Umstände jener Zeit bedenkt, wird erkennen, dass die Charta ein Dokument des Mutes, der Weitsicht und der Tapferkeit war.“

Viele der 14 Millionen Heimatvertriebenen hatten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung die Hoffnung noch nicht aufgegeben, in nicht allzu ferner Zukunft in die Heimat zurückkehren zu können. Auf friedlichem Wege. Auch das wurde mit Argwohn beobachtet. Mancher fragte sich, ob die Aktivitäten der Vertriebenenverbände Ausgangspunkt für neue Unruhen in Europa sein könnten. Die Charta war das genaue Gegenteil einer Radikalisierung. Sie wies in die Zukunft.

Die Vertriebenen brachten sich nachdrücklich und erfolgreich in den Wiederaufbau Deutschlands und in die Schaffung Europas ein: „Die Vertriebenen werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“ Und: „Die Vertriebenen werden

durch harte, unermüdete Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.“ Das taten sie.

Hingegen wurde ihrem formulierten Recht auf Heimat nicht entsprochen: „Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“

Die Bonner Politik wollte es anders. Die Vertriebenen ließen nicht nach, ihr Recht auf Heimat einzufordern. Noch bei der 30-Jahresfeier 1980 wurde auf diesen Passus der Charta hingewiesen. Der damalige Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja forderte: „Unsere Nachbarn, insbesondere das polnische Volk, sollten nicht auf eine ständige Teilung eines intakten Volkes setzen ... Wir müssen vielmehr einen gerechten und trag-

baren Ausgleich zwischen den Rechten der Völker und der Staaten anstreben.“

Damals lösten solche Worte heftigen politischen Streit aus. Fünf Jahre später würdigte Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 den weitsichtigen Verzicht der Vertriebenen: „Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine vergängliche Erklärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält.“

„Gründungsdocument“ der Republik

Die eindeutigste Anerkennung blieb Bundestagspräsident Norbert Lammert beim 60. Geburtstag vorbehalten, als er die Charta „zu den Gründungsdokumenten der Bundesrepublik Deutschland“ zählte und als „eine wesentliche Voraussetzung ihrer vielgerühmten Erfolgsgeschichte“ bezeichnete. Aber immer, wenn es um Position und Rolle der Vertriebenen geht, wird die Anerkennung im gleichen Atemzug eingeschränkt. Als die damalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, anlässlich der 60-Jahresfeier vorschlug, mit dem 5. August den Tag, an dem die Charta unterzeichnet wurde, zu einem eigenständigen nationalen Gedenktag für die Vertriebenen zu machen, verweigerten sich Norbert Lammert und der damalige Bundesinnenminister Lothar de Maizière.

Derselbe Vorschlag war bereits 2003 an der rot-grünen Bundesregierung gescheitert. Lapidar wurde darauf verwiesen, dass es bereits einen Gedenktag gebe, um an die Opfer von Krieg und Gewalt Herrschaft gemeinschaftlich zu erinnern, den Volkstrauertag. Wohl als Trostpflaster war de Maizières Zusicherung gedacht: „Wir werden unsere Unterstützung des Bundes für den BdV, die Landsmannschaften und die deutschen Minderheiten auch in Zukunft im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortsetzen.“ Zu mehr Trostpflaster reichte es nicht.

Kurzporträts



Der 1894 zur Welt gekommene Christdemokrat **Heinrich Lübke** war nach dem FDP-Mitglied Theodor Heuss von 1959 bis 1969 der zweite deutsche Bundespräsident. Der Sauerländer starb 1972 in Bonn



Der 1914 in Teschen geborene Vertriebenenpolitiker und Lehrer **Herbert Czaja** stand von 1970 bis 1994 als dessen Präsident an der Spitze des BdV und saß für die CDU im Bundestag. Er starb 1997 in Stuttgart



Erika Steinbach erblickte im westpreußischen Rahmel 1943 das Licht der Welt. Das gegenwärtig parteilose ehemalige Mitglied der CDU und des Bundestags war von 1998 bis 2014 BdV-Präsidentin



Ersatz für Exponate aus Russland: Josef-Stalin-Porträt „Der Morgen unseres Vaterlandes“ des sowjetischen Malers Fjodor S. Schurpin aus einem Potsdamer Depot

VON HERBERT KONETZKY

„POTSDAMER KONFERENZ 1945 – DIE NEUORDNUNG DER WELT“

Mehr Genius Loci als Exponate

Russen und Corona haben den Machern der Ausstellung im Schloss Cecilienhof manchen Strich durch die Rechnung gemacht

Wer die aktuelle Ausstellung „Potsdamer Konferenz 1945 – Die Neuordnung der Welt“ im Schloss Cecilienhof in Potsdam besucht, der kann sich auf einen möglicherweise sonnigen Ausflug zu einem geschichtsträchtigen Ort freuen. Um die Ausstellungsexponate ist es hingegen weniger gut bestellt. Einige fehlten noch am Eröffnungstag, andere werden voraussichtlich nie kommen (siehe PAZ vom 19. Juni).

Gutes Grundwissen Voraussetzung

Breit wird in der Ausstellung die Lage vor einem Dreivierteljahrhundert thematisiert – von der militärischen Situation in Mitteleuropa bis zum Kriegsschauplatz in Fernost, von der politischen Neugestaltung in Ostmittel- und Osteuropa bis zur Aufteilung Deutschlands, von den deutschen Heimatvertriebenen bis zu den Opfern der US-Atombomben.

Als am 17. Juli 1945 die erste Sitzung der Konferenz im Schloss Cecilienhof eröffnet wurde, schaute die Welt gebannt auf die preußische Residenzstadt vor den Toren Berlins. Die Staats- und Regierungschefs der drei Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges, der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion, trafen sich am Runden Tisch in der zentralen Halle des Schlosses, wo die „Großen Drei“, Harry S. Truman, Winston Churchill, später Clement Attlee, und Josef Stalin über die politische und territoriale Neuordnung Europas und der Welt berieten.

Die hohe Halle mit dem runden Tisch und den Fahnen der drei Siegermächte an den Wänden bilden den Höhepunkt des Ausstellungsrundgangs. An dem Tisch wurde Weltgeschichte geschrieben. Besonders beliebt bei den Besuchern sind die Nachbildungen der drei Korbstühle, auf denen sich die „Großen Drei“ mit ihren Militärs und Diplomaten im Hintergrund ablichten ließen.

Vor der Ausstellung hatten deren Macher bereits angekündigt, dass in allen Bereichen neben der Darstellung des Konferenzablaufs die Sicht derjenigen Menschen im Fokus stehen sollte, die von den

Konferenzentscheidungen betroffen waren. Die sachliche Präsentation der geopolitischen Beschlüsse sollte mit persönlichen Stimmen Betroffener kontrastiert werden.

In der Tat wird beim Rundgang der Gegensatz zwischen den abstrakten Entscheidungen der Siegermächte und dem konkreten Erleben der Konsequenzen sichtbar. Bekannten historischen Persönlichkeiten wie Churchill, Stalin und Truman stehen die Schicksale vieler „Namensloser“ der Geschichte gegenüber. „Diese mehrschichtigen Perspektiven“ sollen, so das Konzept, einen detaillierten Einblick in die weitreichenden Folgen des historischen Ereignisses der Potsdamer Konferenz ermöglichen.

Allerdings setzt dieses Konzept beim Besucher ein wahrlich solides historisches Wissen voraus. Wer sich beispielsweise im Raum zu Flucht und Vertreibung umschaut, sollte Kenntnisse der vorangegangenen Konferenzen und des polnischen Dranges nach Westen mitbringen – sonst bleiben die Exponate der Vertriebenen, die ja in durchaus bewegender Weise von den traurigen Schicksalen berichten, eben Einzelfälle, ohne dass der Gesamtzusammenhang verständlich wird.

Raum zu Flucht und Vertreibung

Erfreulich ist, dass wenigstens im Ausstellungskatalog vermerkt wurde, dass die Vertreibungen von unerwünschten ethnischen oder religiösen Gruppen „bereits lange vor dem Zweiten Weltkrieg ein verbreitetes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele“ war. Aber ein Verweis darauf, dass bei der Vertreibung der deutschen

Zivilisten auch 1,3 Millionen Menschen zu Tode kamen, fehlt leider.

Bedauerlich ist auch, dass bei der Eröffnung, die Corona-bedingt etwa sechs Wochen nach dem ursprünglich vorgesehenen Termin erst Ende Juli stattfand, einige Exponate noch fehlten, wie beispielsweise ein Hut, ein Gehstock, eine Röhre zum Aufbewahren einer Zigarre sowie eine Zigarrenkiste, die einst Churchill gehörten. Diese werden Corona-bedingt erst später in die Ausstellung gelangen.

Auch fehlen wichtige Gegenstände aus Russland. So wollte man beispielsweise eine der prachtvollen Uniformen von Stalin präsentieren. Ein Leihvertrag mit den russischen Stellen habe man bereits unterzeichnet gehabt, doch dann sei die russische Seite davon mit der Begründung zurückgetreten, dass keine Ausfuhrgenehmigung erteilt worden sei, so die Potsdamer Schlösserstiftung. Im russischen Falle war weniger Corona das Problem als die Unzufriedenheit der Experten in Moskau mit den geplanten Beschreibungen der Exponate. Begriffe wie „Personenkult“ und „Diktator“ ärgerten die Kollegen im Osten.

Der Versuchung, um des Erhalts der Exponate willen, russischen Einfluss auf die Texte der Ausstellung zu akzeptieren, widerstand die Stiftung. So stammt das im ehemaligen Arbeitszimmer des sowjetischen Machthabers aufgestellte Stalin-Monumentalbild von Fjodor S. Schurpin nicht etwa aus russischen Beständen, sondern wurde in einem Potsdamer Depot herausgesucht und nun stillschweigend als Ersatz für Exponate aus Russland präsentiert.

Allerdings muss man fairerweise darauf hinweisen, dass der von der russi-

sehen Seite kritisierten Kritik an der Sowjetunion keine vergleichbare Kritik an den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich gegenübersteht. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte zur angeblichen rassistischen Polizeigewalt in den USA hätten die Ausstellungsmacher die Bilder der US-Delegation vom Sommer 1945 mit dem Hinweis versehen können, dass sie die Repräsentanten einer zutiefst rassistischen Gesellschaftsordnung waren. Und die Bilder von Churchill hätte man mit dem Zusatz versehen können, dass er ein Repräsentant des britischen Imperialismus war, der endloses Leid über damalige Kolonialvölker gebracht hat.

Kritik aus Russland

In diesem Kontext muss auch der geplante Begleitband betrachtet werden, den es neben dem Katalog auch noch geben soll. Entgegen der Planung konnte dieses Buchprojekt bislang noch nicht verwirklicht werden. Zu den Gründen hierfür wollte man sich in Potsdam offiziell nicht äußern. Offenbar gibt es aber auch hier Differenzen mit den russischen Kollegen.

Krönender Abschluss des Rundgangs ist für viele sicherlich ein Erinnerungsfoto in den Korbstühlen, in die man sich – es sind ja nicht die Originale – setzen darf. Insgesamt lebt die Visite aber eher von dem authentischen Ort, nicht zuletzt der Halle mit dem Verhandlungstisch.

● Die Ausstellung ist bis zum 31. Dezember dienstags bis sonntags 10 bis 17,30 Uhr im Schloss Cecilienhof zu sehen. Einzelticket 14 Euro, ermäßigt 10 Euro

PAUL HIRSCH

Ein Prenzlauer an Preußens Spitze

Wer an das sogenannte rote Preußen denkt, an den Freistaat der Weimarer Zeit, der hat in der Regel Otto Braun vor Augen. Vor dem Sozialdemokraten war jedoch wenige Jahre einer seiner Parteifreunde Ministerpräsident des republikanischen Preußen: Paul Hirsch. Dass der am 17. November 1868 in Prenzlau in der Uckermark geborene Politiker der erste Ministerpräsident des postrevolutionären Preußen wurde, verwundert weniger, wenn man bedenkt, dass er vorher der Vorsitzende der SPD-Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus gewesen war.

Dass ein Kaufmannssohn Sozialdemokrat wird, ist ungewöhnlich. Doch verstarb Hirschs Vater früh und war die Zahl der Geschwister groß, sodass sein Schuldirektor seine Mutter dazu überreden musste, ihn trotz der damit verbundenen finanziellen Belastungen für die Familie bis zum Abitur auf der Schule zu lassen. Das anschließende Studium in Berlin finanzierte sich der angehende Volkswirt als Stenograf im preußischen Landtag, Parlamentsberichterstatter und Mitherausgeber einer Parlamentskorrespondenz. Parlamentarische Arbeit war sein Spezialgebiet. 1908 wurde er als einer der ersten Sozialdemokraten ins Abgeordnetenhaus gewählt. 1911 wurde er Fraktionsvorsitzender.

Hirschs anderes Spezialgebiet war die Kommunalpolitik. Der Stadtverordnete in Charlottenburg von 1900 bis 1921 widmete sich in seiner Amtszeit als preußischer Ministerpräsident von 1918 bis 1920 mit Groß-Berlin einem ambitionierten kommunalpolitischen Projekt.

Diese kommunalpolitische Erfahrung half dem preußischen Ministerpräsidenten, beruflich unterzukommen, nachdem er, wie der ebenfalls der SPD angehörende Reichskanzler



Paul Hirsch (1868–1940)

Gustav Bauer, wegen angeblich zu geringen Widerstandes gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch auf parteiinternen Druck sein Amt verloren hatte. Nach einer Tätigkeit als stellvertretender Bürgermeister in Charlottenburg wechselte er 1925 als Bürgermeister nach Dortmund, wo es eine ähnlich große Gebietsreform wie in Berlin zu stemmen galt. Von den Nationalsozialisten wegen seiner jüdischen Herkunft bedrängt, starb der vormalige Ministerpräsident und Bürgermeister im 72. Lebensjahr vor 80 Jahren, am 1. August 1940, in Berlin-Charlottenburg unterernährt an Entkräftung. Manuel Ruoff

VON DIRK PELSTER

Das Thema einer vermeintlichen rassistischen Diskriminierung ethnischer Minderheiten erfährt derzeit eine hohe Aufmerksamkeit. Viele Lobbygruppen, Prominente und Medien fordern daher ein breit angelegtes Umdenken, um so den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern, doch dieses scheinbare Engagement für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit ist weder uneigennützig noch zielführend.

Das Video vom Tod des Afroamerikaners George Floyd am 25. Mai in Minneapolis hat in den USA sowie darüber hinaus zu zahlreichen und zum Teil gewalttätigen Protesten geführt. In der Tat waren die Bilder, auf denen ein Polizeibeamter minutenlang sein Knie auf den Hals des um Luft bettelnden Floyd drückte, mehr als abstoßend. Schnell wurden die Aufnahmen zu einem schlagenden Beweis für den institutionellen Rassismus der Polizeibehörden und eigentlich sogar des gesamten politischen Systems in den Vereinigten Staaten erklärt. Es spielte von vornherein keine Rolle, dass es überhaupt keine Anhaltspunkte für ein rassistisches Motiv des handelnden Polizisten gab. Ebenso unerheblich war, dass die nach der offiziellen Autopsie festgestellte Todesursache des mit einer Überdosis Drogen vollgepumpten Floyd ein Herzstillstand war.

Was danach folgte, war eine schon fast religiös anmutende Verklärung des vorgeblichen Rassismuskriminellen. Spontan auftauchende Wandmalereien zeigten das Porträt des mehrfach vorbestraften Gewaltkriminellen zum Teil mit Engelsflügeln oder gar mit einem Heiligenschein. Sein Gesicht wurde damit zur Ikone einer neuen Glaubensbewegung, die keinerlei Einwände mehr duldet. Jeder, der darauf verwies, dass sich mit den Opferstatistiken von Polizeigewalt in den USA der Vorwurf einer strukturellen Benachteiligung von Schwarzen nicht belegen lasse, geriet selbst ebenso unter Rassismusverdacht wie derjenige, der auf die exorbitant höhere Kriminalitätsrate unter der afroamerikanischen Bevölkerung hindeutete.

In Osteuropa bleibt man gelassen

Schnell griff die Empörungswelle der Eiferer über die Grenzen der USA hinaus. Dabei zeigten sich mehrere Phänomene, die durchaus einer näheren Betrachtung würdig sind. Auf der englischsprachigen Seite von Wikipedia zu den George-Floyd-Protesten wird dem Leser unter anderem eine Weltkarte zur Ansicht präsentiert, auf der sämtliche mit dem Ereignis in Zusammenhang stehenden Demonstrationen von mehr als 100 Personen global erfasst sind. Sieht man von einzelnen Versammlungen in Afrika, Südamerika oder Asien ab, so konzentrieren sich die Kund-



Je mehr Zugeständnisse gemacht werden, desto heftiger wächst die Unzufriedenheit: Demonstranten in Berlin am 27. Juni

Foto: imago images/Future Image

ETHNISCHE UNRUHEN

Wie der „Antirassismus“ die Gesellschaft spaltet

Mit immer neuen Forderungen treiben Lobbyisten von Minderheiten die Bevölkerung vor sich her, und vergiften so die Stimmung zwischen Einheimischen und Immigranten

gebungen nahezu ausschließlich auf Nordamerika und Westeuropa. Anders stellt sich die Situation in Osteuropa dar. Hier ist es nur zu kleineren Protestkundgebungen im Zuge der Ereignisse um den Tod von George Floyd gekommen.

Dies ist sicherlich vor allem dadurch zu erklären, dass der Bevölkerungsanteil nicht angestammter ethnischer Minderheiten in diesen Ländern sehr klein ist, aber dennoch wurden in der jüngeren Vergangenheit auch in diesen Staaten Untersuchungen zu deren Lebenssituation durchgeführt. So zeigten Befragungen von Angehörigen nicht-europäischer Immigranten in Polen, dass Rassismus von ihnen nicht als Problem wahrgenommen wird. Ein bemerkenswerter Befund, denn während man eigentlich vermuten müsste, dass aufgrund ethnischer Kriterien vor allem dort eine Zurücksetzung verspürt wird, wo die Mehrheitsbevölkerung noch besonders dominant ist, scheint es tat-

sächlich eher umgekehrt zu sein. Soziologen erklären dies mit der geringeren Erwartungshaltung von Angehörigen einer Minderheit in solchen Gesellschaften. Gegen Rassismus wird daher vor allem in den Staaten mobil gemacht, die bereits über zahllose Privilegierungen und Förderprogramme für ethnische Minderheiten sowie über einen ausgebauten Katalog von Gleichstellungsvorschriften verfügen, die bis hin zu einer gesetzlich verankerten Benachteiligung der inländischen weißen Bevölkerung bei der Vergabe von Studienplätzen, Arbeitsstellen und öffentlichen Aufträgen reichen.

Dass hier das Verabreichen einer immer höheren Dosis der bislang schon wirkungslos geliebten Medizin keinen Erfolg zeitigen wird, dürfte dabei auf der Hand liegen. Im Gegenteil verhält es sich so, dass die mittlerweile zahlreichen Lobbygruppen von Minderheiten mit diesem Mechanismus ein perfektes Perpetuum

mobile gefunden haben, das ihnen stetig steigende finanzielle Ressourcen sichert und trotzdem zu einem ebenso steigenden Gefühl von Diskriminierung bei ihren Schutzbefohlenen führt, welches wiederum zur Folge hat, dass sie noch weitergehende Forderungen stellen. Eine Konsequenz ist, dass sich zunehmend auch die Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung benachteiligt fühlen. Sie kommen in der Regel für gleichermaßen teure wie sinnlose Förderprogramme für ethnische Minoritäten auf und sollen sich zugleich schuldig fühlen, da sie angeblich von „weißen Privilegien“ profitieren.

In der Tat stellt die selbst ernannte Lobby von Minderheiten im Medien-, Kultur- und Politikbetrieb westlicher Gesellschaften heute eines der Haupthindernisse für ein gedeihliches gesellschaftliches Zusammenleben dar. Wer glaubt, dass sein Wunsch nach sozialer Teilhabe vor allem dann Gehör findet, wenn er die Durchset-

zung eigener Anliegen an externe Interessenvertreter delegiert, der drückt damit nicht nur ein erhebliches Misstrauen gegenüber seinen Mitmenschen aus, sondern der entmündigt sich letztlich selbst. Er ist zudem darauf angewiesen, dass sein gewählter Mandatar es wirklich gut mit ihm meint und nicht vielmehr primär an seinen eigenen Nutzen denkt.

Ebenso wenig wie es der Ausdruck eines vertrauens- und respektvollen Umganges mit seinem Ehepartner ist, wenn man zu der Planung des gemeinsamen Sommerurlaubes seinen Rechtsanwalt mitbringt, kann auch auf gesellschaftlicher Ebene niemand ernsthaftes Entgegenkommen erwarten, der mit seinem gesamten Verhalten zum Ausdruck bringt, dass er eigentlich gar nicht an einer dauerhaften und friedlichen Koexistenz, sondern lediglich an der Zuteilung immer neuer Ressourcen auf Kosten anderer, interessiert ist.

GESUNDHEITSWESEN

Von wegen kaputtgespart

Nur die USA und die Schweiz geben noch mehr für Gesundheit aus als Deutschland

Nicht erst seit Beginn der Corona-Krise wurde behauptet, das deutsche Gesundheitssystem sei systematisch „kaputtgespart“ worden – die Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Amira Mohamed Ali, verwendete gar das Wort „totgespart“. Doch ist diese niederschmetternde Diagnose tatsächlich berechtigt?

Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes stiegen die Gesundheitsausgaben 2019 auf über 400 Milliarden Euro, womit sie nun 11,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. In dieser Hinsicht liegt die Bundesrepublik aktuell auf dem weltweit dritten Platz nach den USA und der Schweiz. 2019 betrug die

Aufwendungen mehr als 4700 Euro pro Einwohner, was auf eine Verdoppelung seit 1992 hinauslief. Zum Vergleich: Andere europäische Staaten wie Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Lettland und Slowenien mussten ab 2008 teils drastische Kürzungen vornehmen. Das geht aus den jährlichen OECD-Berichten „Gesundheit auf einen Blick“ hervor. Wenn der Vorwurf des „Kaputtsparens“ berechtigt ist, dann also wohl eher hier.

Kompliziert und oft ungerecht

Zur Wahrheit gehört außerdem, dass heute immerhin 5,6 Millionen Menschen im Gesundheits- und Pflegebereich arbeiten, während es im Jahre 2000 noch vier Mil-

lionen waren. Und dabei handelt es sich keineswegs nur um einen Zuwachs an Teilzeitkräften, wie gelegentlich unterstellt wird: Rechnet man die Arbeitszeit aller jeweils Beschäftigten in Vollzeitäquivalente um, dann ergibt sich gleichfalls ein Anstieg, nämlich von 3,3 auf vier Millionen.

Des Weiteren belegt Deutschland nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO einen respektablen siebten Platz innerhalb Europas, was die Zahl der Ärzte betrifft: Auf 10.000 Einwohner kommen hierzulande 4,3 Mediziner. Damit rangiert die Bundesrepublik zwar hinter Ländern wie Norwegen und Österreich, aber noch vor Frankreich, Spanien,

Italien und Großbritannien sowie im übrigen auch Kanada, Japan und den USA.

In den Vereinigten Staaten stehen gerade einmal 2,6 Ärzte für 10.000 Menschen zur Verfügung. Ebenso gibt es in Deutschland 80 Krankenhausbetten pro 10.000 Einwohner – das ist der viertbeste Wert weltweit.

Kritiker beklagen oft die angeblich zu große Zahl von Krankenhäusern in privater Trägerschaft. Tatsächlich stieg deren Anteil seit 1992 von 15,5 auf über 37 Prozent. Allerdings ist ein zu hundert Prozent staatliches Gesundheitswesen mit Sicherheit nicht automatisch das bessere. Das sieht man am Beispiel der Länder des früheren Ostblocks oder des maroden

National Health System (NHS) in Großbritannien.

Andererseits bestehen auch einige echte Mängel hierzulande, wie die komplizierten und oftmals ungerechten Abrechnungsregularien sowie die wachsende Arbeitsbelastung der Beschäftigten in deutschen Krankenhäusern und Arztpraxen, unter der die Attraktivität sämtlicher medizinischer Berufe leidet. Problematisch ist zudem der Investitionsstau trotz der enormen Gesundheitsausgaben: Zur nachhaltigen Modernisierung unseres Gesundheitswesens bräuchte es mindestens doppelt so viel Geld, als derzeit zur Verfügung steht.

Wolfgang Kaufmann

100 JAHRE VOLKSABSTIMMUNG

Ausstellung in der Allensteiner Burg

Wie die beiden polnischen Kuratoren begründen, warum die Mehrheit für Deutschland stimmte

VON DAWID KAZANSKI

Anlässlich des 100. Jahrestags der Volksabstimmung in Teilen Ost- und Westpreußens zeigt das Museum von Ermland und Masuren eine interessante Ausstellung mit dem Titel „Versailles, Volksabstimmung und wie geht es weiter in Ermland und Masuren?“, deren feierliche Eröffnung wegen der Corona-Einschränkungen verschoben wurde und erst Mitte Juli unter Beachtung der sanitären Maßnahmen stattfinden durfte.

Zwei Museumsmitarbeiter, Małgorzata Gałęziowska und Sebastian Mierzyński, haben ein Jahr lang an der Vorbereitung der Ausstellung gearbeitet. Sie fand ihren Platz in den Ausstellungsräumen des barocken Teils der Allensteiner Burg. Eine kleine Zahl der Eröffnungsteilnehmer hatte Gelegenheit, sich im Rahmen der sogenannten kuratorischen Führung über die Ausstellung zu informieren.

Zum Glück wurde die Eröffnungsfeier gefilmt und ist online verfügbar. Museumsdirektor Piotr Zuchowski stellte in seiner Eröffnungsrede die Schwerpunkte der Ausstellung folgendermaßen dar: „Die Rolle eines echten Museums besteht darin, Reflexion und Nachdenken aufzubauen. Unsere Ausstellung zeigt soziale und politische Prozesse, sie zeigt den Kontext der Volksabstimmung aus der Position des Wählers, der seine Stimme in die Wahlurne werfen und somit für Polen oder Deutschland stimmen musste. Die Ausstellung zeigt den Raum um die Plebiszitteilnehmer herum, dokumentiert, welche Informationen die Wähler erreicht haben und was sie zu dieser oder jener Entscheidung bewogen hat. Wir wollen die Realität so zeigen, wie sie damals war, damit der Betrachter, der zu dieser Ausstellung kommt, darüber nachdenkt, was Wählen ist, was Politik ist, und andererseits, wie wichtig die Wahlprozesse sind, wie eine Stimme über die Schlüsselfragen unseres Lebens entscheiden kann. Und genau darum geht es bei dieser ausgezeichneten Ausstellung.“

Die historische Rückschau ist in vier Museumsräumen untergebracht. Sie nimmt ihren Anfang in einem Saal, der thematisch an den Ersten Weltkrieg anknüpft. Aus diesem Grund ist es hier düster und die überwiegenden Farben sind Schwarz- und Grautöne. Der Besucher kommt mit verschiedenen Exponaten aus der Kriegszeit in Berührung: Zu sehen sind Soldatenuniformen, preußische Pickelhauben, eine Kanone, viele Fotos, auf denen Soldatentruppen abgebildet sind, darüber hinaus gibt es einen Rollstuhl und eine Gedenktafel mit den Namen der im Krieg Gefallenen.

Diese Gegenstände sollen zum einen darauf aufmerksam machen, dass Allenstein eine Kasernenstadt war und sich dadurch gut entwickeln konnte, da die Armee das Schwungrad der lokalen Wirtschaft war, zum anderen machen die Exponate klar, dass die damaligen Bewohner in ihrer Erinnerung die Gedanken an Kriegsgräuel und -zerstörungen lebendig hielten. Das müsse sich, wie der Ausstellungskurator Mierzyński überzeugt ist, auf die Entscheidungen der Wähler bei der Volksabstimmung ausgewirkt haben, denn Polen habe sich gerade im Krieg gegen die Bolschewisten befunden und die Wähler hätten sich nach Ruhe und Stabilität gesehnt, was gerade der deutsche Staat geboten habe.



In vier Räumen werden Bilder und Gegenstände gezeigt: Abstimmungsdenkmal im Großformat

Foto: D.K.

Die Ausstellungsinhalte im zweiten Raum sind der Versailler Friedenskonferenz gewidmet. Die Aufmerksamkeit wird auf eine Wand mit zahlreichen Landkarten gerichtet, die ein Symbol dafür sind, wie die Konferenz in Versailles aussah, bei der die Politiker über das Schicksal der in Ost- und Westpreußen lebenden Menschen bestimmten, ohne die Komplexität dessen zu verstehen, was in der Region geschah. Die Entscheidungen wurden mit dem Finger auf der Landkarte getroffen.

Darüber hinaus wird in dem Ausstellungsraum Propagandamaterial sowohl von polnischer als auch von deutscher Seite präsentiert. Das sind unter anderem verschiedene Flugblätter und Plakate. Besonders wertvoll ist ein Exponat, das

Mierzyński als einen stummen Zeugen der Geschichte bezeichnete. Es handelt sich um einen Stempel der Plebiszitkommission mit der Aufschrift „Allenstein“, mit dem die Umschläge mit Stimmzetteln abgestempelt wurden. In dem Saal wird auch vorgeführt, wie der Wahlvorgang selbst aussah. Was die Ergebnisse der Volksabstimmung anbelangt, bräuchten diese nicht kommentiert zu werden, wie der Kurator betonte, da bekannt sei, dass Polen die Abstimmung verloren hat.

Er erwähnte auch, dass die Teilnahme von Stimmberechtigten aus dem heutigen Nordrhein-Westfalen einen wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse der Volksabstimmung gehabt habe. Es handelte sich um gebürtige Ost- und Westpreußen, die

mit Schiffen des Seedienstes Ostpreußen zum Wählen geholt wurden. Ein weiterer Ausstellungsraum ist mit Exponaten und Tafeln dem schwierigen Alltag nach dem Abstimmungsakt gewidmet. Es herrschte große Armut und die Wirtschaft musste wieder aufgebaut werden.

Auf Großplakaten werden die ersten wirtschaftlichen Erfolge hervorgehoben wie die Entstehung kleiner Geschäfte in Allenstein. Gałęziowska betonte, man habe zu jener Zeit versucht, das deutsche Nationalbewusstsein so stark wie möglich unter den Menschen zu prägen. Es habe beispielsweise ein Projekt zur Suche nach Spuren der Vergangenheit gegeben. Es wurden Lokalverbände gegründet, die archäologische Stätten besucht und nach Spuren des Deutschtums gesucht hätten.

Im letzten, vierten Ausstellungsraum werden die Museumsbesucher mit den Resultaten der Abstimmung konfrontiert. Zu ihnen gehörten auch die Errichtung des Abstimmungsdenkmals in Allenstein, der Aufbau des Treudank-Theaters oder Notgeld, das mit auf ihm dargestellten Motiven auf die Volksabstimmung Bezug nahm. Gałęziowska benannte auch mittelbare Ergebnisse der Volksabstimmung. Diesen sei der Mythos der Schlacht von Tannenberg zuzurechnen. Der Sieg aus dem Jahr 1914 sei durch den für das Deutsche Reich positiven Ausgang des Plebiszits noch erfolgreicher in der deutschen Propaganda in Gegenüberstellung zur Niederlage des Deutschen Ordens in der Schlacht gegen die polnischen und litauischen Heeres bei Tannenberg vom 15. Juli 1410 genutzt worden. Das Symbol dafür war die Errichtung des Tannenberg-Denkmal bei Hohenstein, das am Ende des Zweiten Weltkriegs vor der anrückenden Roten Armee gesprengt wurde und dessen Bausteine die Kommunisten zum Aufbau des Denkmals zur „Befreiung der Erde von Ermland-Masuren“ verwendeten. Daraus werde das Paradox der Geschichte sowie das Unglück der Bewohner Ostpreußens ersichtlich, erklärte Gałęziowska: Während 1920 die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Schicksale der Menschen in Ostpreußen entschieden hätten, seien das 1945 die Beschlüsse der Siegermächte in Jalta gewesen.

Die Sonderausstellung ist noch bis Ende März 2021 zu sehen.

MELDUNGEN

Schleuse in Betrieb

Guschiene – Die Guzianka II, die Guschiener Schleuse, die den Kleinen Guschiener See mit dem Beldahnsee verbindet, ist in Betrieb genommen worden. Sie ist eine der am meisten genutzten Schleusen in Europa. Das Schleusen dauert acht Minuten, der Betrieb erfolgt vollautomatisch. Wie der bei der Eröffnung anwesende Vizeminister für Regionalpolitik, Grzegorz Puda, sagte, haben Wassersportler seit 25 Jahren auf die neue Schleuse gewartet. Die Stelle sei ein Nadelöhr in Masuren gewesen, da bei den alten Schleusen die Schiffe der Weißen Flotte Vorfahrt hatten. Privatleute hätten bis zu sechs Stunden warten müssen. In der neuen Schleuse können gleichzeitig zehn große und kleine Wasserfahrzeuge abgefertigt werden. Die Länge der Schleuse beträgt 50 Meter und ihre Breite 7,50 Meter. Der Bau der neuen Schleuse hat umgerechnet zirka 6,8 Millionen Euro gekostet, wovon 3,6 Millionen als Zuschuss von der EU kamen. In dieser Schifffahrts-Saison werden alle Benutzer der Wasserwege vom Bezahlen befreit, weil sich alle Schleusen und Abschnitte der inländischen Wasserwege im Staatseigentum befinden. PAZ

Aktion „Werde Soldat“

Allenstein – Im südlichen Ostpreußen wurde die Kampagne „Werde Soldat!“ durchgeführt. Es handelt sich um eine Aktion des polnischen Verteidigungsministeriums. An mobilen Punkten werben Vertreter des Militär-Ersatz-Kommandos für den Dienst in der Armee. In Frauenburg führte das Militär-Ersatz-Kommando aus Elbing zusammen mit Soldaten der 9. Braunschweiger Panzer-Brigade die informelle Aktion durch. In den Dienst beim Militär kann jeder ohne Rücksicht auf das Alter eintreten. Man muss nur gesund sein und eine dreimonatige Schulung durchlaufen. Wie die Vertreter des Militär-Ersatz-Kommandos unterstreichen, ist in Elbing das Interesse an der Aktion sehr groß. Durchgeführt wurde sie in Osterode, Deutsch Eylau und in Ortelsburg. Aufgrund der Kampagne „Werde Soldat!“ haben innerhalb von zwei Jahren mehr als 40.000 Personen einen Antrag auf Einberufung zum Militärdienst gestellt. PAZ

Flüge nach Polangen

Memel – In Litauen werden erstmals seit 20 Jahren wieder regelmäßige Flüge von Wilna zum Flughafen von Polangen an der Grenze des Memelgebiets angeboten. Hinflüge sind für den Freitagabend vorgesehen, Rückflüge folgen am Sonntagabend. Die von Kiddy Tour angebotene und von Avion Express bediente Verbindung soll demnach vor allem Wochenendurlauber ansprechen. Für die 300 Kilometer lange Strecke werden etwa 50 Flugminuten benötigt, die Flugscheine sind pro Strecke inklusive der Gepäckgebühren ab etwa 45 Euro aufwärts zu erhalten. T.W.W.



Erinnerung an gefallene Ostpreußen: Tafeln mit den Namen der Kriegstoten des Ersten Weltkriegs

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Curioni, Edith, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gehrau, Alfred, aus Elchtal, Kreis Labiau, am 6. August
Kurschat, Herta, geb. **Augustin**, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
Röbig, Erna, geb. **Kattenberg**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 2. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Reimers, Herta, geb. **Kröhnert**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 1. August
Schmitter, Selma, geb. **Sucht**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 1. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klemme, Erna, geb. **Zitzewitz**, aus Tykrehnen, Kreis Fischhausen, am 1. August

Siepe, Herta, geb. **Haffke**, aus Wehlau, am 4. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bieber, Kurt, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 6. August
Galla, Ruth, geb. **Schwarz**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 6. August
Kremer, Ewald, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 3. August
Willuhn, Elisabeth, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 1. August
Zwaschka, Friedel, geb. **Thomas**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 6. August

ANZEIGE

Masuren und Danzig
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 95. GEBURTSTAG

Greiner, Lore, geb. **Preuß**, aus Lyck, Soldauer Weg 5, am 2. August
Kleinau, Elfriede, geb. **Schaar**, aus Klokten, Kreis Elchniederung, am 6. August
Neumann, Carl Franz, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 3. August
Pladies, Gerda, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 3. August
Reuther, Elfriede, geb. **Kreuzens-**

tein, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 2. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hawryliw, Marianne, geb. **Kischlat**, aus Treuburg, am 31. Juli
Michel, Elfriede, geb. **Klahr**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Meyer, Ruth, geb. **Lojewski**, aus Treuburg, am 4. August
Pautsch, Rosa, geb. **Dietrich**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. August
Plikat, Ruth, geb. **Nickel**, aus Treuburg, am 1. August
Stolz, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August
Wilke, Ruth, geb. **Braczko**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alexander, Ruth, geb. **Weituschat**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 6. August
Kusserow, Hanna, geb. **Goetz**, aus Ortelsburg, am 6. August
Larsson, Ursula-Johanna, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 3. August
Melchert, Alice, geb. **Ohlenholz**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 3. August
Myska, Gerhard, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. August
Raski, Johanna, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 1. August
Roziowski, Heinz, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 3. August
Schröder, Edith, geb. **Bienderra**, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli
Weber, Erika, geb. **Keller**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 31. Juli
Werner, Lore, geb. **Sadowsky**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bode, Irene, geb. **Naumann**, aus Hohenberg, Kreis Elchniederung, am 4. August
Braggalla, Eitel, aus Niostoy/Soldau, Kreis Neidenburg, am 5. August
Butanowitz, Erna, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. August
Eckert, Siegfried, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 5. August
Fohs, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Juli
Kinne, Irmgard, geb. **Buddrus**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 5. August
Lissak, Betty, geb. **Kreutzenstein**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 5. August
Schulz, Fritz, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 4. August
Woldeit, Ruth, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 31. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Engel, Ursula, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 1. August
Heimberg, Gerda, geb. **Ruhnau**, aus Garbnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 4. August
Jeschick, Heinz, aus Treuburg, am 2. August
Kleinschmidt, Martha, geb. **Antke**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. August

Kumutat, Rudolf, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 6. August
Laupichler, Elisabeth, geb. **Brockschmidt**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 2. August
Lehmer, Gertrud, geb. **Moskwa**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 6. August
Panskus, Rose-Marie, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 4. August
Rühlemann, Hedwiga, geb. **Olesch**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. August
Scholz, Johanna, geb. **Ballay**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Skorczyk, Jürgen, aus Preußisch Eylau, am 3. August
Stier, Traute, geb. **Eigenfeldt**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 1. August
Syperek, Horst, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 3. August
Wichmann, Hildegard, geb. **Golian**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 4. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartling, Elfriede, geb. **Kowalski**, aus Klein Schläpfen, Kreis Neidenburg, am 1. August
Becker, Heinz, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 4. August
Bimte, Ilse, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. August
Busch, Gerhard, Kreisgemeinschaft Lyck, am 4. August
Griese, Ruth, geb. **Meier**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 4. August
Gritzan, Günter, aus Wilhelmsdorf, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Hammerschlag, Hannelore, geb. **Kalweit**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 6. August
Henck, Ruth, geb. **Marzian**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 31. Juli
Hösel, Uwe, aus Jägersdorf, Kreis

Wehlau, am 5. August
Janz, Bernhard, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
Kniza, Prof. Margot, aus Ortelsburg, am 3. August
Labusch, Gertrud, geb. **Waschk**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. August
Leitschuh, Ilse, geb. **Deggim**, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 2. August
Reimer, Hermann, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
Riemann, Traute, geb. **Rautenberg**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. August
Schüler, Lothar, aus Neidenburg-Mühle, Kreis Neidenburg, am 2. August
Unger, Gisela, geb. **Bigalke**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Wegner, Helmut, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. August
Woyczieniuk, Waldemar, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 6. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baerwalde, Erna, geb. **Waldzus**, aus Ibenhorst, Kreis Elchniederung, am 2. August
Döring, Elisabeth, geb. **Rimkus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. August
Fritz, Ingeborg, geb. **Lezenuk**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 4. August
Grigo, Günter, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 1. August
Hartung, Dieter, aus Lyck, am 4. August
Jaschob, Lore, geb. **Schnetka**, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 4. August
Klein, Sigrid, geb. **Radau**, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 3. August
Knapp, Evelyn, geb. **Bienko**, aus

Mostolten, Kreis Lyck, am 31. Juli
Kukawka, Karl-Heinz, aus Millau, Kreis Lyck, am 4. August
Schöttke, Renate, aus Zimmerburg, Kreis Fischhausen, am 5. August
Symanski, Dietmar, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 5. August
Tomoscheid, Klaus, aus Wargenau, Kreis Fischhausen, am 2. August
Wanka, Margot, geb. **Krzykowski**, aus Krummfuss, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Wrobel, Hildegard, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 6. August
Zander, Siegrid, geb. **Block**, aus Ortelsburg, am 31. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Döhler-Klicher, Rosemarie, geb. **Döhler**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 2. August
Lippke, Hedda, geb. **Lederer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 6. August
Scheffler, Günter, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 3. August
Wadowski, Monika, geb. **Pertek**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. August

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Wegen der Corona-Pandemie kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Diese virtuelle Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Zusendungen für die Ausgabe 33/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 33/2020 (Erstverkaufstag 14. August) bis spätestens Dienstag, den 4. August 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Ostpreußisches Landesmuseum

Zum 300. Geburtstag des Barons von Münchhausen veröffentlicht das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung eine virtuelle Museumstour zu dem Geschichtenerzähler und lädt zum Mitmachen ein.

Auf einer Kanonenkugel geflogen oder mit einer Bohnenranke bis zum Mond geklettert – die Geschichten, die Hieronymus von Münchhausen erlebt haben will, sind abenteuerlich; nicht umsonst haben sie ihm den Beinamen „Lügenbaron“ eingetragen.

In Wirklichkeit war Hieronymus Carl Friedrich Freiherr von Münchhausen ein Baron aus dem Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg und wurde mit seinen Geschichten zum Star wider Willen. Im Dezember 1773 reiste er nach Russland und nahm am Russisch-Österreichischen Türkenkrieg teil. Viele der bekannten Abenteuer Münchhausens entstammen dieser und weiterer prägenden Erfahrungen seiner Russlandreisen. Seine Geschichten erzählte er zunächst zur allgemeinen Unterhaltung unter Freunden und Weggefährten. Rudolf Erich Raspe und Gottfried August Bürger, Zeitgenossen Münchhausens, schrieben diese wundersamen Geschichten auf

und schmückten sie aus, sodass sie noch haarsträubender wurden. Münchhausen missfielen diese Übertreibungen, da sie ein negatives Licht auf ihn warfen, dennoch wurde aus ihnen ein bis heute bekanntes Abenteuerbuch.

Anlässlich des 300. Geburtstags des berühmten Barons hat das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung gemeinsam mit dem Lüneburger Schauspieler und Sprecher André Beyer ein Video produziert, das Groß und Klein auf eine Münchhausen-Entdeckungstour durch das Museum nimmt. Neben erstaunlich wahren Fakten zu dem „Lügenbaron“ werden einige der unterhaltsamen Geschichten Münchhausens vorgelesen. Das Video ist auf dem Youtube-Kanal des Ostpreußischen Landesmuseums abrufbar. Ein Zugriff auf den Kanal ist auch über die Website des Museums unter www.ol-ig.de möglich.

Passend zu dem Video fordert das Museum Kinder auf, an einem Schreibwettbewerb teilzunehmen. Eigene haarsträubende „Lügengeschichten“ können erfunden werden und unter der Mailadresse bildung@ol-ig.de an das Museum gesendet werden. Die drei besten Lügen- oder

Phantasiegeschichten werden prämiert und in einer gemeinsamen Lesung vorgestellt. Einsendeschluss ist der 15. Oktober 2020.

Kontakt

Janina Stengel M.A., Volontärin Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
 Tel. +49 (0)4131 7599528,
 E-Mail: j.stengel@ol-ig.de

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung

Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg
 Tel. +49 (0)4131 759950,
 Fax +49 (0)4131 7599511
 E-Mail: info@ol-ig.de,
 Internet: www.ostpreussischeslandesmuseum.de
 Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!
 Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 € / Gruppe zzgl. 4,00 € pro Person

Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum
 Folgen Sie uns auf Instagram: www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Wiesbaden - Nach Lockerung der staatlich angeordneten Einschränkungen wollen wir uns wieder vorsichtig treffen und bieten Ihnen an: **Gemeinsames Mittagessen**
 Donnerstag, 20. August d.J. um 12.00 Uhr, Restaurant „Haus Waldlust“. Wir essen à la carte im „Biergarten“.

Bei dem Treffen werden seitens des Restaurants die staatlichen Hygieneauflagen erfüllt und alle Maßnahmen zur Kontaktverföngung eingehalten.

Wegen der Platz-Disposition bitte anmelden bis 14. August d.J. bei Irmgard Steffen 0611-84 49 38 oder Ilse Klausen 06122-50 45 83.

Bei ungünstiger Witterung sind für uns Plätze im Inneren des Gasthauses reserviert.

ESWE-Busverbindung: Linie 16 Haltestelle „Ostpreußenstraße“

Wetzlar - Der 79-jährige Kuno Kutz ist für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden des Ortsverbandes Wetzlar des Bundes der Vertriebenen (BdV) gewählt worden. Das Amt hat er seit zehn Jahren inne. Kutz ist auch Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisverband Wetzlar. Zuvor war er Stellvertretender Vorsitzender.

Zu seinem Stellvertreter bestimmten die Mitglieder den Vorsitzenden des CDU-Stadtverbandes Michael Hundertmark. Schriftführerin und Schatzmeisterin wurde Gabriele Eichenauer, ihr Stellvertreter als Schatzmeister Steffen Eigner. Als Stellvertretender Schriftführer amtiert nun Hundertmark. Die Mitglieder wählten zudem die sechs Beisitzer Herta Bartl, Lydia Kiefel, Christa Kutz, Benno Niemczynski, Gerda Weller

und den CDU-Landtagsabgeordneten Frank Steinraths, der dieses Amt bereits seit 2018 inne hat.

Kutz gab seiner Freude Ausdruck, dass nun nach viermonatigem Ausfall aller Treffen erstmals wieder eine Begegnung möglich wurde. Um die Hygiene- und Abstandsregeln einhalten zu können, hatte er zur Jahreshauptversammlung in die Garbenheimer Gaststätte Hedderich eingeladen. Unter den Gästen war auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer, der die Arbeit des BdV lobte. Die Wiederaufbauleistung der Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland und die verlorene Heimat seien ein wichtiges Stück deutscher Kultur, deren Erinnerung aufrecht erhalten werden müsse. Damit dies nicht in Vergessenheit gerate, bedürfe es der Weitergabe an die junge Generation.

Mit Margarete Ziegler-Raschdorf haben die Menschen aus den ehemaligen Ostgebieten eine Fürsprecherin in der hessischen Landesregierung. Darauf wies Steinraths in seinem Grußwort hin. Seit März 2009 ist sie Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Im vergangenen Jahr fand nach Angaben von Steinraths ein Wechsel in der Zuständigkeit statt. Die Landesbeauftragte wechselte vom Sozialministerium in die Zuständigkeit von Staatsminister Peter Beuth im Innenministerium. Die Landesregierung unterstütze auch weiterhin die Anliegen der Vertriebenen, so Steinraths.

Der BdV-Kreisvorsitzende Manfred Hüber (Leun) berichtete, dass Wiesbaden die Anschaffung von zwei Gesangbüchern mit ostdeutschem Liedgut in einer Auflage von 1300 Exemplaren für die Patenschaft der Stadt Wetzlar für das ostdeutsche Lied unterstützte. Angesichts schwindender Mitgliederzahlen habe sich der Kreisverband Gießen dem Kreisverband Wetzlar angeschlossen. Der Gießener Verband bringt vier Ortsverbände mit 83 Mitgliedern ein. Der Kreisverband Wetzlar bestehe aus drei Ortsverbänden und ebenfalls 83

Mitgliedern. Durch die Fusion gehöre nun auch Kanzleramtsminister Dr. Helge Braun (CDU) zu den Mitgliedern. Wegen der Coronapandemie hätten viele Kreis- und Ortsgruppen den für Herbst geplanten „Tag der Heimat“ abgesagt.

Dieser jährliche „Tag der Heimat“ soll aber in Wetzlar stattfinden, so der Ortsvorsitzende Kutz, der zugleich auch Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen im Kreisverband Wetzlar ist. In den Vorjahren kamen rund 200 Besucher zu diesem Fest in den Bürgersaal in Büblingshausen. Dort dürfen wegen der Hygiene-Vorschriften nur maximal 50 Personen eingelassen werden. Aus diesem Grund weicht der „Tag der Heimat“ in die Wetzlarer Stadthalle aus, wo bis zu 248 Personen teilnehmen können. Als Festrednerin hat Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf für den 18. Oktober zugesagt. Auch die jährliche Advents- und Weihnachtsfeier soll stattfinden. Dafür ist der Gemeindefestsaal in der Hospitalkirche am 11. Dezember reserviert.

Kutz bedauerte, dass die monatlichen Treffen der Landsmannschaft derzeit nicht stattfinden können. Gabriele Eichenauer informierte darüber, dass die Gemeinschaft der Schlesier sich bereits vor einigen Jahren aufgelöst habe. Nun gebe es aber wieder lose Treffen bei Kaffee und Kuchen.



Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende: Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Wahlaufruf außerplanmäßige Vorstandswahl

Aufgrund der erfolgten Rücktritte des Vorsitzenden, der Schriftführer

erin sowie des Schatzmeisters müssen diese Funktionen neu gewählt werden. Nach Rücksprache mit dem Vereinsregister sollte schnellstmöglich eine außerordentliche Delegiertenversammlung einberufen werden, die den Tagesordnungspunkt Wahlen zum Inhalt hat und diese durchführt.

Aufgrund der Corona Pandemie dürfen bis zum 31.12.2020 Mitgliederversammlungen, bzw. in unserem Fall Delegiertenversammlungen abweichend von den bestehenden Satzungsregelungen auch auf elektronischem Wege oder in einem Umlaufverfahren durchgeführt werden.

Die rechtliche Grundlage ergibt sich aus dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27. März 2020 BGBl 2020 I Nr. 14 S. 56 und hier in § 5 Vereine und Stiftungen.

Auszugweise zitieren wir „Abweichend von § 32 Absatz 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann der Vorstand auch ohne Ermächtigung in der Satzung Vereinsmitgliedern ermöglichen, ohne Teilnahme an der Mitgliederversammlung ihre Stimmen vor der Durchführung der Mitgliederversammlung schriftlich abzugeben. Abweichend von § 32 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist ein Beschluss ohne Versammlung der Mitglieder gültig, wenn alle Mitglieder beteiligt wurden, bis zu dem vom Verein gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Mitglieder ihre Stimmen in Textform abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.“

Daher bitten wir um Verständnis dafür, dass der erweiterte Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein - Westfalen e.V. diesen Weg für das Wahlverfahren beschlossen hat.

Der nun zu wählende Vorstand soll die Landesgruppe bis zur nächsten regulären Delegierten-

versammlung im Frühjahr 2021 leiten.

Zur Wahl stehen:

- Vorsitzender: Jürgen Zauner
- Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner und Klaus-Arno Lemke
- Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner
- Schatzmeister: Klaus-Arno Lemke.

Wahlberechtigt sind laut § 9 der Satzung vom 31.03.2001 der im Amt befindliche erweiterte Vorstand und die Vorsitzenden der Kreis- und Ortsgruppen. Die Gruppen können Vertreter mit Vollmacht entsenden. Vertretung mehrerer Stimmen durch eine Person ist ausgeschlossen. Die Gruppen haben für je 50 zählende Mitglieder eine Stimme.

Der Wahlschein beinhaltet die zu wählenden Funktionen und die vorgeschlagenen Namen. Die Wahl erfolgt durch namentliche Abstimmung. Die Wahlberechtigten können durch Ankreuzen den Wahlvorschlag insgesamt annehmen, ablehnen oder sich der Stimme enthalten. Die Wahlberechtigten sollen ihre Stimme bis zum 15.08.2020 an die Postanschrift der Landesgeschäftsstelle, Brigitte Gomolka, Buchenring 21, 59929 Brilon oder E-Mail: buero@ostpreussen-nrw.de übersenden.

Die Vorsitzenden der Kreis- und Ortsgruppen innerhalb der Landesgruppe Nordrhein - Westfalen wurden bereits mittels Einschreibebrief und Rückantwort über dieses Wahlverfahren persönlich informiert, ebenso die Mitglieder des erweiterten Vorstandes. Dem Schreiben wurde der Wahlschein beigelegt. Zusätzlich zu diesem Vorgehen veröffentlichen wir diesen Wahlaufufruf. Die Wahlunterlagen können bei der Geschäftsführerin der Landesgruppe Brigitte Gomolka, Buchenring 21, 59929 Brilon buero@ostpreussen-nrw.de angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Zauner,
 Klaus-Arno Lemke
 stellv. Kreisvorsitzende



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg - Folgende Veranstaltungen sind vorgesehen und werden gemäß den dann vorgeschriebenen Hygienebestimmungen durchgeführt:

13.08.20 14.30 Uhr: Kaffeetrinken im Sportheim SV Adelby anschließend um 16.00 Uhr: Orgelkonzert Kirche Adelby (Anschritt: SV Adelby, Ringstr. 7, 24943 Flensburg, Buslinien 5 A und 5 B)

25.09.20 Ausflug Dithmarschen 08.15 Uhr Abfahrt Exe, 08.30 Uhr Abfahrt ZOB (Wasserrad) Gesamtpreis Tagestour (ohne Trinkgelder) € 46,50

Programm:

1. Station: Kohloseeum 25764 Wesselburen, Bahnhofstr. 20, 10.00 Uhr Krautwerkstatt: (Vorföhrung) 45 Minuten, 11.00 Uhr: KOHLMuseum mit Föhrung 45 Minuten, Ggf.: Einkauf auf dem Bauernmarkt

2. Station: König's Gasthof, Möhlenbarg 10, 25704 Bargenstedt (Kohlbüffet mit: Kohlröuladen, Kohlpfanne, Kohleintopf mit Lammfleisch, Kassler auf gestovtem Kohl, Lachs auf Wirsinggemüse in Rahm, Rosenkohltorte, Krautsalat, Salzkartoffeln und Kohlsauce)

3. Station: Hofcafé „Fünf Eichen“, Dorfstr. 44, 257770 Hemmingstedt Kaffee oder Tee satt, 1 Stück Torte

Anmeldungen für beide Veranstaltungen bitte an: Hans Legies, Telefon 0461/32006, E-Mail: Hans.Legies@t-online.de oder Renate Kunde, Telefon 0461/91170, E-Mail: rehekunde@aol.com.

Bei der Dithmarschen ist der Zusteige-Ort Exe oder ZOB anzugeben.

Ihr Vorstand

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
 ostpreußisches
 Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Allenstein-Stadt
Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach
Gst.: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

Elchniederung
Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810, **GF:** Barbara Daweidt, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 - 33 567

Gerdauen
Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon: 0151 - 12 30 53 77; Fax: 03 90 00 - 5 13 17, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon: 0341 - 960 09 87, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkrestreffen ist abgesagt
 Schwere Herzens haben wir uns dazu entschlossen, unser diesjähriges Hauptkrestreffen, das für den 3./4. Oktober in Bad Nenndorf ge-

plant war, abzusagen. Die unsichere Lage in Sachen Corona und die nach wie vor geltenden Einschränkungen zwingen uns dazu. Ein Treffen mit 1,5 Metern Abstand untereinander, womöglich noch mit Mund-Nasen-Schutz und ohne Gesang ist nicht das unbeschwertere Wiedersehen, das unsere Landsleute und Freunde kennen und schätzen. Wir als Veranstalter wären aber in der Pflicht, für die Einhaltung aller Auflagen zu sorgen und dafür letztendlich zu haften. Das können wir als kleiner Verein aber nicht leisten. Zudem sehen wir uns in einer Schutzfunktion gegenüber unseren Besuchern, die nahezu ausschließlich den Risikogruppen angehören und die wir keinem möglichen gesundheitlichen Risiko aussetzen wollen.

Wir alle haben uns sehr gefreut auf das Treffen und viel für die Besucher vorbereitet. Umso schwerer ist uns die Absage gefallen, für die wir um Verständnis bitten. Lassen Sie uns nach vorn schauen: 2021 wagen wir einen neuen Versuch und laden Sie schon jetzt ganz herzlich zu unserem Hauptkrestreffen ein, das dann hoffentlich wieder unter normalen Bedingungen stattfinden kann. Ort und Zeit werden rechtzeitig bekanntgegeben. Bis dahin wünschen wir Ihnen alles Gute und bleiben Sie gesund!

Walter Mogk

Gumbinnen
Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

65. Jahrestreffen
 In Verantwortung für die Gesundheit unserer Mitglieder und Gäste hat der Vorstand am 4. Juli 2020 schweren Herzens beschlossen, das diesjährige Treffen der Stadtgemeinschaft am 12. September abzusagen. Die erforderlichen Beschlüsse werden wir per E-Mail einholen.
 Ihr Vorstand
 der KG Allenstein-Stadt

Absage der Krestreffen/Mitgliederversammlung
 Das für den 11. September 2020 vorgesehene Krestreffen der Elchniederung muss leider ausfallen. Das Corona-Virus besteht weiterhin. Eine Mitgliederversammlung ist schlecht zum Planchandern. Das Treffen wird im September 2021 durchgeführt. Wir bitten um Verständnis.

Patenschaft der Stadt Wetzlar für das Ostdeutsche Lied
 Wir sind seit 1962 eine zentrale Sammel- und Auskunftsstelle für das Liedgut der einst deutschen Siedlungsgebiete in Mittel- und Osteuropa, wobei die Sammlung den gesamten deutschen Sprachraum umfasst. Unsere Hilfe bei der Suche nach Text und Melodie deutscher Volkslieder ist unentgeltlich. Auch stellen wir gerne ein Programm für einen Liederabend zusammen.
Publikationen der Patenschaft
 Ostdeutsches Liederbuch (4. Auflage 2009) 7,00 Euro
 Liederbuch „Brücke zur Heimat“ (7. Auflage 1999) 6,00 Euro
 E. Hobinka: „In meinem Leben spielten Musik und Gesang eine wichtige Rolle“ 5,00 Euro
 Öffnungszeiten: dienstags und donnerstags von 9.30 bis 12.00 Uhr und nach Vereinbarung
STADT WETZLAR Patenschaft für das Ostdeutsche Lied
 Hauser Gasse 17, 35578 Wetzlar
 Telefon: 06441 99-1031
 Fax: 06441 99-1034
 E-Mail: ostdeutscheslied@wetzlar.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:
 Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de.

Liebe Gumbinnerinnen und Gumbinner, liebe Freunde von Gumbinnen,
 In unserem „Gumbinner Heimatbrief“ Nr. 136, der im Juli verschickt wurde, haben wir bereits mitgeteilt, dass das diesjährige Bundestreffen am 05. und 06. September 2020 in Bielefeld wegen der gegenwärtigen Corona-Situation nicht stattfinden kann. Der Vorstand hat es sich nicht leicht gemacht, diese Entscheidung zu fällen. Neben den gesundheitlichen Risiken ist das traditionelle Treffen nur mit großen Einschränkungen durchzuführen.
 Wir können uns leider nicht in vertrauten Gesprächsrunden treffen, die Abstandregelungen lassen das nicht zu.
 Auch das Konzert mit dem Kammerchor Kant kann nicht stattfinden, da der Chor wegen der Reisewarnung nicht kommen darf. Viele von uns zählen zu den Risikogruppen und die Reise nach Bielefeld kann nicht bedenkenlos durchgeführt werden. Das ist schade, aber wir wollen nicht leichtsinnig mit dieser Situation umgehen und haben uns für die Absage entschieden. Auch amtlicherseits wird von einem Treffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgeraten. Da wir aber eine Mitgliederversammlung durchführen müssen, planen wir diese im ersten Halbjahr 2021. Den Termin werden wir im nächsten „Gumbinner Heimatbrief“ Nr. 137 im Dezember bekannt geben. In heimatlicher Verbundenheit grüßen wir herzlich und wünschen Ihnen allen einen schönen Sommer und bleiben Sie alle gesund,

Rätsel

| | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------|----------------------------------|--------------------------------|---------------------------------|---------------------------------------|-----------------------------|------------------------|------------------------------|--------------------------|--------------------------------|--------------------------------|----------------------------|-------------------|-----------------------|
| Kopfbedeckung | mit regelmäßigen Zeilen versehen | Stadtbezirk von Bonn (Bad ...) | gut durchdacht, umsichtig | römischer Kaiser | Abendland | Höchstleistung | poetisch: Biene | sich Wissen aneignen | Gasthaus für Wintersportler | wirtschaftlicher Zusammenbruch | Bezeichnung | Körper | kippen, schräg halten |
| Bettische; Nebenraum | | | Flüssigkeit zum Färben von Holz | befestigt, Stadtteil in russ. Städten | Kommunikationsmittel | bei dieser Gelegenheit | germanisches Schriftzeichen | tierisches Milchorgan | | | | | |
| einfacher, schmaler Schrank | süßes alkoholisches Getränk | Fluss zum Misisippi | Beste Siegerin | Küchenmöbel mit Waschbecken | eine Zahl | keck, vorlaut | Peitsche | Binnenstaat in Ostafrika | | | | | |
| nicht ganz, partiell | flink, schnell | südamerik. Schleuderwaffe | männlicher Nachkomme | Ziel, Abschluss | Geliebte Tristans | Wintersportart | Handmähgerät | anähernd, ungefähr | Stadt im Lipper Bergland (NRW) | Erinnerung; Souvenir | | | |
| der Morgen | | | chem. Zeichen für Osmium | Bundesstaat der USA | Gewandtheit durch Erfahrung | US-Filmstar: Nicholson | schwed. Asienforscher (Sven) | junger Pflanzenspross | irgendeiner | griechische Unterwelt | Vorsilbe: falsch (griech.) | | |
| hektisch, aufgeregt | Kunststil im Mittelalter | Hauptstadt von Südkorea | weich ausfüllern | Randbeet | fleißig, unermüdetlich | Hafen des antiken Rom | poln. Komponist (Frédéric) | Sandanhäufung, -hügel | ungebunden | sandig oder humusartig | Aufsehen, Skandal | Nutzboden, Feld | tiefer Gram, Kummer |
| | | | mehrflügeliger Eingang | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer Titel | Blutgefäß | verehrtes Vorbild | Vorderasiat, Perser |
| | | | Arbeitsgruppe; Mannschaft | Stelle eines Verbrechens | steinig | Sumpfkranichvogel | Gartenzierpflanze | Handbuch; Mentor | nordischer Hirsch | früherer türkischer | | | |

Heimatkreisgemeinschaften

damit wir uns im nächsten Jahr wiedersehen können.

Für den Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen

Karin Banse,

Vorsitzende der KG Gumbinnen



Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertreter

(Geschäftsführender Vorsitzender):

Christian Perbandt, Im Stegefeld 1,

31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite**

Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer

Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@

web.de. **Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540

Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net.

Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen abgesagt

Liebe Heimatfreunde,

leider müssen wir wegen der staatlichen Corona-Hygieneauflagen unser Kreistreffen 2020 absagen.

Die Kreistagssitzung findet wie geplant statt!

Wir freuen uns auf unser nächstes Kreistreffen im September 2021!

Christian Perbandt



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662

Meißen, Telefon (03521) 4592901 **Internet:** www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kodo48@

aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgen-

straße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438,

E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Erinnerung an Winfried Downar

Am Sonntag erreichte uns die Nachricht vom Tode unseres Vorstandes Winfried Downar. Wir

sind tief betroffen und sehr traurig. Unser Beileid gilt seinem Sohn Dr. Benedikt Downar, dem wir viel Kraft wünschen.

Winfried Downar war ebenso ein treuer Ostpreuße wie ein zuverlässiger Freund und aktives Mitglied unserer Kreisgemeinschaft. Wir alle waren froh und dankbar, ihn in unseren Reihen zu haben, als Vorstandsmitglied war er der „Mann“ für Verbindungen im In- und Ausland, besonders nach Masuren.

Vor wenigen Jahren hatte Winfried Downar erst seine Frau verloren, nach langer Zeit in der Position eines Verwaltungsdirektors konnte er das Prädikat a.D. - außer Dienst - erreichen und im Ruhestand sein Ostpreußen besuchen und seine Zeit im Ruhestand mit Forschungen füllen.

Winfried Downar entstammt einer der ältesten Familien Masurens, die bereits vor 1400 in der Gegend um Lyck siedelten und Grundbesitz hatten. 1485 siedelten dann seine Vorfahren nach Gutten/Reitzenstein und waren dort bis 1945 ansässig.

Sein Stolz war immer sein Sohn Benedikt, der seinem Vater in den letzten Jahren immer zur Seite stand.

Wir werden Winfried Downar ein ehrendes Gedenken bewahren. In stiller Andacht

Kreisgemeinschaft Johannsburg

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334

Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858

Köln, Telefon (02234) 498365

75 JAHRE FLÜCHTLINGSTRECK PRÖKELWITZ-SCHLOBITTEN

Schon seit 1953 treffen sich die Angestellten und Arbeiter, Kinder und Enkelkinder in Erinnerung

des großen Trecks der Güter Prökelwitz, Krs. Mohrungen und Schlobitten, Krs. Preußisch Holland. Am 5. Juli war es wieder so weit. Fritz Graf zu Dohna hatte zur 75-jährigen Wiederkehr der Flucht mit Maske und Abstand (wegen Corona) in den Dom zu Bücken und anschließend in das Landhaus Hünecke in Warpe eingeladen.

Mehr als 40 Personen trafen sich um 10 Uhr zu ihrem „Familienfest“ in der schönen Stiftskirche zu Bücken, die Pastorin stützte sich in ihrer Predigt auf „eine schwierige Geschichte“ über Gewalt, Ungerechtigkeit und Leid unter den Augen Gottes.

Unser schönes Ostpreußenlied, Land der dunklen Wälder erklang.

Nach dem Gottesdienst führen die Anwesenden zum Landhaus Hünecke, wo uns eine festlich gedeckte Tafel zum gemeinsamen Mittagessen und Kaffeetrinken erwartete.

Graf Dohna begrüßte alle Teilnehmer und Gäste sehr herzlich, besonders Herrn und Frau von Behr, Rittergut Behr, Hoya, den 2. Bürgermeister aus Bücken, Herrn und Frau Hinz, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland, Ingrid Tkacz, Vors. der Kreisgemeinschaft Mohrungen, die ein Grußwort verlas, sowie Gisela Harder, Kulturreferentin, Krs. Mohrungen.

Das Wiedersehen, immer noch ein Stück Heimat, war ein regelrechtes Stimmengewirr, immer wieder hörte man „wenn der Fürst nicht gewesen wäre“. Fritz Graf zu Dohna gedachte der Flucht und Vertreibung vor 75 Jahren und an die gegückte und großartig organisierte Flucht seines Vaters Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten

Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334

Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858

Köln, Telefon (02234) 498365

75 JAHRE FLÜCHTLINGSTRECK PRÖKELWITZ-SCHLOBITTEN

Schon seit 1953 treffen sich die Angestellten und Arbeiter, Kinder und Enkelkinder in Erinnerung

des großen Trecks der Güter Prökelwitz, Krs. Mohrungen und Schlobitten, Krs. Preußisch Holland. Am 5. Juli war es wieder so weit. Fritz Graf zu Dohna hatte zur 75-jährigen Wiederkehr der Flucht mit Maske und Abstand (wegen Corona) in den Dom zu Bücken und anschließend in das Landhaus Hünecke in Warpe eingeladen.

Mehr als 40 Personen trafen sich um 10 Uhr zu ihrem „Familienfest“ in der schönen Stiftskirche zu Bücken, die Pastorin stützte sich in ihrer Predigt auf „eine schwierige Geschichte“ über Gewalt, Ungerechtigkeit und Leid unter den Augen Gottes.

Unser schönes Ostpreußenlied, Land der dunklen Wälder erklang.

Nach dem Gottesdienst führen die Anwesenden zum Landhaus Hünecke, wo uns eine festlich gedeckte Tafel zum gemeinsamen Mittagessen und Kaffeetrinken erwartete.

Graf Dohna begrüßte alle Teilnehmer und Gäste sehr herzlich, besonders Herrn und Frau von Behr, Rittergut Behr, Hoya, den 2. Bürgermeister aus Bücken, Herrn und Frau Hinz, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland, Ingrid Tkacz, Vors. der Kreisgemeinschaft Mohrungen, die ein Grußwort verlas, sowie Gisela Harder, Kulturreferentin, Krs. Mohrungen.

Das Wiedersehen, immer noch ein Stück Heimat, war ein regelrechtes Stimmengewirr, immer wieder hörte man „wenn der Fürst nicht gewesen wäre“. Fritz Graf zu Dohna gedachte der Flucht und Vertreibung vor 75 Jahren und an die gegückte und großartig organisierte Flucht seines Vaters Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten

im Januar 1945 mit 330 Personen, 130 Pferden und 38 Wagen der Güter Prökelwitz und Schlobitten, dem größten geschlossenen Flüchtlingstreck aus Ostpreußen, die die Strapazen der 1.500 Kilometer lange Strecke mit Schnee und Eis und 20 Grad Kälte nach Hoya bei Bremen zu Familie von Behr überlebten. Familie von Behr engagierte sich in rührender Weise bei der Auflösung des Trecks. Vielen Teilnehmern des Treffens war gar nicht mehr bewußt, dass bei der Ankunft des Trecks noch Krieg war und in und um Hoya gekämpft wurde. So wurde die Weserbrücke, unmittelbar an den v. Behr'schen Gutshäusern, zweimal gesprengt und der nahe Flugplatz mehrfach bombardiert.

In Erinnerung an seine am 25. April verstorbene Schwester Alexandra Gräfin zu Dohna, eine sehr erfolgreiche Trakehnerzüchterin, hielt Graf Dohna einen kleinen Vortrag mit wunderschönen Bildern über ihre erfolgreiche Trakehner Zucht mit ihrem Siegerhengst KISSINGER 2013 und der Bundessiegerstute Kosima 2016.

Gisela Harder, ehemalige Stutbuchführerin des Trakehner Verbandes, verlas einen Abschied von Alexandra Gräfin zu Dohna in dem ihr Trakehner-Züchterfolg gewürdigt und sie als Grande Dame des Trakehner-Verbandes sowie als unvergessener Mensch und Persönlichkeit, als Züchterin und Hüterin des hippologischen Erbes des Trakehner Pferdes dargestellt wurde.

Gisela Harder, Kulturreferentin der Kreisgemeinschaft Mohrungen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Mitgliederversammlung Die am 9. August 2020 geplante Mitgliederversammlung in Remscheid wird ersatzlos abgesagt, da die aktuell geltenden Hygiene- und Abstandsregeln nicht einzuhalten sind. Diese Mitgliederversammlung wird nach Art. 2 § 5 des „Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ durchgeführt. Stimmen der Mitglieder zur Versammlung sind bis 1. Oktober

2020 bei der Geschäftsstelle abzugeben. Im Heimatbrief im November 2020 wird der Kreisvorstand die Ergebnisse bekanntgeben. Für die Kreisgemeinschaft

Dieter Arno Milewski, Kreisvertreter

Sensburg **Kreisvertreterin:** Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensburg.de

Sensburger-Treffen abgesagt Das für den 9. August 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Sensburger in Remscheid wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Für viele Menschen ist ein Höhepunkt der Begegnung verloren gegangen. Das Jahrestreffen wird im nächsten Jahr stattfinden. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Webseite: www.kreisgemeinschaftensburg.de. Bleiben Sie gesund! Mit freundlichen Grüßen

Kreisgemeinschaft Sensburg e.V. Helmut Tomscheit Geschäftsleiter

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.



im Januar 1945 mit 330 Personen, 130 Pferden und 38 Wagen der Güter Prökelwitz und Schlobitten, dem größten geschlossenen Flüchtlingstreck aus Ostpreußen, die die Strapazen der 1.500 Kilometer lange Strecke mit Schnee und Eis und 20 Grad Kälte nach Hoya bei Bremen zu Familie von Behr überlebten. Familie von Behr engagierte sich in rührender Weise bei der Auflösung des Trecks. Vielen Teilnehmern des Treffens war gar nicht mehr bewußt, dass bei der Ankunft des Trecks noch Krieg war und in und um Hoya gekämpft wurde. So wurde die Weserbrücke, unmittelbar an den v. Behr'schen Gutshäusern, zweimal gesprengt und der nahe Flugplatz mehrfach bombardiert.

In Erinnerung an seine am 25. April verstorbene Schwester Alexandra Gräfin zu Dohna, eine sehr erfolgreiche Trakehnerzüchterin, hielt Graf Dohna einen kleinen Vortrag mit wunderschönen Bildern über ihre erfolgreiche Trakehner Zucht mit ihrem Siegerhengst KISSINGER 2013 und der Bundessiegerstute Kosima 2016.

Gisela Harder, ehemalige Stutbuchführerin des Trakehner Verbandes, verlas einen Abschied von Alexandra Gräfin zu Dohna in dem ihr Trakehner-Züchterfolg gewürdigt und sie als Grande Dame des Trakehner-Verbandes sowie als unvergessener Mensch und Persönlichkeit, als Züchterin und Hüterin des hippologischen Erbes des Trakehner Pferdes dargestellt wurde.

Gisela Harder, Kulturreferentin der Kreisgemeinschaft Mohrungen

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Heimattreffen 2020 in Hagen Liebe Lycker-Heimatfreunde, in Anbetracht der derzeitigen Lage in Deutschland und der Welt

Das für den 9. August 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Sensburger in Remscheid wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Für viele Menschen ist ein Höhepunkt der Begegnung verloren gegangen. Das Jahrestreffen wird im nächsten Jahr stattfinden. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Webseite: www.kreisgemeinschaftensburg.de. Bleiben Sie gesund! Mit freundlichen Grüßen

Kreisgemeinschaft Sensburg e.V. Helmut Tomscheit Geschäftsleiter

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Lötzen **Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 455

ZWEITER WELTKRIEG

Die letzten Zeitzeugen berichten

Der Historiker und Journalist Christian Hardinghaus lässt Wehrmachtssoldaten zu Wort kommen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Seit dem Kriegsende vor 75 Jahren ist der Alltagsgeschichte der rund 4,5 Millionen deutschen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg an der Front gekämpft haben, kaum Aufmerksamkeit gewidmet worden. Für eine vorurteilsfreie Betrachtung war kein Platz in unserer Erinnerungskultur, da die Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Regimes viele andere Themen überlagert hat und die Gräueltaten des Holocaust eine Art Schockstarre in der Gesellschaft auslösten. Aus der Legende einer sauberen Wehrmacht sei die einer verbrecherischen Wehrmacht geworden, schreibt der Historiker und Journalist Christian Hardinghaus (geboren 1978) in seinem Buch „Die verdammte Generation. Gespräche mit den letzten Soldaten des Zweiten Weltkriegs“. Er bedauert, dass es im Rahmen der Historiografie unterlassen wurde, mit den Eltern und Großeltern, sofern sie willig waren, über ihren Kriegseinsatz als Soldaten und Flakhelfer sowie über alles schmerzhaft erlittene Leid infolge des Krieges zu reden. Das deutsche Identitätsproblem stehe in engem Zusammenhang mit diesem Versäumnis, meint Hardinghaus.

Er ist überzeugt: Kein Buch und kein Film führt die nachfolgenden Generationen so nah an die Realität des schlimmsten Krieges aller Zeiten heran wie die Erfahrungsberichte der einfachen Soldaten. Er hat die wohl letzte sich bietende Chance ergriffen, um Interviews mit einigen hochbetagten Wehrmachtssoldaten zu führen und sie nach ihren Erlebnissen bei ihren Kriegseinsätzen zu befragen. Seine Gesprächspartner waren 88 bis 100 Jahre alt. Sechs von ihnen verstarben im Zeitraum der Befragung von 2016 bis 2020. Für sein Buch hat der Autor aus seinem Privatarchiv 13 Kriegsgeschichten ausgesucht, wobei Aspekte wie unterschiedliche Waffengattungen und verschiedene Einsatzorte berücksichtigt wurden. Es kam ihm darauf an, ein möglichst authentisches Bild des Kriegserlebens „eines durchschnittlichen Wehrmachtssoldaten“ zu vermitteln.



Mit Maschinengewehr in Deckung: Ein Wehrmachtssoldat

Foto: imago images/ARKIVI

Die letzten Zeitzeugen berichten schonungslos ehrlich über ihre Erfahrungen von Gewalt, Angst und Hunger, von Wut und Verzweiflung, wenn ihre Kameraden bei den Kämpfen starben, sowie über ihre höchst unterschiedlichen Erfahrungen während der Kriegsgefangenschaft. Sie äußerten sich freimütig über ihre Einstellung zur NS-Ideologie, und an alle richtete Hardinghaus die Frage, ob beziehungsweise was sie vom Holocaust gewusst haben.

Verdammung der Eltern

In die anonymisierten Berichte wurden ergänzend Erläuterungen zur Einordnung in das Kriegsgeschehen eingefügt. Anerkennung gebührt dem Autor besonders für die ausgewogene Bewertung der Sozial- und Forschungsgeschichte im einleitenden Kapitel „Zwischen Hysterie und

Historie“ sowie für seine differenzierten Ausführungen im Kapitel „Die Wehrmacht – eine historische Beurteilung“. Er stellt fest: Dass die Geschichtsforschung sich kaum mit den Einzelschicksalen von Soldaten beschäftigt hat, sei der lange vorherrschenden einseitigen Aufmerksamkeit für die Aufarbeitung von Wehrmachtverbrechen geschuldet. Es sei höchst bedauerlich, dass diese Fokussierung auf Seiten der Nachkriegsgenerationen einer leichtfertigen Verdammung der Eltern und Großeltern als Nationalsozialisten Vorschub geleistet habe. Spätere Aussagen von Historikern zu der verhältnismäßig geringen Anzahl von deutschen Kriegsverbrechen unter Beteiligung der Wehrmacht fanden kaum mehr Beachtung.

Die weit verbreitete moralische Verurteilung der Wehrmachtssoldaten hat die ehemaligen Soldaten, Hitlerjungen und Flakhelfer frustriert. Alle erklärten, dass

sie sich in den medialen Berichten und Interpretationen nicht wiedergefunden hätten. Der Autor konstatiert: „Sie gehörten einer verdammten Generation an: verdammt zum Kämpfen, verdammt zuerst zum Schweigen, später dafür verdammt, am Krieg teilgenommen zu haben.“ Dieses Buch liefert auf jeden Fall einen späten, aber wichtigen Beitrag zu einer zukünftig hoffentlich ausgewogeneren Erinnerungskultur.



Christian Hardinghaus: „Die verdammte Generation. Gespräche mit den letzten Soldaten des Zweiten Weltkriegs“, Europa Verlag, Berlin 2020, gebunden, 328 Seiten, 20 Euro

SCHLESISIEN

Einblicke in ein schönes Land

„Kommen Sie mit in dieses einzigartige Land!“, sagt die Autorin Roswitha Schieb in ihrem Buch „Schlesien“. Man hätte sich keine schönere Ansicht auf dem Titel wünschen können als Burg Fürstenstein im Waldenburger Bergland. Sonnendurchflutet und wie von der Historie unberührt liegt es da, so als hätte es die wechselvolle Geschichte dieser Region nie gegeben.

2500 Schlösser und Burgen seien über die Region verteilt. Schlesien sei nach dem Zweiten Weltkrieg für viele in Vergessenheit geraten, dabei habe das Land eine Menge zu bieten. Wie vielfältig Schlesien ist, lässt sich beim Durchblättern des Bandes erahnen. Streifzüge durch Niederschlesien, das Riesengebirge und das Hirschberger Tal, Mittelschlesien mit Breslau, das Eulengebirge und Glatzer Bergland, das Oppelner Land und Oberschlesien zeigen die Natur und die uralten Gebräuche der dort lebenden Menschen. Einen tiefen Einblick in die Geschichte des Landes liefert der Abschnitt „Land und Leute“. Die historische Besiedlung, Brüche durch Vertreibung und Umsiedlung werden ebenso beschrieben wie Spracheigenheiten und die schlesische Küche.

Am Ende warten noch eine interessante Zeittafel über die Besiedlung Schlesiens und ein praktischer Reiseführer „Schlesien von A bis Z“ auf den Leser. Der Genuss wäre nur halb so schön, wenn nicht die Fotos des polnischen Fotografen Marek Maruszak, der 1952 in Oppeln geboren wurde, das Werk komplettierten. Allein die Fotos lohnen den Kauf des Buches, das einen Einblick gibt in dieses wunderschöne Land, in unsere Vergangenheit und in eine gemeinsame europäische Zukunft.

Silvia Friedrich



Roswitha Schieb: „Schlesien. Geschichte – Landschaft – Kultur“, Elsengold Verlag, Berlin 2020, gebunden, 224 Seiten, 30 Euro

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Musik als Schlüssel für alles Schöngestige

Die Breslauer Halbgriechin Eleni Ioannidou gründete den Verein Ars-Augusta – Konzerte in Baudenkmälern

„Im Umkreis von 15 bis 50 Kilometern um Görlitz befinden sich auf beiden Seiten der Neiße bemerkenswerte Baudenkmäler. Es ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, diesen Sommer einen dieser Orte zu besuchen und gleichzeitig eine musikalische Veranstaltung zu erleben“, wirbt Sopranistin Eleni Ioannidou. Mit musikalischen Veranstaltungen meint die in Breslau geborene Halbgriechin eine Konzertreihe auf Schloss Klitschdorf [Kliczkow], ein Konzert im Garten des Carl-Hauptmann-Hauses im Riesengebirge, eines in Giersdorf [Zeliszow] oder eines im Herrenhaus Goßwitz bei Reichenbach im bundesdeutschen Teil der niederschlesischen Oberlausitz.

Im Letzteren wird es am 8. August eine „Matinée mit Barockmusik“ gegeben, bei der Telemann, Händel, Biber und Couperin von Solisten des Lausitzer Barockensembles gespielt werden. Dieses Ensemble hat Ioannidou mit ihrem Verein Ars-Augusta e.V. gegründet. Es trifft sich seit November 2016 einmal monatlich zu Proben trifft und gibt seit 2017 immer wieder Kon-

zerte. Ioannidou konnte auch mehrere deutsche und polnische Profis für das „Schlesische Vokalensemble“ zusammenbringen – eine Zusammenarbeit zwischen Piotr Lykowski, Professor an der Breslauer Musikakademie, und Ars-Augusta. Das Ensemble erforscht Alte Musik aus Niederschlesien und der Oberlausitz, wobei das beiderseits der Neißegrenze liegende Görlitz beides ist.

Ioannidou ist die Tochter eines Griechen und einer Polin. Sie wuchs zum Großteil in Griechenland auf, studierte dort Agrarwissenschaft und Musik, später zwei Jahre lang Operngesang an der Musikhochschule in Wien und zwei Jahre an der Akademie der Mailänder Scala. Sie lebte zwölf Jahre lang in Italien, sang in der Arena von Verona, der Oper von Athen, gab Konzerte in Japan, Kolumbien, Frankreich, Griechenland und Deutschland.

Vor zwölf Jahren ging sie nach München, um sich auf die Musik Richard Wagners zu spezialisieren. 2017 kamen sie und ihr Lebenspartner, der Musiker und Ton-

techniker Heinz Müller, nach Görlitz. Die Neißestadt habe sie durch ihre wunderbare Architektur, das Theater, die Stadthalle und vor allem die schlesische Chortradition von Anfang an begeistert. Schnell musste sie feststellen, dass viele Komponisten der Region heute kaum noch bekannt sind, vor allem östlich der Neiße. Das will Eleni Ioannidou ändern. Mit Konzerten will sie



Nach ihrem Auftritt im Oppenheim-Haus in Breslau: Die Sopranistin Eleni

FOTO: WAGNER

nicht nur die Musik, sondern auch die Schlösser östlich und westlich der Neiße vor dem Vergessen bewahren. So hat sie die Musik von Bolko von Hochberg (1843–1926), der die Schlesischen Musikfeste ins Leben rief und die Görlitzer Stadthalle erbauen ließ, in dessen Heimat auf Schloss Fürstenstein [Ksiaz] bei Woldenburg [Walbrzych] erklingen lassen und eine CD mit Biografiebeigabe über ihn herausgegeben. Die Musik von Leopold Schefer (1784–1862) aus Bad Muskau [Muzakow] und von dem aus Zittau stammenden romantischen Komponisten Heinrich Marschner (1795–1861) befanden sich ebenso in ihrem Fokus wie die Komponistin Anna Teichmüller (1861–1940), der Ioannidou einen Liederabend mit Lesung in Schreiberhau [Szkłarska Poreba] widmete. Auch zu Teichmüllers Kompositionen gab sie eine CD heraus. Am 5. September widmet sie der Komponistin in ihrem Augusta-Kultursalon ein Konzert.

Den Kultursalon richteten Eleni Ioannidou und Müller in der gemeinsamen

Gründerzeit-Wohnung in der Görlitzer Augustastraße ein. In ihrem großen Wohnzimmer steht ein schwarzer Flügel, um den sich wie im 18. und 19. Jahrhundert Literatur- und Musikfreunde treffen. Im Augusta-Kultursalon veranstaltet sie regelmäßig Salonkonzerte, Lesungen und Ausstellungen, die auch als Gelegenheit für Künstler gedacht sind, sich zu präsentieren oder um Spenden zu sammeln, zuletzt für die Sanierung des deutschen Friedhofs und der 1797 errichteten Langhans-Kirche in Giersdorf [Zeliszow]. Dieses evangelische Gotteshaus sei ein Baudenkmal von Weltklasse, so Ioannidou. Am 1. August werden auf ihre Initiative in der Giersdorfer Kirche sechs Künstlerinnen eine Anthologie von Madrigalen aus der italienischen Renaissance singen. „Wie bei den anderen Konzerten wird es auch in Giersdorf freien Eintritt geben, dafür aber um Spenden für die Renovierung des Gotteshauses gebeten“, verspricht Ioannidou. C.W. Wagner

Infos: www.ars-augusta.org

AUS DER GUTEN ALTEN ZEIT

Die Polziner Postkutsche

Postkutschen – teuer, wenig komfortabel und vom Fortschritt überholt

Die Unrast der Gegenwart lässt uns gern zurückschauen auf die gute alte Zeit. Welch einschneidender Gegensatz offenbart sich z. B. im Reiseverkehr von damals zu heute. Ein Auszug aus einem Postkursverzeichnis der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts überzeugt uns davon. Wie sich damals der Personenverkehr gestaltete, wird am Beispiel der Postverbin-

20.00 Uhr angetreten werden. Sie brachte den Reisenden in fünf- bzw. siebenstündiger Fahrt nach dem 40 km entfernten Stettin. Man brauchte also für die Reise von Polzin nach Stettin über 36 bzw. 45 Stunden. Umständlicher war die Rückreise, weil dabei in Stargard übernachtet werden musste. Montags und freitags verließ die Fahrpost Stettin um 12.00 Uhr und erreichte Stargard in sechs Stunden,

bis zu zehn Pfund frei mitzunehmen, den Mantel angerechnet.

Erst allmählich im Laufe des Jahrhunderts erhielten die von Polzin aus fahrenden Reisenden Bahnanschluss. Seit 1846 in Stargard, von wo der Schienenstrang nach Stettin führte, seit 1859 schon in Schivelbein, und in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts eroberte die Eisenbahn auch die wichtige Verbindung nach

und 2.301 eingeschriebene Sendungen im Werte von 187.785 Reichstalern.

Die letzte Postkutsche verkehrte täglich von Neustettin über Polzin nach Groß Ramin, bis auch hier die Bahnlinien fertiggestellt waren:

Schivelbein - Polzin am 1. Mai 1897,
Polzin - Falkenburg am 15. Juli 1903,
Polzin - Bärwalde am 1. September 1903.



Die Postwege in Pommern im 19. Jahrhundert

(Archiv Schultekniüppel)



Poststation Steglin, Kreis Bublitz, zum Rapport angetreten; die Postkutsche nach Köslin steht abfahrbereit.

(Foto Archiv Schultekniüppel)

derung zwischen Polzin und Stettin deutlich. Wer damals von Polzin nach Pommerns Hauptstadt Stettin wollte, dem bot die Fahrpost wöchentlich nur zweimal morgens um 6.00 Uhr Gelegenheit dazu. Die Fahrt ging von Polzin über Schivelbein, Labes und Freienwalde bis Stargard, wo man am folgenden Tage, also am Montag bzw. am Donnerstag früh, um acht Uhr ankam.

Der Postwagen bewältigte demnach den 95 km langen Kurs in 26 Stunden. Die Weiterreise von Stargard nach Stettin konnte am Montag bereits um 13.00 Uhr, am Donnerstag aber erst nach zwölfstündiger Wartezeit in Stargard abends um

also um 18.00 Uhr abends. Erst am nächsten Tag ging es früh um 7.00 Uhr nach Polzin weiter, das erst am dritten Tag nach der Abreise aus Stettin, also am Mittwoch bzw. Sonntag, früh um 4.00 Uhr erreicht wurde.

Was die Fahrpreise anlangt, so waren sie höher als die heutigen. Auf allen drei- oder vierspännigen Fahrposten waren sechs Silbergroschen für die Person und Meile fällig. Das machte für achtzehn Meilen 108 Silbergroschen oder 4 1/2 Taler. Dazu kamen das Trinkgeld für den Postillon und die Kosten für die eigenen Speisen, Getränke und die Übernachtung. Jeder Reisende hatte die Befugnis, Gepäck

Polzin und verdrängte damit die gemütliche gelbe Postkutsche aus dem Personenverkehr.

Neben der Postkutsche nach Stettin gab es bis 1871 die täglich verkehrende Personenpost von Polzin nach Belgard, aber auch sie wurde mit der Eröffnung der Eisenbahnlagen eingestellt. Die Post befand sich damals in dem Haus neben der Schlosseinfahrt. Dort befand sich ab 1. November 1866 auch die erste Telegrafstation der Stadt.

Der Reise- und Güterverkehr war trotz der Reiseumstände und Kosten beachtlich. Allein im Jahre 1861 beförderte die Polziner Post immerhin 2.915 Reisende

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass es neben der Personenpost auch noch eine Kutsche mit der Botenpost gab. Sie verkehrte bis zur Eröffnung der Eisenbahnlinie Stargard - Schivelbein - Köslin am 31. Mai 1859 täglich von Polzin nach Körlin. Ab dann wurde auch die Botenpost nach Schivelbein gefahren, und nach der Einrichtung der Bahnstation Groß Ramin am 31. März 1871 fuhr sie nach dort. Auch sie wurde mit der Eröffnung der letzten Bahnlinien Anfang vergangenen Jahrhunderts eingestellt.

Dai Schultekniüppel/Max Krüger/

VOGELSCHUTZINSEL IM STETTINER HAFF – 186 VOGELARTEN NACHGEWIESEN

Zitronenstelze auf dem Riether Werder



Sehr schön kann man die Lage der Vogelinsel Riether Werder im Neuarper See in der Bildmitte erkennen. Im Vordergrund der Ort Rieth, im Hintergrund am linken Ufer Altwarp, rechts ragt eine schmale Halbinsel mit der polnischen Stadt Neuwarp in das Bild

Foto Walter Graupner, Wikipedia www.buchhaus-graupner.de

Der Riether Werder ist eine Insel im Neuarper See, einer Bucht des Stettiner Haffs. Sie ist die einzige Haffinsel auf deutschem Gebiet.

Die erste urkundliche Nennung der Insel stammt aus dem Jahre 1252, als Herzog Barnim I. von Pommern dem Kloster Eldena neben anderem Besitz auch diese Insel schenkte, für die der slawische Name Wozstro angegeben ist. Der heutige

Name der Insel ist von dem am Südufer des Sees gelegenen Dorf Rieth abgeleitet.

Die Insel gehört zur Gemeinde Lückow in Mecklenburg-Vorpommern im äußersten Nordosten Deutschlands. Sie hat als Vogelinsel überregionale Bedeutung. Sie ist 0,79 km² groß und liegt etwa 1 km vom Süd- und Westufer des Neuarper Sees entfernt. Unmittelbar an der Ostspitze der Insel verläuft die Seegrenze

zur Republik Polen. Bis 1945 befand sich die Insel im Privatbesitz. Dann erfolgte die Enteignung und Verteilung des Geländes an drei Neubauern. Es wurde Ackerbau betrieben, aber auch das Rindvieh brachte hier die Sommer.

Schon immer galt ein Teil der Insel als Vogelschutzinsel, so gab es in den 1960-ern eine Lachmöwenkolonie mit ca. 1000 Nestern. Im September 1990 wurde das Eiland unter Schutz gestellt und wird von dem Förderverein Naturschutzarbeit Uecker-Randow-Region seit 1995 betreut. Betreten darf man das Riether Werder nur mit Genehmigung.

Seltene Vogelarten, wie beispielsweise die Fluss-Seeschwalbe oder die Bekassine sind hier anzutreffen. Seeadler, Wiesenweihen, Rohrweihen, Rotmilane, Schwarzmilane, Turmfalken, Baumfalken, Wespenbussarde und Mäusebussarde sind hier ebenfalls heimisch.

In diesem Jahr gibt es eine kleine Sensation zu vermelden, es brütet dort eine Zitronenstelze, die hier eigentlich gar nicht vorkommt, sie hatte den Weg auf das kleine Eiland in Vorpommern gefunden! In Deutschland gelang bisher lediglich ein Brutnachweis im Jahr 2013.

Vogelwart Frank Joisten hat das Vögelchen entdeckt und konnte auch Fotos machen. Die Umgebung die das Vogelpär-

chen immer wieder anflug wurde abgesichert, damit nicht Kühe alles zertreten. Man hat absichtlich das Nest noch nicht gesucht, um nicht die Aufmerksamkeit von Krähen zu erregen. Der Traum der Mitglieder des Fördervereins ist ein Foto von den in Vorpommern flügel gewordenen Zitronenstelzen, dafür stehen die Chancen ziemlich gut.

Das Verbreitungsgebiet der Zitronenstelzen reicht von Osteuropa, Nordwest- und Mittelsibirien südwärts durch Zentralasien bis zum Himalaya. Beobachtungen und einzelne Brutversuche lassen vermuten, dass die Zitronenstelze, die ihren Namen ihrem zitronengelben Kopf zu verdanken hat, sich in den nächsten Jahren aus Sibirien vielleicht Richtung Westen ausbreiten könnte. Kaum zu glauben, es wäre eine Sensation!

Brigitte Stramm

Die Zitronenstelze

(Foto Gunther Zieger)



NEUES AUS DANZIG



In Guteherberge [Lipce] wurde eine neue Fußgänger-/Radfahrerbrücke über die Radaune gebaut, die demnächst eingeweiht wird. Sie verbindet den Ferberpark, wie er seit neuestem heißt, mit dem immer noch bestehenden Haus der bekannten Patrizierfamilie Ferber aus Danzig, einem Vorlaubenhaus von 1572 und dem Ort.



Foto DRAG-gda.pl

Konstantin Ferber hatte sowohl herausragende kaufmännische wie auch staatsmännische Fähigkeiten von seinem Vater ererbte. Da er evangelisch geworden war, blieb er vom Danziger Stadtr Regiment zunächst ausgeschlossen, erst 1548 wurde er Schöffe, 1549 Ratsherr, 1555 Bürgermeister. In die ersten Jahre seiner Bürgermeisterzeit fällt die Einführung der Reformation; an der Erlangung des Religionsprivilegs für Danzig, Elbing und Thorn hatte er wesentlichen Anteil. Sein Hauptverdienst gewann er sich im Widerstand gegen die polnischen Unionsbestrebungen. Zwar konnten er und seine Amtsgenossen die Einverleibung Westpreußens in das polnische Reich nicht hindern, wohl aber die zugleich erstrebte Vernichtung der Danziger Freiheiten. Sein großes Vermögen setzte ihn in den Stand, gewichtiger Gläubiger der Könige von Polen und Schweden und des Herzogs von Preußen zu sein. Zu seinen wirtschaftlichen Unternehmungen gehörte auch die Erwerbung und Entwässerung der Ländereien bei Guteherberge, die Gründung des Dorfes Nobel und die Urbarmachung wüster Landstrecken, die er von den Klöstern Karthaus und Zuckau pachtete. Der Zusammenbruch der bekannten Handelshäuser Loitz und Lilie brachte ihm große Verluste.

Die Familie Ferber ist eine der bekanntesten Familien in Danzig. Die Familienoberhäupter hatten in aufeinanderfolgenden Generationen Schlüsselstellungen der Stadt inne. Die Ferber waren Ratsmitglieder, Richter, Bürgermeister (6 Bürgermeister, 3 Juroren, 6 Ratsmitglieder, 3 Kanoniker und 1 Bischof). Sie kümmerten sich um wichtige internationale Angelegenheiten für Danzig, vertraten die Interessen der Stadt gegenüber dem König von Polen. Sie waren viele Jahre die Architekten der Danziger Politik.

Das prachtvolle Ferberhaus in der Langgasse 28 in Danzig wurde 1560 erbaut. Die Ferberkapelle in der Marienkirche gehörte seit 1448 der Familie und diente als Grabloge.

Ferberhaus in Danzig, Langgasse 28



Foto: Wikipedia

„Falsche Toleranz wird ausgenutzt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Donnerstag ist ein guter Tag. Da kommt meine PAZ. ‚Das ist Balsam für die Seele‘, sagte mein Nachbar, als ich sie ihm zu lesen gab. Dem ist nichts hinzuzufügen“

Dr.-Ing. Thomas Bock, Schleching



Ausgabe Nr. 29

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINEN BÄRENDIENST ERWIESEN ZU: DAS BETHAUS VON SCHÖNWALDE WURDE NACH LOMNITZ VERSETZT (NR. 29)

Es ist bekannt, dass zwischen dem Freistaat Sachsen und der Woiwodschaft Niederschlesien gute Beziehungen gehalten werden. Der Beitrag berichtet über die Rekonstruktion des alten Bethauses. Gegen Ende verliert sich der Autor leider in eine allzu oft bekannte Verdrehung von historischen Tatsachen.

Wenn der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer sich als Schlesier bekennt und das als Sohn aus dem alten Schlesien stammender Eltern, dann frage ich mich, was daran stört. Es gibt einen Unterschied, ob man von Schlesien, der Oberlausitz und Sachsen spricht, und man sollte bitte nicht vergessen, wie die Regionen um Görlitz, Hoyerswerda, Rothenburg und Lauban einst zu der Provinz Schlesien gelangten. Besser gesagt, im Zuge der Ergebnisse des Wiener Kongresses fortan schlesisch verwaltet wurden, um es korrekt zu bezeichnen.

Vielleicht ist dem Verfasser auch nicht bekannt, dass die damalige Teilung der Oberlausitz gegen den Willen der Bevölkerung stattfand und Bittschreiben an den Wiener Kongress, die Trennung zu unterlassen, ignoriert wurden.

Ich selber habe schlesische Vorfahren, welche damals in Liegnitz lebten, also im alten Schlesien, und es liegt mir fern, die alten Ostgebiete dem Vergessen preiszugeben.

Es ist nur die Frage, wie man es schafft, kommenden Generationen diese Vergangenheit so nahezubringen, dass es Zukunft hat und eine dauerhafte, positive Verbindung bestehen bleiben kann. Hier muss sich der sächsische Ministerpräsident nichts vorwerfen lassen.

Es ist auch nicht so, dass man, wenn man hier von Ostsachsen spricht, etwas verschwiege. Im Gegenteil: Die Oberlausitz ist die, wie sie ist, und es wäre vielleicht hilfreich, wenn man sich mit der Geschichte dieser Region näher befassen und damit aufhören würde, von einer

„schlesischen Oberlausitz“ zu sprechen. Die Einflüsse in der lang zurückreichenden Geschichte der Lausitz/Oberlausitz sind so vielfältig und bis heute erkennbar.

Natürlich haben die Jahre zwischen 1815 und 1945 prägend gewirkt, aber sie haben die Einflüsse aus vielen Jahrhunderten vorher nicht verdrängen können. Im Gegenteil: Das Besondere an der Oberlausitz ist ja die Verbindung von böhmisch-sächsischen und schlesischen Einflüssen. Die Schlussbemerkungen des Autors tun eher ihren Teil dazu bei, was ich gerne als Bären dienst bezeichne.

Thomas Böhme, Laufßnitz

DIE RUHRPOLEN VERSTEHEN

ZU: PAZ-SPEZIAL „VOLKSABSTIMMUNG 1920“ (NR. 28) UND: „DAS GANZE VOLK BLICKT VOLL STOLZ AUF DIE MASUREN UND ERLÄNDER“ (NR. 29)

Ganz herzlich möchte ich mich für die informativen Artikel zur Volksabstimmung bedanken.

Seit dem Frühjahr beschäftige ich mich mit der Frage, wie mein Urgroßvater aus Erle zur Abstimmung gelangt ist. In Literaturen aus westfälischer Sicht klang der Ausdruck „Ruhrpolen“ immer negativ. Der katholische, polnisch sprechende Ruhrpole konnte feiern. Der evangelische, polnisch sprechende Ruhrpole mied Feiern, arbeitete gewissenhaft, fleißig und wurde schon mal als Tarifbrecher bezeichnet. Das war mir zu plump.

Mich hatte immer interessiert, wie mein Urgroßvater zur Volksabstimmung in den Kreis Neidenburg gelangen konnte? Doch selbst seine Tochter, welche erst 1921 geboren war, konnte nur berichten, was sie aus Erzählungen kannte.

Zumindest haben Ihre Artikel und seine Teilnahme an der Volksabstimmung geholfen, den Namen Ruhrpolen zu differenzieren. Als „Ruhrmasuren“ konnten sie sich später auch in das örtliche Gemeindeleben mit einbringen und wurden nicht nur als notwendige Arbeitskräfte gesehen. Schließlich gab es in Ostpreußen

auch eine Schulpflicht. Sie konnten lesen und schreiben. Nur ihre Dialekte konnte oder wollte nicht jeder verstehen.

Gisela Merchel, Soest

DIE WAHRHEIT ÜBER TRUMP?

ZU: DONALD TRUMP UND DIE „HALTUNG“ DER EDELFEEDERN (NR. 28)

Allein schon Hans Heckels wegen ist es ein Grund, die PAZ zu lesen. Der Mann verfügt über eine begnadete Schreibe mit einem umfangreichen Hintergrundwissen. Ich kann aber seine wohlmeinende Einschätzung der Person Donald Trumps nicht teilen.

Unabhängig davon, dass die hiesigen Medien diesen US-Präsidenten grundsätzlich negativ beurteilen, berufe ich mich auf das öffentliche Fernsehen, wo Trump quasi tagtäglich zu sehen ist.

Danach ergibt sich für mich folgende Einschätzung:

Erstens: Trump hinterlässt schon einen lächerlichen Eindruck, wenn er – sich ständig selbst beklatschend – vor dem Weißen Haus auftritt;

Zweitens: Was er an einem Tag verkündet, wird am nächsten Tag schon widerrufen. Die Pandemie-Gefahr wird von ihm ständig kleingeredet;

Drittens: Das Wort „großartig“ kommt ständig über seine Lippen: großartiges Land, großartige Menschen (USA und seine Menschen), großartige Zukunft;

Viertens: Trumps Auftreten in der Öffentlichkeit ist nicht jedermanns Geschmack. Sein Kontrahent Joe Biden von den Demokraten macht dagegen einen seriösen Eindruck;

Fünftens: Mag sein, dass Trumps Anhänger aus dem Speckgürtel der Evangelikalen in den USA hinter ihm stehen, nur das allein wird nicht reichen, die nächste Wahl zu gewinnen;

Sechstens: Für das Land seiner Ahnen, deren Blut in seinen Adern fließt, scheint er wenig Interesse zu hegen, als „deutschfreundlich“ kann man ihn auch nicht einstufen. Es wäre längst an der Zeit gewe-

sen, die Gräber seiner Vorfahren, die mit seinem Namen heute noch in einem Ort in Rheinland-Pfalz vorzufinden sind, aufzusuchen.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass Trumps Vorgänger Eisenhower und Bush ebenfalls deutsche Vorfahren haben;

Siebtens: Trumps anzuprangende Frauengeschichten aus seiner Vergangenheit sind beileibe kein Vorbild für einen Präsidenten der USA.

Und dass jetzt tatsächlich die Staatsanwaltschaft seine undurchsichtigen Finanzgeschäfte ins Visier nimmt, könnte ihm noch zum Verhängnis werden.

Alles mehrfach im Fernsehen ausgestrahlt – und alles gelogen?

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

REALITÄT DER EINWANDERUNG

ZU: KEIN GOLD, DAS GLÄNZT (NR. 25)

Sicher erhoffen sich die Immigranten hier ein besseres Leben. Doch das geht letztlich nur, wenn man berufstätig ist und die Sprache beherrscht. Facharbeiter, wie propagiert, kamen kaum. Das ist die Realität. Die deutschen Steuerzahler werden diese Einwanderung mit vielen Milliarden über Generationen hinaus finanzieren müssen.

Viele werden, wenn sie sich nicht weiterbilden, in der „sozialen Hängematte“ landen. Manche werden auch kriminell. Just, als hunderttausende Migranten ins Land strömten, gab es den Terroranschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt mit zwölf Toten und etwa 60 zum Teil Schwerverletzten.

Die Hinterbliebenen der Terroropfer mussten danach noch um Anerkennung als solche kämpfen. Nicht einmal zu einer Staatstrauer war man fähig. Bis heute ist dieser Fall nicht richtig aufgeklärt, hätte er doch möglicherweise verhindert werden können. Auch in Frankreich (Nizza, Paris) gab es Anschläge. Das alles sollte sehr zu denken geben. Falsche Toleranz wird ausgenutzt. Wolfgang Hornuff, Berlin

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Die verdeckte Finanzierung der Parteien durch den Staat

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Beschluss vom 15. Juli 2015 eine Klage gegen die verdeckte Parteienfinanzierung nicht zugelassen. Dabei ist das Gericht vor der politischen Macht eingeknickt. Denn es geht um das »finanzielle Eingemachte« der Berliner politischen Klasse. Um ohne öffentliche Verhandlung kurzen Prozess zu machen, hat das Gericht das Vorbringen der Klägerin unterdrückt und den Grundsatz des rechtlichen Gehörs massiv verletzt. Das ist auch dem Verfassungsgericht nicht erlaubt und kann nicht das letzte Wort sein.

Das Versagen der Karlsruher Richter und die Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, müssen publik gemacht und eine Diskussion in der allgemeinen und der Fachöffentlichkeit angestoßen werden.

Wenn die Politik in eigener Sache entscheidet und das Gericht sich wegduckt, wird öffentliche Kontrolle umso wichtiger.

In den 1960er-Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht der offenen Staatsfinanzierung der Parteien Grenzen gesetzt. Daraufhin ergriffen die Parteien die Flucht in die verdeckte Staatsfinanzierung. Unbehelligt von Kontrollen und Grenzen, ließen sie die Subventionen ihrer Fraktionen im Bundestag und die sogenannten Globalzuschüsse ihrer Stiftungen in die Höhe schießen, und die Abgeordneten bewilligten sich persönliche Mitarbeiter, deren Zahl ebenfalls rasch anstieg – auch um sie für Parteizwecke ver-

wenden zu können. In der Zwischenzeit ist die verdeckte Staatsfinanzierung der Parteien mehr als viermal so hoch wie die offene staatliche Parteienfinanzierung.

Die Parteien haben sich ihren eigenen Staat geschaffen. Hans Herbert von Arnim deckt auf, welcher Mittel und Methoden sich die politische Klasse bedient, um die Regeln zu ihrem eigenen Vorteil umzugestalten und sich immer neue Geldquellen zu erschließen.

Parteiherrschaft und Willkür wirksam zu begrenzen ist deshalb dringend geboten!

Die Folgen übermäßiger staatlicher Finanzierung sind zunehmend bürgerferne Staatsparteien und wachsende Parteienverdrossenheit der Bürger. Darin liegt ein fundamentales Demokratieproblem.

Es ist höchste Zeit, eine öffentliche Debatte darüber in Gang zu bringen!

Niemand außer dem Bundesverfassungsgericht hat schon so viele Gesetze aus den Angeln gehoben wie diese Einmann-Instanz namens Hans Herbert von Arnim. « Die Zeit

Hans Herbert von Arnim: Die Angst der Richter vor der Macht • gebunden • 157 Seiten • Best.-Nr. 980 600 • 12,99 €

Aktualisierte und überarbeitete Neuauflage



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

VON HELGA SCHNEHAGEN

Die Konkurrenz zwischen den Seebädern begann, bevor diese existierten. Als 1793 bekannt wurde, dass Preußen sein erstes Seebad plane, schritt der Herzog in Schwerin umgehend zur Tat. Am 9. September forderte er einen Plan für ein eigenes Seebad an und schrieb im selben Brief: „Besonders, da es mir nicht gleichviel sein kann, manchen kranken Menschen dadurch glücklich zu machen, nicht zu gedenken, daß Geld im Lande verzehrt wird, was auswärtige Bäder demselben entziehen.“ Als der Regent über Mecklenburg-Schwerin keine zwei Wochen später am 21. September am Heiligen Damm von Bad Doberan höchst persönlich in die Fluten stieg, war das erste deutsche Seebad geboren. Schon die erste Saison 1794 führte 300 Gäste nach Heiligendamm.

Preußen ließ sich mit der Gründung seiner Ostseebäder jedoch Zeit. Erst 1824 eröffnete man am Süden der Insel Usedom in Swinemünde [Świnoujście], das erste Seebad in Pommern. Schon lange vorher waren aufgefördert Badegäste gekommen. Im Jahr 1819 war ihre Zahl so groß, dass die Polizei Anordnungen hinsichtlich des Badens treffen musste.

Mit Unterstützung von König Friedrich Wilhelm III. begann die Entwicklung der Hafenstadt zum mondänen Badeort, um dessen Gäste nun aktiv gewonnen wurde. Heutigen Reiseführern durchaus vergleichbar, lieferte Richard Kind, Königlicher Kreis-Physikus und Bade-Arzt, schon in seinem 1828 erschienenen Buch „Das Seebad zu Swinemünde“ dazu alle nötigen Informationen. Auf 180 Seiten behandelte er die Geschichte von Ort und Seebad, Anreise, Unterkunft, Verpflegung, Bedienung, Anstalten der kalten und warmen Bäder, Vergnügungsorte und andere „Gegenstände, die für die Badegäste von Interesse sind“ sowie den „gesellige(n) Tone unter den Badegästen“.

1827 sollen laut Kind bereits 1200 (andere Quellen sprechen von 2200) Fremde dort gewesen sein, unter denen sich Personen der ersten Stände im Staate befunden hätten. Sogar preiswerte Unterkünfte gab es laut Kind genug: „Da die Mehrzahl der Einwohner von Swinemünde zur Aufnahme von Badegästen eingerichtet ist, so finden diese hierselbst sehr leicht und zu billigen Preisen eine passende Wohnung. ... zwei Zimmer mit Kammer, Küche, Speisekammer, Bedienstube, Stallung u.s.w. (kosten) 40 bis 60 Reichstaler für die Badezeit.“

Treffpunkt von Kaiser und Zar

Im Jahr vor Beginn des Ersten Weltkrieg stieg die Gästezahl auf 40.247, und vor dem Zweiten Weltkrieg war Swinemünde hinter Kühlungsborn in Mecklenburg und Kolberg in Preußen das drittgrößte deutsche Ostseebad. Am 12. März 1945 machten US-Bomben Usedom beliebtestes Seebad mit seinen prächtigen Hotels im Stil der Bäderarchitektur und der breiten Promenade zum Trümmerhaufen. Dabei fielen auch Tausende Flüchtlinge aus Ostpreußen, Danzig und Pommern dem Bombenhagel zum Opfer.

Nach 1849 hatte Preußen begonnen, Swinemünde zur Festung und zum Stützpunkt der Marine auszubauen. Wegen der engen Kontakte zwischen Berlin und St. Petersburg



Stimmungsbild in Corona-Zeiten: Die Seebrücke von Ahlbeck ist ein Schmuckstück preußischer Seebadarchitektur

Foto: Mauritius

Schmucke Kaiserbäder

In der „Badewanne Berlins“ – Auf Usedom entstand 1824 Preußens erstes Seebad an der Ostsee. Die Hohenzollern kamen regelmäßig zu Besuch und empfingen hohe Staatsgäste

lagen im Hafen lange Jahre auch russische Kriegsschiffe ständig unter Dampf. Noch im Zweiten Weltkrieg war Swinemünde der größte Standort der Kriegsmarine an der Ostsee. Nach der deutschen Vereinigung 1990 wurden alle Militärstützpunkte auf Usedom aufgelöst und die Festung wurde zur Touristenattraktion.

In den Mittelpunkt des Weltinteresses rückte Swinemünde durch das Treffen am 4. August 1907 von Wilhelm II. mit dem russischen Zaren Nikolaus II., seinem Cousin. Kein Wunder, sollte es doch die politischen Verhältnisse in Europa auf Jahre hinaus ordnen und sichern. Nach Augenzeugenberichten wimmelte der ganze Strand von Swinemünde bis Bansin von Bewohnern und Urlaubern. Alle blickten gebannt auf die weiße Kaiserjacht „Hohenzollern“ und das schwarze Zarenschiff „Kronstadt“, die vor Swinemünde auf Reede lagen. Dabei soll der deutsche Kaiser die Uniform eines Kosakenoberst und der russische Zar die eines preußischen Dragoneroberst getragen haben. Mit der Kriegserklärung vom 1. August 1914 war alle gute Absicht sieben Jahre später Makulatur.

Besonderes Aufsehen erregten jedes Jahr die Besuche von Wilhelm II. zu den traditionellen Flottenmanövern am ersten August-

wochenende, den sogenannten Kaisertagen. Der Kaiser reiste gewöhnlich an Bord der Jacht „Hohenzollern“ an und blieb einige Tage. Zum Ritual wurden dabei seine regelmäßigen Besuche zum Nachmittagstee in Heringsdorf bei Elisabeth Staudt. Die Witwe des 1906 verstorbenen Konsuls Staudt züchtete unter anderem Pferde, die ausschließlich für den kaiserlichen Hof bestimmt waren.

Vor der 1873 erbauten Villa Staudt erinnert heute eine Büste von Kaiser Wilhelm I. an die Hohenzollern-Besuche auf Usedom. Als junger Prinz hatte Wilhelm I. (1797–1888) mit seinen Geschwistern und dem Vater, König Wilhelm III. von Preußen, das Fischerdorf 1820 zum ersten Mal bereist.

Auch Wilhelm II. (1859–1941) war schon als Kind auf Usedom. 1866 wohnte er zusammen mit seiner Mutter Kronprinzessin Viktoria (1840–1901), den Geschwistern Heinrich (1862–1929) und Viktoria (1866–1929) sowie dem Vater, dem späteren 99-Tage-Kaiser Friedrich III. (1831–1888), im Weißen Schloss.

Das „Nizza der Ostsee“

1817 hatte Bernhard von Bülow (1768–1854) – ein Vorfahr des Humoristen Vicco von Bülow (Loriot) – das Rittergut Gothen erworben, das sich bis zur Ostsee über den späteren Ort Heringsdorf erstreckte. Der Oberforstmeister lichtetete einige Waldstellen und verkaufte sie an Büdner, die dann auch Fischerhütten errichteten und damit an der Küste eine Fischerkolonie gründeten.

Von Bülow erkannte auch schon Heringsdorfs Potenzial als Badeort. Auf dem Kulm, einem 34 Meter hohen Sandhügel, ließ er erstmalig Logierhäuser bauen, von denen sich das Weiße Schloss, ein schlichter Schinkel-Bau von 1825, erhalten hat. Kurz danach folgten eine Seebadeanstalt und ein Haus für warme Bäder. Auch die 1848 eingeweihte Kirche im Walde steht auf Grund, den von Bülow der Gemeinde überlassen hatte. Ein naher Gedenkstein erinnert an den „Gründer von Heringsdorf“ und Tourismus-Pionier.

Neben der Villa Staudt stand einst die Villa Delbrück. Heute durch exklusive Ferienwohnungen ersetzt, erinnert noch ein Ge-

denkstein an Hugo Delbrück (1825–1900). Mit seinem Bruder Adalbert, Bankier und Mitbegründer der Deutschen Bank, gründete er 1872 die „Aktiengesellschaft Seebad Heringsdorf“ und legte damit den Grundstein für Heringsdorfs Beinamen „Nizza der Ostsee“. Zusammen mit den Villen Oechsler und Oppenheim von 1883 und der Residenz Bleichröder von 1908 war Heringsdorf damals auf dem besten Weg, zum Seebad deutscher Bankiersfamilien zu werden.

Wohl nirgendwo an der Küste hat sich Preußens Aufschwung und Hochstimmung in der Kaiserzeit so augenfällig erhalten wie in den „durchsanierten“ Kaiserbädern Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin. Mindestens 600 unter Denkmalschutz stehende Prachtvillen und verspielte Sommerhäuser bilden hier das größte Ensemble an historischer Bäderarchitektur an Deutschlands Küste. Ihren Namen verdanken die Kaiserbäder den regelmäßigen Besuchen von Wilhelm II. Sein Lieblingsprojekt war das Kaiser-Wilhelm-Kinderheim in Ahlbeck, das er für Kinder ärmerer Familien 1913 aus seiner Privatschatulle finanzierte. Es dient noch immer demselben Zweck und steht unter Denkmalschutz.

In Swinemünde führte der Beitritt Polens zur EU 2004 und zum Schengener Abkommen 2007 zu umfassenden Erneuerungen. Dank EU-Fördermitteln sowie Einnahmen aus dem neuen Flüssiggas-Terminal und von Inhabern neuer exklusiver Hotels und Urlaubsapartements ist Swinemünde heute eine der reichsten Städte der Republik Polen und feiert als „viertes Kaiserbad“ sein Comeback. 2011 wurde Usedom „Prachtboulevard“ von Bansin bis Swinemünde verlängert. Mit zwölf Kilometern ist er jetzt die längste Promenade Europas.

Seit 2018 überragt das Fünf-Sterne-Resort Radisson Blu mit seinen 15 Etagen die gesamte Usedomer Bucht und ihren breiten, feinsandigen, kilometerlangen Strand.

● www.usedom.de. Buchtipps: Jochen Stamm (Text)/Matthias Gründling (Fotos), „Usedom – die Entdeckung der Insel“, Edition Braus, Berlin 2020, 172 Seiten, 19,95 Euro



Architektonisches Erbe aus der Gründerzeit: Villa Staudt in Heringsdorf Foto: Schnehagen

● FÜR SIE GELESEN

Klug und reflektiert

Viele Gebrechen der westlichen Gesellschaft resultieren aus ideologischen Verirrungen wie dem Gender Mainstreaming und den Critical Whiteness sowie Race & Postcolonial Studien, welche anscheinend das Produkt unserer heutigen orientierungslosen Zeit mit ihrer Lust an der „De-konstruktion“ des Althergebrachten und Bewährten sind. Doch das Letztere stimmt so nicht, wie der Historiker und Philosoph Simon Kießling in seinem Buch „Selbstaufgabe einer Zivilisation?“ zeigt.

Darin tritt er den Nachweis an, dass es schon in der Antike Versuche gegeben hat, die Identität von Völkern und Kulturen zu zerstören, um „einen neuen, volks-, geschlechts- und nationslos gewordenen Menschen“ zu schaffen. Treibende Kraft war dabei vor allem das frühe Christentum gewesen. Das steht laut Kießling für die „endzeitliche Linke“, welche auch heute wieder als „geschichtliches Abbruchunternehmen“ fungiere, dessen Ziel darin bestehe, die „kulturbildende und -begründende Potenz des Abendlandes ... zu tilgen“. Ein kluges und sehr reflektiertes Werk, das vieles verständlich macht, was derzeit einfach nur absurd erscheint: Hinter dem vermeintlichen Unfug steckt ganz offensichtlich System – insofern tut Aufklärung über die Absichten und geistigen Wurzeln unserer angeblichen wissenschaftlich-kulturellen Avantgarde dringendst Not. *Wolfgang Kaufmann*

Simon Kießling: „Selbstaufgabe einer Zivilisation? Gender Mainstreaming, No Border, One World. Eine geschichtsphilosophische Betrachtung“, Gerhard Hess Verlag, Bad Schus-senried 2019, bro-schiert, 173 Seiten, 14,80 Euro



Spannende Freizeit-Lektüre

Wie die anderen Bände von Elena Ferrantes neapolitanischer Saga liegt auch Band 3 inzwischen als Taschenbuch vor. In „Die Geschichte der getrennten Wege“ stehen die Protagonistinnen Lila und Elena in der Blüte ihres Lebens. Während die eher zurückhaltende Elena einen Professor heiratet und selbst als Autorin in Norditalien Karriere macht, bleibt Lila in ihrer Heimat Neapel. In einer politisch turbulenten Zeit bricht sie mit ihrem bisherigen Leben, das sie doch immer wieder einholt. Trotz aller Gegensätzlichkeiten der beiden so unterschiedlichen Freundinnen zerreißen das Freundschaftsband nie ganz.

Für Ferrante-Fans ist das spannend geschriebene Buch ein absolutes Muss. *M. Rosenthal-Kappi*



Elena Ferrante: „Die Geschichte der getrennten Wege. Roman“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, bro-schiert, 613 Seiten, 12 Euro

TIERKUNDE



Wie Wölfe leben

Die Biologin Bärbel Oftring hat sich auf die Spuren von „Isegrim“ in Deutschland begeben

Wölfe verstehen Jahrhundertlang machten Menschen Jagd auf den Wolf. Schauer-märchen der Gebrüder Grimm taten ihr Übriges, um das Ansehen dieses Wildtieres zu beschädigen. Die Biologin Bärbel Oftring begibt sich in dem Buch „Wölfe“ auf die Spur dieser faszinierenden Tiere, um Interessierten tiefe Einblicke in deren Leben und Verhalten zu ermöglichen.

Früher lebten die Menschen Seite an Seite mit Wölfen. „Für die Ureinwohner Nordamerikas war er ein Führer und Lehrer zum Wohle aller und auch bei uns hatte das kraftvolle Tier stets eine besondere Bedeutung“, sagt die Autorin. In den germanischen Göttersagen begleiteten zwei Wölfe den germanischen Gott Odin. Die Einstellung zu „Isegrim“ änderte sich jedoch bald und sitzt heute noch in den Köpfen der Menschen.

Durch das Ausrotten der Wölfe bei uns vor 150 Jahren sind diese uns fremd geworden. Oftring möchte das ändern nach dem Motto „Was man versteht, fürchtet man nicht“. So hat sie die Geschichten vieler Wölfe und Rudel in dem Buch zu einer einzigen verknüpft. Oftring erzählt davon, dass 1996 auf einem einsamen Truppenübungsplatz in der Muskauer Heide in Mitteldeutschland wieder ein Wolf gesichtet und dort sesshaft wurde. Zwei Jahre später tauchte ein weiblicher Wolf, eine Fähe auf, sodass sie eine Familie gründeten.

Aufklapp tafeln zeigen Einblicke in das tägliche Familienleben der Tiere und die Aufzucht der Welpen. Die Autorin erklärt ihre Lebensräume anhand von Karten, das Leben der Tiere im Jahreslauf und wie sie sich verhalten. Auch das Jagdverhalten wird gezeigt.

Anhand von Trittspuren erläutert die Biologin, woran man erkennt, ob Wölfe im Revier sind. Auch Verhaltensmaßregeln für uns Menschen werden erklärt, wenn man einem Wolf begegnet: keine Angst haben, ruhig stehen bleiben, dem Wolf genügend Zeit und Raum geben, sich zurückzuziehen, ihm fernbleiben, auf keinen Fall füttern und eigene Hunde an der Leine führen. Am Ende gibt es noch Einblicke in die Wolfsforschung.

Wer sich dieses Buch anschaut und liest, verliert die Angst vor Wölfen. Man sieht die Tiere als das an, was sie sind: ein Teil der europäischen Natur. *Silvia Friedrich*

Bärbel Oftring/Theresa Schwietzer (Illustrator): „Wölfe“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2020, gebunden, 64 Seiten, 20 Euro

FRANKREICHS POLITIK

„Die Kunst des manipulativen Schaumschlagens“

Der Buchautor und EU-Diplomat Albrecht Rothacher erklärt das hierarchische politische System Frankreichs anhand der Präsidenten von Charles de Gaulle bis Emmanuel Macron

VON WOLFGANG THÜNE

Es ist eine riesige Sisyphusarbeit, die sich Albrecht Rothacher gemacht hat, auf originelle Art und Weise uns Deutschen die französische politische Geschichte nahezubringen. Das Buch „Das Unglück der Macht“ ist übersichtlich gegliedert in die zwei Teile „Menschen und Apparat“ und „Biografien“.

Das sehr hierarchisierte und disziplinierte französische System abgehobener Spitzenpolitiker und hochqualifizierter Elitebeamter funktioniert mit all seinen Stärken, aber auch mit sehr vielen Schwächen. Die Direktwahl des Präsidenten sei populär, der Unterbau der Macht werde von Absolventen der Pariser Elite-Uni ENA dominiert, einer Art republikanischer Amtadel. Ursächlich sei ein mandarinartiges, vielfach vernetztes Machtkartell in Staat und Wirtschaft am Ruder, das sich für überlegen und unfehlbar halte. Dank de Gaulle lebe der Bonapartismus, der „Tradition des heiligen Frankreichs“ verpflichtet, fort. Der Allmacht des Präsidenten entspreche die Ohnmacht des Parlaments. So sei der Premier für die schlechten Nachrichten zuständig und werde für alle Fehler haftbar gemacht.

Präsidenten waren Charles de Gaulle, die „inszenierte Inkarnation Frankreichs“, Georges Pompidou, der „konservative Modernisierer“, Valéry Giscard d'Estaing, der „Mensch, der König sein wollte“, François Mitterrand, die „sozialistische Sphinx“, Jaques Chirac, „Bonhomie und die Klaviatur der Macht“, Nicolas Sarkozy, der „Mann, der schneller als sein Schatten lief“, François Hollande, ein „normaler Präsident mit gebrochenen Versprechen“, und Emmanuel Macron, vom „kleinen Prinzen zum entzauberten Jupiter“.

Rothacher stellt die Frage, warum der politische Betrieb als so intrigant, verlogen und unehrenhaft wahrgenommen wird. Politiker rangierten nur knapp vor Kinderschändern oder Drogenhändlern. Sie alle beherrschten die „Kunst des manipulativen Schaumschlagens“. Macron habe in seinem Wahlkampf 2017 ein „Meisterwerk an Wohlgefühl-Unverbindlichkeiten“ abgeliefert. Die offiziellen Budgets des Élysée, die der Nationalversammlung vorgelegt wurden, seien „reiner Schwindel und fauler Zauber“ gewesen.

Interessant ist auch das Eheleben der Präsidenten. Waren de Gaulle und Pompidou noch getreue monogame Gatten, so begann mit Giscard die Phase der verheira-

teten, aber pathologisch untreuen Ehemänner. Der Autor fragt sich: „Wie konnten jungen Frauen aus gutem Hause, die nach zahlreich vorhandenen Bilddokumenten und Zeitzugnissen fröhliche und lebenslustige Menschen waren, nach Jahren und Jahrzehnten an der Seite der Politiklaufbahnen ihrer Gatten zumeist verbitterte, unglückliche und despotisch agierende Kreaturen werden, die in ihrem Umfeld häufig Furcht und Schrecken verbreiteten?“

Zum Schluss geht Rothacher auf einige Aspekte zu Mitterrand und Deutschland ein. Er werde als „von kaltem Ehrgeiz und ungeniertem Machtstreben beseelt“ dargestellt und habe „als zynisch, selbstbewusst, einzelgängerisch, chronisch unpünktlich“ gegolten. Nach acht Jahren an der Macht habe er sich als „Dieu“ (Gott) anreden lassen. Vom Mauerfall am 9. November 1989 wurde Mitterrand überrascht.

Fünf Tage später avisierte er eine Koalition der Sowjetunion und Großbritannien und forderte eine „Europäische Konföderation“. Das war die Vision von de Gaulle aus dem Jahr 1965, doch sie enthielt die deutsche Wiedervereinigung. Dem Händchenhalten mit Kohl in Verdun zum Trotz

drohte er, dass er wieder „wie 1914 und 1941 eine Franko-Britisch-Russische Allianz“ schmieden werde. Er besuchte Gorbatschow und sogar Modrow in Ost-Berlin. Er bestand auf die Anerkennung „der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze“ und gab erst Ruhe, als er seine Forderungen durchhatte. Schließlich nötigte er Kohl die „Europäische Währungsunion“ wie den Euro ab.

Macron hat gesagt, dass die „direkte Demokratie durch ihn als die Inkarnation des empirischen Volkswillens praktiziert würde“. Kein Diktator hätte diesen Unsinn je schöner formulieren können. Der narzisstische Glaube an sich selbst ersetze jedoch auch bei Macron keine kohärente Vision für die Zukunft Frankreichs und Europas. Der ewig lächelnde Kandidat ist zuerst „Franzose“.



Albrecht Rothacher: „Das Unglück der Macht. Frankreichs Präsidenten von de Gaulle bis Macron“, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2020, gebunden, 613 Seiten, 49 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Brüssel – Im vierten Quartal des Vorjahres war unter den EU-Mitgliedsstaaten die Staatsverschuldungsquote mit 176,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Griechenland am höchsten. Das dürfte ebenso wenig erstaunen, wie dass Italien, Portugal, Belgien, Frankreich und Spanien auf den Plätzen zwei bis sechs folgen. Bemerkenswerter ist da schon, dass der größte EU-Nettozahler, Deutschland, im Ranking der verschuldetsten Staaten mit 59,8 Prozent bereits Platz 13 einnimmt. Nur ein Dutzend Staaten haben also eine höhere Schuldenquote, jedoch 15 eine niedrigere. Zu dieser Mehrheit mit einer niedrigeren Quote gehören auch Staaten, die eher als bemitleidenswert und hilfebedürftig gelten. Zu nennen ist hier der größte EU-Nettoempfänger, Polen, mit 46 Prozent auf Platz 18. Die gemeinhin zu den Armenhäusern der EU zählenden jungen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien lagen mit 35,2 beziehungsweise 20,4 Prozent auf dem 22. und dem vorletzten Platz. Die Laterne mit nur 8,4 Prozent Schuldenquote trägt Estland auf Platz 28. M.R.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Nach dem verpatzten Versuch, die Berliner U-Bahn-Station Mohrenstraße umzutaufen, fragt sich der Sprachwissenschaftler Helmut Glück in der „FAZ“ (23. Juli), ob man den Mohrs ihren Namen verbieten sollte:

„Eine lautstarke Minderheit vergreift sich an einem Wort. Sie brandmarkt es in Unkenntnis seiner Geschichte als rassistisch, doch es ist allenfalls altertümlich. Der Mohr steht in Wappen, im Namen von Apotheken, Gasthäusern und Firmen für einen Heiligen, er war Gegenstand religiöser Verehrung. Mohrendarstellungen haben ihre Wurzeln im Mittelalter, als es den neuzeitlichen Kolonialismus, aus dem im 19. Jahrhundert der abscheuliche ‚moderne‘ Rassismus entstand, noch nicht gab. Das alles ignorieren die Mohren-Verächter. Wollen sie den Mohren aus der Sprache und der Bilderwelt verbannen, nur weil er schwarz ist?“

Dankwart Guratzsch merkt in der „Welt“ (28. Juli) zur Einführung der Gendersprache in der Rechtssprache des Bundeslandes Sachsen an, dass die Sucht, das liberale Verständnis von Sprache aufzugeben, ihren Ursprung in diktatorischen Systemen hat:

„Dabei beriefen sich die Urheber (in Sachsen muss es künftig heißen: ‚und Urheberinnen‘) auf angebliche Absichten der DDR-Führung, im Osten Deutschlands eigene Rechtschreibregeln einzuführen. Auch hier stand also ein autoritäres Staatswesen Pate, wenn am freien Umgang mit Sprache gerüttelt wurde ... Nach der Rechtschreibreform siegt nun ein weiteres Mal die Ideologie über die Bürger. Das ist in Sachsen zwar vor 30 Jahren abgeschafft worden. Aber manche*r hat es bis heute nicht gemerkt.“

Der frühere Volkswirt der Europäischen Zentralbank, Jürgen Stark, bezweifelt in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (26. Juli), dass das 750 Milliarden Euro schwere EU-Wiederaufbauprogramm verhältnismäßig ist:

„In Wahrheit geht es doch gar nicht um den Wiederaufbau nach Corona. Was ist denn wiederaufzubauen? Es ist doch gar nichts zerstört worden! Wir erleben stattdessen eine gigantische Schuldenaufnahme der EU, für die es keine rechtliche Basis gibt. Die Europäischen Verträge sehen vor, dass im Haushalt der EU Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein müssen. Ich sehe darin einen erneuten Tabu- und Rechtsbruch.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der Dammbbruch der Nullen

Warum wir die Billion näher kennenlernen sollten und ein historisches Ereignis nicht lange hält

VON KLAUS J. GROTH

Die billigste Münze ist das große Wort. Dagegen ist Bitcoin Kleingeld, selbiger machte sich schon aus der Portokasse von Wirecard windig davon. Das große Wort wertet alles auf, auch Falschgeld. Wir haben uns schleichend daran gewöhnen müssen, dass große Projekte nicht mehr mit Ausgaben über mehrere Millionen kalkuliert werden, die Milliarden haben sie abgelöst.

Und nun taucht eine neue Größe auf, die Billion. Die war lange nicht mehr in unserem Alltag vorhanden. Da muss mancher erst einmal nachsehen, wie viele Nullen so eine Billion hat. Also, sie bringt es auf stattliche zwölf Nullen. Weil nämlich so eine Billion aus 1000 Milliarden besteht. Angesichts dieser unglaublichen Zahl sind die vier Nächte, welche die Regierungschefs der Europäischen Union hindurch gepokert haben, doch gar nicht so lange.

Im Gegenteil, wenn man bedenkt, was es da alles zu verteilen gab, dann wirkt das ganze Paket wie mit der heißen Nadel gestrickt. Verteilen Sie mal in so kurzer Zeit die mit spitzem Bleistift gerechneten 1824,3 Milliarden Euro. Und alle waren zufrieden mit dem, was sie einsacken konnten. Manche jubelten, so wie Italien. Aber nur leise, zu deutlich gezeigte Freude wäre peinlich gewesen.

Damit wir beim nächsten Haushaltspoker nicht wieder kalt von unbekanntem Zahlen erwischt werden, können wir uns schon mal vorbereiten. Als Nächstes kommt die Billiarde, das ist eine Zahl mit 15 Nullen. Die sieht so aus: 1.000.000.000.000.000. Und so lässt sich das fortsetzen bis zur Trillion. Falls Sie von der keine Vorstellung haben: Eine Trillion sind 1000 Billiarden. Eine Billiarde sind 1000 Billionen. Und mit der Billion freunden wir uns ja gerade an. Überhaupt sollte man vor großen Zahlen keine Angst haben, auch die bekommt man klein. Auf dem Höhepunkt der Inflation 1923 reichte eine Billion gerade aus, um das Briefporto zu bezahlen.

Allzu lange hielten sich die Regierungschefs auf dem Gipfel der vielen Nullen nicht mit dem Zahlensalat auf. Viel besser gefiel ihnen das große Wort, die erwähnte billige Münze. Die Prägung der Münze lautete „Historisch“. Nahezu alle Beteiligten schwärmten davon, Zeugen eines historischen Gipfels gewesen zu sein. So viel Historie muss man erst einmal sacken lassen. So wie Corona einge-

stuft wurde als die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg, so wurde der jüngste Gipfel in Brüssel als historische Wegmarke deklariert.

Wer sich unter dem belanglosen Stichwort „Historische Ereignisse“ auf die Suche macht, der findet eine Fülle verblüffender Beispiele. Ohne auch nur annähernden Anspruch auf Vollständigkeit, ein paar davon: Bau der Pyramiden von Gizeh (etwa 2500 vor Christus), Einweihung des Kolosseums in Rom mit einer über 100 Tage dauernden Feier (80 Jahre nach Christus), das Reich der Maya verabschiedete sich aus der Geschichte (etwa im Jahr 870), die skandinavischen Rurikiden eroberten Kiew und legten den Grundstein zum Russischen Reich (ebenfalls so um 880), die Kreuzfahrer verloren ihre letzte Bastion in Syrien (1291), die europäischen Mächte, voran Portugal und Spanien, begannen fremde Territorien zu erobern und ein Kolonialreich aufzubauen (ab 1415) und so weiter und so fort bis zum Ersten und Zweiten Weltkrieg, bis zur ersten Landung auf dem Mond und dem Fall der Berliner Mauer.

Von einem Brüsseler Gipfel, der Billionen im Schleudergang verteilt, steht da nichts. Allerdings wird auf ein anderes Ereignis hingewiesen, das für das Ergebnis von Brüssel enorm bedeutsam ist. So um das Jahr 400 begann man in Indien eine Zahl zu verwenden, die bis dahin nicht vorhanden war: die Null. Indiens Mathematiker nannten sie „sunya“, das bedeutet Leere. Irgendwie passend!

Die erste Null brachten dann die Araber nach Spanien, von dort machte sie Karriere. Das alles sollte man wissen, wenn sich die Herrschaft der Nullen weiter ausdehnt. Allzu viele Gedanken sollten wir uns ohnehin nicht um das historische Ereignis des EU-Krisengipfels machen. Es war noch keine 24 Stunden alt, da mäkelte das EU-Parlament und begann das Ergebnis zu zerpfücken. Ganz ohne Respekt vor der außerordentlichen Leistung der nächtlichen Streithähne.

In einer schnelllebigen Zeit wird das Verfallsdatum eines historischen Ereignisses eben immer rascher erreicht, manchmal schon, bevor es in trockenen Tüchern ist.

Wenn wir schon dabei sind, das Füllhorn übergroßer Güte auszuschütten, dann ist uns Europa nicht groß genug. Die ganze Welt sollte teilhaben. Mehr geht zurzeit leider nicht. Sollte sich das einmal ändern – nach den USA und China beteiligen sich nun auch die Vereinigten Arabischen Emirate an der Mission

Wir haben uns schleichend daran gewöhnen müssen, dass große Projekte nicht mehr mit Ausgaben über mehrere Millionen kalkuliert werden, die Milliarden haben sie abgelöst. Und nun taucht eine neue Größe auf, die Billion



Alle Folgen des Wochenrückblicks finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Mars –, werden wir den Roten Planeten selbstverständlich in unsere Fürsorge einbeziehen. Wahrscheinlich haben die Bertelsmann-Stiftung und der Paritätische Wohlfahrtsverband die Statistiken schon in der Schublade: Jedes fünfte Kind auf dem Mars lebt in Armut. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird verweigert. Wie, die Marsmenschen kennen kein Geld? Macht nichts, von solcher Kleinigkeit wird sich kein Armutsforscher seine schöne Statistik kaputt machen lassen.

Aber wie gesagt, noch ist der Mars fern. Und ehe wir dorthin kommen, sind die Chinesen längst dort. Den Mars werden wir ihnen ebenso gerne überlassen, wie wir ihnen Afrika überließen. Dort haben wir ihre Anwesenheit erst entdeckt, nachdem die afrikanischen Staaten sich bei den Chinesen mit Krediten eindeckten, gegen welche die EU-Billionen ein Klacks sind. Für diese Kredite durften die Afrikaner dann Straßen bauen, selbstverständlich unter chinesischer Aufsicht und mit chinesischen Maschinen.

Oder Kohlekraftwerke. Das ist auch so eine pfiffige Idee der Chinesen. Als sie mit den Dreckschleudern die Luft über dem Reich der Mitte so verpestet hatten, dass es selbst den klaglosen Chinesen stank, steuerte die weise Führung um: weg von der Kohle. Damit hatte sie dann allerdings ein Problem: Wohin mit der chinesischen Kohle? Schließlich ist das Land der weltweit größte Produzent von Kohle.

Die Lösung: China gab Kredite, mit diesen Krediten wurden weltweit Kohlekraftwerke gebaut. Befeuert werden diese Kraftwerke mit – na, was wohl? – Kohle aus China. Netter Nebeneffekt: Nun verpestet Chinas Kohle die Luft in Südostasien und Afrika, in Peking kann man durchatmen. So viel zur Lieferkette auf chinesische Art.

Als hätten sie noch nie etwas davon gehört, was der Mitbewerber auf dem Weltmarkt da treibt, versuchen der deutsche Minister für Arbeit und sein Kollege für Entwicklung ein Lieferkettengesetz durchzuboxen. Deutsche Unternehmen soll es in die Verantwortung für Arbeitsbedingungen im Kongo oder Bangladesch nehmen.

Allein der Name „Lieferkettengesetz“ ist ein Monstrum. Hätte man nicht das „Gute-Kita-Gesetz“ zum Vorbild nehmen können? Vielleicht „Schöner-arbeiten-Gesetz“? Der Näherin in Bangladesch und dem Kind in der Kobaltgrube im Kongo hätte das bestimmt besser gefallen.

● WORT DER WOCHE

„Hätte Gandhi nicht damals gegen das britische Empire, sondern heute gegen Merkel aufgebeht, die Tagesschau würde entweder gar nicht über ihn berichten oder ihn als rechten Wirtkopf abtun.“

Lisa Marie Kaus in Achgut.com (28. Juli)